

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Breit 3/4 Nummer 1,10
Bierzeitung 2,30 D.M. monatlich 1,10 D.M.

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern...

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 13. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Oesterreicher vor Cetinje.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. Januar 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Le Mesnil in der Champagne griffen die Franzosen unsere Stellung in einer Breite von etwa 1000 Meter an. Der Angriff zerschellte. Der Feind suchte eiligst unter unserem wirksamen Feuer in seine Gräben zurückzuziehen. Eine Wiederholung des Angriffs wurde durch unser Artilleriefeuer verhindert.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Tenefeld (südwestlich von Jassy) brach ein russischer Angriff verlustreich vor unserer Stellung zusammen. Nordlich von Rodschinowka warf ein Streikkommando russische Vortruppen auf ihre Hauptstellung zurück.

Balkankriegsschauplatz.

Richt's Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 12. Januar. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien 12. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Das Schlachtfeld an der bessarabischen Grenze bildete auch gestern wieder den Schauplatz erbitterter

Der montenegrinische Bericht.

Cetinje, 11. Januar. (W. L. B.) Amtlicher Bericht. Wir waren den Feind mit schweren Verlusten besonders in der Gegend von Berane und in der Richtung auf Ragovo zurück, wo die Gegner sich nach heftigen Kämpfen zurückzogen. Wir eroberten zwei Maschinengewehre. An der herzegowinischen Front wiesen wir alle Vorstöße zurück. Wir eroberten die Stellung Koul zurück, wo wir uns aber nicht behaupten konnten. Der Kampf wird mit Erbitterung fortgesetzt.

Die Offensive gegen Montenegro.

Bern, 12. Januar. (W. L. B.) Der Mailänder „Secolo“ beschäftigt sich mit der neuen österreichischen Offensive gegen Montenegro und der Einnahme des Lovcen-Berges und bedauert, daß auch dieser neue Erfolg der Feinde dem lächerlichen Vorgehen der Alliierten zu verdanken sei, welche Oesterreich-Ungarn ungehört ein neues Kampfgebiet wählen ließen. Unter Hinweis auf die Wichtigkeit des Lovcen-Berges für die österreichisch-ungarische Marinebasis Cattaro erinnert der „Secolo“ daran, daß dreieig Jahre lang ein Hauptpunkt im Programm der italienischen Balkanpolitik der gewesen sei, daß der Lovcen im Besitz von Montenegro sei. Das Blatt fragt, was Italien für den Lovcen und Montenegro getan habe, das Hilfe erbeten habe, und schließt: Die Tatsache, daß der Angriff auf die Marinebasis Cattaro der veralteten montenegrinischen Artillerie zugewiesen worden ist, bedeutet beinahe Hochverrat.



Zum österreichischen Vormarsch auf Cetinje.

Kämpfe. Kurz nach Mittag begann der Feind unsere Stellungen mit Artilleriefeuer zu überschütten. Drei Stunden später setzte er den ersten Infanterieangriff an. Fünfstündlich hintereinander und um 10 Uhr abends ein sechster Mal versuchten seine tiefgegliederten Angriffskolonnen in unsere Linien einzubrechen. Immer war es vergebens. Unterstützt von der trefflich wirkenden Artillerie schlugen die tapferen Verteidiger alle Angriffe ab. Der Rückzug des Gegners wurde mitunter zur regellosen Flucht. Seine Verluste sind groß. Vor einem Bataillonabschnitt lagen achtshundert tote Russen. Das nordmährische Infanterie-Regiment Nr. 93 und die Honved-Regimenter Nr. 30 und 307 haben sich besonders hervorgetan. Sonst im Nordosten stellenweise Gefangen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. In den Abschnitten von Riva, Flißch und Tolmeina sowie vor dem Görzer Brückenkopf war die Artillerietätigkeit stellenweise wieder lebhafter. Vor dem Südteil des Tolmeiner Brückenkopfes wurde ein feindlicher Angriffsversuch abgewiesen. Im Görzischen belegten unsere Flieger italienische Lager mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Offensive gegen die Montenegriner schreitet erfolgreich vorwärts. Eine Kolonne hat unter Kämpfen die Höhen westlich und nordwestlich von Cetinje genommen. Die über den Lovcen vordringenden I. und I. Truppen trieben den Feind über Njegosch zurück. Auch die östlich von Craghovac jenseits der Grenze empvorrangenen Höhen sind in unserem Besitz. Die gegen Craghovac entsandten Streikkräfte haben sich nach siebenstündigen Kämpfen der Felshöhen südöstlich und nordwestlich von diesem Orte bemächtigt. Die Zahl der nach gestriger Meldung an der montenegrinischen Südgrenze erbeuteten Gefässe erhöhte sich auf zweiundvierzig. Im Nordostwinkel Montenegros wurden nun auch die Höhen südlich von Berane erfaßt. Oesterreichisch-ungarische Abteilungen vertrieben im Bereich mit Albanern die Reste serbischer Truppenverbände aus Dugain westlich von Ipet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Dosefer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 11. nachmittags hat ein Geschwader von Seeflugzeugen in Rimini die Munitions- und die Schwefelsäurefabrik, Bahnhof und Abwehrbatterie mit verheerendem Erfolg mit Bomben belegt. Trotz des heftigen Feuers mehrerer Abwehrgeschütze sind alle Flugzeuge unbeschädigt zurückgekehrt.

Flottenkommando.

Griechenlands Forderungen.

Sofia, 12. Januar. (Z. U.) Die aus Athen gemeldet wird, läßt die griechische Regierung die militärische Lage der Entente jetzt nicht unausgenutzt. Griechenland verlangt nun einen Vorschlag auf die neue griechische Anleihe und fordert die Aufhebung der Blockierung der griechischen Küste, damit das Land mit Lebensmitteln versehen werden kann. Diese Umstände sowie die wiederholten Zusagen Englands und Frankreichs, daß sie auch in Zukunft die griechische Souveränität beachten und die mazedonischen Interessen verteidigen werden, bestärkt die griechische Regierung noch mehr in dem festen Entschluß, auch weiterhin die Neutralität zu bewahren.

Die Landtagssession.

Am Donnerstag tritt der preussische Landtag zu einer neuen Kriegstagung zusammen, einer Tagung von voraussichtlich nur kurzer Dauer, aber deshalb doch unter Umständen von großer Bedeutung. Handelt es sich auch, soweit eine positive gesetzgeberische Tätigkeit in Frage kommt, nur um die Erledigung des Etats und einiger weniger eng mit dem Kriegszustand zusammenhängender und aus diesem geborener Aufgaben, so wird doch die Tagung auch in rein politischer Beziehung die früheren Kriegstagungen an Bedeutung weit überreffen.

Wie durch die Veröffentlichungen der bürgerlichen Presse bekannt geworden ist, hält die Regierung endlich die Zeit für gekommen, sich etwas näher über die Richtlinien ihrer Neuorientierung der inneren Politik zu äußern und vor allem den Schleier von dem Geheimnis ihrer Wahlrechtsreformabsichten zu lüften. Auch uns ist von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß sie ihre Stellung zur Wahlreform darlegen will. Best jedoch steht das eine, daß sie an die Einbringung einer Vorlage, so lange der Krieg anhält, nicht denkt. Die Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß alles vermieden werden müsse, was die innerpolitischen Gegensätze nach außen hin in Erscheinung treten lassen könnte, und daß dazu in erster Linie die Wahlrechtsfrage gehört, darüber dürfte nirgends ein Zweifel obwalten. In dieser Beziehung hat keine Partei „ungelernt“, wenn wir uns einmal dieses landläufigen Ausdrucks bedienen wollen. Höchstens ist bei gewissen rechtsstehenden Politikern der Widerstand gegen demokratische Reformen im Wachsen begriffen. Zum Beweis dafür brauchen wir nur an die bekannten Artikel und sonstigen Äußerungen des freisonferativen Abgeordneten Freiherrn v. Zedlitz zu erinnern.

Die sozialdemokratische Fraktion hat mit unveränderter Energie die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und seinen Ersatz durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gefordert. Bedauerlicherweise stand sie allein, aber das hat sie nicht gehindert, immer und immer wieder ihren Standpunkt zu betonen. Wie richtig ihr Vorgehen gewesen ist, das erlieht man gerade daraus, daß die Regierung, die sich bisher in Schweigen gehüllt und jede Antwort verweigert hat, sich jetzt genötigt sieht, aus ihrer Reserve herauszutreten.

Wir sind die letzten, die verkennen, ein wie großer Schritt von der Ankündigung bis zur Einbringung einer Vorlage ist, ganz zu schweigen davon, daß ja auch die Einbringung noch lange nicht gleichbedeutend ist mit der Verabschiedung. Die parlamentarische Geschichte der letzten, so feierlich verheißenen und so kläglich gescheiterten Vorlage spricht Bände, wir messen auch der Ankündigung im jetzigen Moment keine große Bedeutung bei, aber daß die Regierung sich wenigstens zu diesem kleinen Entgegenkommen entschlossen hat, das ist eine Bestätigung der Richtigkeit des Vorgehens unserer Landtagsfraktion und setzt zugleich diejenigen unserer Parteigenossen ins Unrecht, die es der Fraktion verübelt haben, daß sie eine ganz selbstverständliche Pflicht erfüllt hat.

Weit mehr als an der Reform des Wahlrechts liegt der Regierung an der Schaffung neuer Einnahmequellen. Wenn auch der neue Etat in Einnahme und Ausgabe sich das Gleichgewicht hält, so schließt doch das Rechnungsjahr 1914 mit einem Defizit ab, zu dessen Deckung die Finanzverwaltung des Betrages von rund 100 Millionen Mark bedarf. Diese Summe soll durch besondere Zuschläge zu den direkten Staatssteuern aufgebracht werden, ein Verfahren, gegen das sich grundsätzlich auch von unserem Standpunkte aus nichts einwenden läßt. Allerdings würden wir es lieber sehen, die Regierung würde sich zu einer von sozialen Gesichtspunkten ausgehenden Reform unseres ganzen Staats- und Kommunalsteuersystems entschließen. Von der Notwendigkeit einer Reform ist sie selbst durchdrungen, doch will sie auch damit bis nach dem Kriege warten, weil hier, wo es sich um den Geldbeutel dreht, die Geister besonders heftig aufeinanderprallen und der Burgfrieden in die Brüche gehen könnte. Deshalb begnügt sie sich vorläufig mit einer Erhöhung der an sich schon sehr hohen Steuern, läßt aber im übrigen alles beim alten. Sozial kann man eine solche Maßnahme nicht nennen, denn sie läuft darauf hinaus, daß auch die geringen Einkommen von 1200 M. an mit einer Kriegsteuer belegt werden, obwohl doch jedes Kind sich sagen muß, daß man angesichts der gewaltigen Steigerung der Lebensmittelpreise von rechts wegen die Grenze des steuerfreien Existenzminimums ganz erheblich hinausrücken müßte. Aber daran ist leider nicht zu denken, die Gefahr einer weiteren Belastung auch der kleinen Einkommen läßt sich kaum abmildern. Dem gegenüber bedeutet eine Verdoppelung der Zuschläge für die hohen Einkommen und für die Vermögen so gut wie gar nichts, im Gegenteil, wenn man die

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 12. Januar. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Zwischen Somme und Dife zeigte sich unsere Artillerie tätig. Eine feindliche Abteilung versuchte in dem Abschnitt von Armancourt, in der Gegend von Roze, einen unserer Hornposten zu aufzuheben. Sie wurde durch unsere Feuer zurückgeworfen. Westlich von Soissons zerstörte unsere Schützengrabenanlagen ein Raketenlager in der Umgebung von Autréches. Neue aus der Champagne eingetroffene Meldungen bestätigten, daß unser Artillerie- und Schützengrabenerückbau, sowie unsere Gegenangriffe einen wichtigen Angriff des Feindes, bei dem drei deutsche Divisionen beteiligt waren, vollständig zum Scheitern brachten. Unsere Gegenangriffe mit Handgranaten im Laufe dieser Nacht warfen den Feind aus den Hornpostenstellungen, die er beiegt hielt, mit Ausnahme eines kleinen Bereichs westlich von Maisons-de-Champagne, in dem sich seine Abteilungen mühselig halten. Unser Feuer, besonders unser Artilleriefeuer, fügte dem Feind sehr schwere Verluste zu. Im Laufe des gestrigen Tages lieferten drei unserer Kampfgruppen feindlichen Jagdflugzeugen des Fokkertyps eine Reihe von Gefechten über den deutschen Linien bei Dignuiden. Eins unserer Flugzeuge, das von einem Fokker angegriffen wurde, mußte landen, aber das feindliche Flugzeug wurde sodann selbst von einem der unsrigen angegriffen und durch dessen auf 25 Meter Entfernung eröffnetes Schrapnellfeuer heruntergeschossen. Ein dritter französischer Apparat griff gleichfalls ein anderes Fokkerflugzeug an, das in den Wald von Houtthulst, südlich von Dignuiden, herunterfiel.

Paris, 12. Januar. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend. Zwischen der Aisne und der Dife wurde in der Nacht zum 11. Januar eine starke Erkundungsabteilung des Feindes, die versuchte, sich unseren Linien bei Ribécourt zu nähern, durch unser Feuer dezimiert und ließ etwa zehn Tote und Verwundete zurück. Im Laufe des Tages verurichteten unsere Batterien starken Schaden an den feindlichen Werken in dem Abschnitt von Vompelle, südlich von Reims. In der Champagne Artillerie-lampf. Wir beschossen erfolgreich deutsche Schützengräben zwischen dem Mont Lodu und der Suite Le Meuil. Südlich von Saint-Souplet sprengten unsere Schützengrabenanlagen zwei feindliche Blockhäuser in die Luft. In den Argonnen zerstörte unsere schwere Artillerie ein deutsches Werk bei Bauquois.

Belgischer Heeresbericht. Auf der Front der belgischen Armee hat sich die Artillerietätigkeit etwas vermindert. Unsere Batterien zerstörten an verschiedenen Punkten deutsche Arbeitertrupps, und es gelang ihnen, eine Munitionskolonnen für Minenwerfer südlich der Raion du Bassour zu beschließen.

## Die englische Meldung.

London, 11. Januar. (W. L. W.) Aus dem britischen Hauptquartier wird gemeldet: Die Nacht war ruhig. Heute war beträchtliche Tätigkeit auf beiden Seiten in der Gegend von Quilluc und Ypern. Unsere Artillerie unterstützte unsere Laufgrabenmörser und Granatenwerfer besonders erfolgreich bei Armentières und St. Eloi.

## Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 12. Januar. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom 11. Januar 1916. Westfront: Keine Ereignisse.

Kaukasus: In der Küstengegend machten die Türken in der Nacht zum 10. erneut den Versuch, auf das rechte Ufer des Arkhabassusflusses überzugehen, wurden jedoch durch unser Feuer zurückgeworfen. Mit Tagesanbruch des 10. Januar drangen unsere Abteilungen in das Dorf Teb (5 Werst nördlich des Tortumsees) ein und besetzten den Nordoststrand. In Richtung südlich des Tortumsees griffen unsere Aufklärer unter Führung der Jänische Sololoff und Melk Ossipoff in der Nacht zum 9. Januar eine türkische Abteilung, welche sich in der Gegend des Dorfes Erdosi (43 Kilometer südlich Dity) befand, an, bewarfen sie mit Handgranaten und stürzten sich mit dem Bajonett auf sie. Der Feind, der ohne Erfolg versuchte, die Aufklärer abzuschnitten, wurde zerprengt und verlor viele Leute. Nachdem die Aufklärer noch Befehle gemacht hatten, kehrten sie ohne Verlust zurück. In der Gegend des Sibri-Tschai und Dity-Tschai entwickelt sich ein Kampf.

Persten: Südwestlich des Urmia-sees unternahm eine kleine armenische Abteilung eine glückliche Erkundung in südlicher Richtung.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 11. Januar. (W. L. W.) Amtlicher Heeresbericht. Am Abend des 9. Januar hat der Feind vom Berge Ghelle nordöstlich von Rovereto herab Brandgranaten auf unsere Stellungen geschleudert. Während der folgenden Nacht haben unsere Vorposten einen großen Brand in Rovereto gemeldet. Im Hochcordevole und auf dem Logazovo sind unsere Abteilungen bis gegen die feindlichen Gräben vorgedrungen und haben sie durch Handgranaten verschüttet. Am oberen und mittleren Isonzo haben die feindlichen Batterien versucht, unter Mithilfe von Flugzeugen, unsere Linien zu beschließen. Sie wurden wirksam bekämpft durch unsere Artillerie, während unsere Abwehrkanonen die feindlichen Flugzeuge zwangen, sich in großer Höhe zu halten. In der Ebene am unteren Isonzo nahm die feindliche Artillerie gestern ihr Feuer aus weittragenden Geschützen auf bewohnte Ortschaften wieder auf; einige Bewohner fielen ihm zum Opfer. Bei Romans (?) wurde eine unserer Feldambulanz getroffen. Vier Soldaten, die sich dorthin geflüchtet hatten, wurden getötet, acht andere verwundet.

## Vom U-Bootkrieg.

St. Paul, 12. Januar. (W. L. W.) Meldung des Meeresbüros. Der Dampfer „Sappho“ der Wilson-Linie wurde auf dem Atlantik von einem U-Boot versenkt. Der Dampfer „Sappho“ der Wilson-Linie wurde auf dem Atlantik von einem U-Boot versenkt.

Der Dampfer „Traquair“ wurde versenkt. Alle Personen an Bord wurden gerettet.

## Zum Untergang des „King Edward“.

London, 11. Januar. (W. L. W.) „Daily News“ meldet über den Untergang des Schlachtschiffes „King Edward“: Es stieß um 11 Uhr 45 Minuten vormittags auf eine Mine und sank um 7 Uhr 45 Minuten abends. Die drablossten Meldungen riefen einige Zerstörer herbei, die das Schiff in Schlepplau nahmen. Nachmittags wurde das Wetter schlecht und die Trossen rissen. Die Mannschaft rettete sich in die Boote und auf die Zerstörer.

## Zur „Baralong“-Affäre.

New York, 11. Januar. Durch Funkpruch vom Vertreter des belgischen Telegraphen-Büreaus. Die Presse bespricht ausführlich den „Baralong“-Streitfall. „Sun“ sagt, der Vorfall greife den „Baralong“-Fall zusammen mit drei gleichzeitigen Fällen deutscher Unmenschlichkeit zur See einem Gerichtshof amerikanischer Seefahrer zu unterbreiten, keine eine Ausflucht zu sein. Die Mitteilung greift an die Presse am Dienstag wurde darauf hingewiesen, daß auch die englische Regierung bereits den „Baralong“-Fall untersuchte und die Haltung des Kapitäns

Belastung durch direkte und indirekte Steuern zusammen ins Auge faßt und wenn man sich die neuen Steuerpläne der Reichsregierung vergegenwärtigt, so ist aller Voraussicht nach nach Abschluß der Finanzreform im Reich und in Preußen mit einer verhältnismäßig weit stärkeren Belastung der minderbemittelten als der bemittelten Schichten zu rechnen, um so mehr, da die Erhöhung der direkten Staatssteuern ausgesprochenemassen der Einführung direkter Reichsteuern den Weg versperren soll. Hier heißt es auf der Gut sein und dem ersten Schritt, der von Preußen ausgeht, die notwendige Beachtung schenken.

Nichts verläutet davon, daß die Regierung endlich in der Polen- und Dänenpolitik andere Wege einschlagen, d. h. die Ausnahmegerichte beseitigen will. Mit einer bloßen milderen Verwaltungspraxis ist es nicht getan, einzig und allein durch gesetzliche Aktionen kann sie wie auf diesem, so auf anderen Gebieten bekunden, daß es ihr Ernst ist mit ihrer Neuorientierung.

Der Fischereigesetzentwurf, der dem Landtage, und zwar diesmal zunächst dem Herrenhause, in der im vorigen Jahre vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Form zugehen soll, wird lebhafter Auseinandersetzungen zwischen den Parteien mit der Regierung kaum zeitigen.

Ebenso wenig ist ein Widerspruch gegen die neue 110-Millionen-Vorlage für Fische der Kriegsfürsorge zu erwarten; wohl aber wird es notwendig sein, die Kriegsfürsorge, wie sie sich in der Praxis gestaltet hat, einer eingehenden Besprechung zu unterziehen und durch öffentliche Kritik dafür Sorge zu tragen, daß die Ministerialerlasse, die sich gegen jede Engergigkeit wenden, nicht auf dem Papier stehen bleiben. Nicht nur auf dem platten Lande, sondern sogar in manchen wohlhabenden Großstädten liegt es in dieser Beziehung noch sehr im argen.

Auch die Lebensmittelfürsorge, die hierbei zwischen dem Reich und Preußen zutage tretenden Gegensätze, wird einen breiten Raum in den Debatten einnehmen. Für selbstverständlich halten wir es, daß überall da, wo es erforderlich ist, scharfe Kritik geübt und daß ganz besonders der Kampf aufgenommen wird gegen alle diejenigen Bestrebungen, die auf die einseitige Begünstigung der Produzenten oder Händler hinauslaufen. Das Interesse der Konsumenten hat in den Vordergrund zu rücken. Das muß natürlich auch den Nachhabern in Preußen nachdrücklichst zu Gemüte geführt werden.

Alle Debatten in dem Tagungsabschnitt, der vielleicht in fünf bis sechs Wochen schon sein Ende erreicht haben dürfte, werden naturgemäß unter dem Eindruck des uns alle beherrschenden großen weltgeschichtlichen Ereignisses stehen. Von der Stellung, die die einzelnen Fraktionen hierzu einnehmen, werden selbstredend auch ihre parlamentarischen Handlungen beeinflusst. Was an unseren Vertretern liegt, werden sie — das dürfen wir wohl voraussetzen — tun, um die Interessen der Arbeiterklasse zu wahren und die Grundsätze der Sozialdemokratie hoch zu halten.

## Befetzung von Korfu.

Athen, 12. Januar. Meldung des I. I. Telegraphen- und Korrespondenzbüreaus. Eine französische Truppenabteilung ist in Korfu gelandet, deren Befehlshaber an den Präfecten die Aufforderung richtete, gegen die Okkupation der Insel seinen Widerstand zu leisten. Eine Abteilung hütete die französische Fahne, besetzte das Achilleion und die Telegraphenstation und nahm eine Kaserne in Beschlag. Französische Polizisten, die aus Marseille in Korfu eintrafen, entwickelten in der Stadt eine lebhaftige Tätigkeit.

Rom, 11. Januar. (W. L. W.) Die Agenzia Stefani meldet aus Korfu: Um die Ankunft serbischer Truppen auf der Insel vorzubereiten, hat ein französisches Kriegsschiff heute vormittag eine Abteilung Truppen gelandet.

## Keine Mobilisierung Rumäniens.

Berlin, 12. Januar. (W. L. W.) Die vom „Achtuhr-Abendblatt“ verbreitete Meldung von der Mobilisierung in Rumänien trifft nach Erkundigungen, die wir an zuständiger Stelle eingezogen haben, nicht zu.

## Enver Pascha über die Kämpfe auf Gallipoli.

Konstantinopel, 11. Januar. (W. L. W.) Die Agentur Milli meldet: Die Erklärung, die der Kriegsminister und Vizegeneralissimus Enver Pascha gestern in der Kammer abgab, hatte folgenden Wortlaut:

Sie müssen wissen, meine Herren, daß die große Schlacht auf Gallipoli, welche seit dem 18. März gedauert hat, gestern zum Abschluß gekommen ist. (Lebhafte anhaltende Beifall.) Die Schlacht endete so, wie ich vorhergesehen und wie ich Ihnen meines Erinnerns feinerzeit angekündigt hatte. Ich glaube, daß ich von den Streitkräften, welche unser erlauchter oberster Kriegsherr mir anvertraut hatte, nützlichen Gebrauch gemacht habe, und das erstellte Ergebnis gibt mir die Ueberzeugung, daß ich diese Streitkräfte mit noch größerer Sicherheit und Zuversicht verwenden werde. (Beifall.) Als unsere Feinde unsere Batterien von Sedd ul Bahr und Kum-Sale zu beschließen begannen, befand ich mich zufällig in jenen Gebieten. Zu Beginn des dortigen Unternehmens hatte sich Europas und selbst unserer Bundesgenossen ziemlich große Aufregung bemächtigt. Da ich aber die Dardanellen gründlich kenne, hatte ich die feste Zuversicht, daß der Feind weder in seinem Seeunternehmen noch in seinen Landoperationen Erfolg haben könne. Bei Erklärung des europäischen Krieges war es natürlich, daß die von uns eingenommene neutrale Haltung mit Rücksicht auf unsere geographische Lage nicht gebildet werden würde, denn Ausland, ein wesentliches Element der Entente, konnte nur stark werden, falls die Meerengen frei geworden wären, so daß wir bei dem ersten in Europa abgegebenen Kanonenschuß gezwungen wären, die Meerengen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu beschließen. Es wäre unrichtig, wenn man behaupten wollte, daß diese Mittel zahlreich waren und den letzten Anforderungen der Kriegskunst entsprachen. Das ist die Wahrheit, die verhehlen zu wollen, ein eitles Bemühen wäre. Noch mehr: Dank der weitgehenden Unterstützung des Deutschen Reiches hatten wir zwei große Fahrzeuge erworben und hatten unserer Flotte wenigstens in der inneren Meerenge die Ueberlegenheit gegenüber derjenigen der Feinde verschafft. Nach meiner Ueberzeugung war es dem Feinde unmöglich, mit seiner Flotte die Meerengen zu erzwingen, was ich übrigens immer erklärt habe. Die Torpedoschiffe und maskierten Batterien der Meerenge hätten immer ihre Wirksamkeit bewahrt. Wohl war es möglich, daß der Feind durch Beschließung aus ungeheurer Entfernung unsere hauptsächlichsten Forts daselbst zerstören konnte, aber das hätte nicht genügt. Er hätte sich bis zur Minenlinie vorwagen müssen, um unsere Batterien zerstören zu

können. Für dieses Unternehmen hätten aber seine kleinen Einheiten nicht genügt, denn sie wären leicht durch das Feuer unserer maskierten Batterien zerstört worden. Es blieb also dem Feinde nichts anderes übrig, als das Abenteuer mit den Dreadnoughts. Diese großen Einheiten gegen die Torpedoschiffe vorzutreiben, bedeutete, sie in unsere Sicht zu bringen, denn jedes Schiff, welches sich bis dorthin vorgewagt hätte, wäre unschwer versenkt worden und der Feind hätte eine große Anzahl von Fahrzeugen verloren. Wenn die feindliche Flotte selbst Tschanal Kale und Rogata zu passieren vermocht und den Versuch gemacht hätte, ins Marmarameer einzubrechen, so wären auch dort die mächtigsten Dreadnoughts dem sicheren Untergang durch unser Geschützfeuer auf eine Entfernung von 5 Kilometern verfallen gewesen. Die Ereignisse gaben mir Recht.

Was die Landoperationen betrifft, so machten sie den Eindruck, daß die Engländer und Franzosen, selbst wenn sie 500 000 Mann heranzuführen würden, sich nicht weit von der Meerenge hätten entfernen können, denn da der Feind weder über eine Eisenbahnlinie noch über ein anderes natürliches Verkehrsmittel verfügte, so konnte er nicht eine so gewaltige Armee unterhalten, um in einer Landeschlacht den Sieg davonzutragen. Deswegen hatten wir begriffen, daß die Angriffe nur auf der Halbinsel Gallipoli Landungen vornehmen können.

Am 18. März begann der Feind mit der Landung seiner Truppen und unsere Streitkräfte vom höchsten Offizier bis zum jüngsten Soldaten erfüllten ihre Pflicht in musterghätigster Weise, wofür wir übrigens auch ganz sicher waren. Die feindlichen Kriegsfahrzeuge nahmen ruhig Kampfstellung und beschossen uns nur in Entfernung außerhalb der Tragweite unserer Kanonen. Es ist selbstverständlich, daß angesichts des höllischen Feuers von 600 Kanonen, die Geschosse von 75 Zentimeter bis zu 88 Zentimeter schleuderten, unsere Truppen gezwungen waren, sich ein wenig zurückzuziehen, und daß dem Feinde die erste Landung gelang. Aber wie der Feind es selbst anerkannt hat, kam ihm dieser Erfolg zu teuer zu stehen. Nach diesem Unternehmen versuchten die Engländer und Franzosen durch einen Handstreich sich der die Meerengen beherrschenden Punkte Rodza, Tschimen, Dogh und Altschi Tepe zu bemächtigen. Nachdem dieser Versuch gescheitert war, zog sich der Kampf in die Länge. Anfangs unternahm der Feind mehrere Stürme, um den Feind ins Meer zu werfen, und wir trieben ihn bis zum Ufer zurück. Statt jedoch diese Sturmangriffe fortzusetzen, hielten wir es für nützlicher, den Feind an uns herankommen zu lassen; auf diese Weise hofften wir, während sich die großen Kämpfe in den Karpaten abspielten und während die große englisch-französische Offensive an der französischen Grenze gegen die Deutschen im Gange war, einen Teil der feindlichen Kräfte auf uns zu ziehen, um so unsere Verbündeten zu entlasten. Unsere Hoffnungen gingen in Erfüllung, und wir gaben unserer Armee Gelegenheit, unseren Freunden zu Hilfe zu kommen, indem wir nach und nach eine englisch-französische Streitmacht von 500 000 Mann an die Dardanellen zogen. Wir danken aufrichtig den Engländern, die uns Gelegenheit geboten haben, unseren Verbündeten in dieser Weise Hilfe zu leisten. Ich finde es für unnötig, auf den Verlauf dieser Kämpfe zurückzukommen und möchte bloß hervorheben: Wir waren anfänglich auf uns selbst angewiesen, auch waren wir gezwungen, mit unserer Munition zu sparen und konnten nicht zum Gegenangriff übergehen. Nachdem wir den feindlichen Sturmangriff zum Stehen gebracht hatten, warteten wir auf die Eröffnung der Verbindungswege mit den Mittelmächten, als die Engländer weitere Anstrengungen machten und eine neue Armee von 100 000 Mann bei Anafarta ans Land setzten. Wenn man sich jedoch an ihr eigenes Beständnis halten soll, so haben sie bei dieser letzten Unternehmung einen vollständigen Mangel an Geschicklichkeit bewiesen. Diese Unternehmung ist denn auch gleichfalls gescheitert und die Engländer waren gezwungen, dort zu bleiben, wo sie gelandet waren. Sie waren, wie sie selbst zugeben mußten, dort zu einer Stellung verurteilt, die für eine Armee keineswegs sehr erwünscht ist. Inzwischen begannen die Operationen gegen Serbien und der Versuch, die Verbindung mit der Türkei herzustellen, um uns Munition zu verschaffen.

Der Redner verweist auf den Eintritt Bulgariens in den Kampf, dessen aufrichtiger und weiser Haltung er hohes Lob zollt; ferner auf die Aktion gegen Serbien und fährt fort: Die Engländer, durch die bevorstehende Herstellung der Verbindung zwischen uns und den Mittelmächten beunruhigt, versuchten eiligst noch vorher den Serben zu Hilfe zu kommen. Sie hatten aber schon ihre Landung in Salonik bewerkstelligt, und um sich nicht zu desavouieren, versuchten sie von dort aus Serbien zu Hilfe zu eilen. Als die serbische Armee geschlagen war, sahen sich die Engländer genötigt, ihre Unternehmung aufzugeben. Angesichts dieses Ergebnisses blieb ihnen nur zweierlei übrig: entweder an den Dardanellen zu verharren oder auf die Saloniki-Expedition zu verzichten. Das Verbleiben an den Dardanellen war jedoch unmöglich und nach Befehdung Hamitoffs, der trotz seines Mißerfolges für die Fortsetzung der Dardanellenaktion war, sowie auf Grund des Beschlusses Rüdigers, wurde von den Engländern der entsprechende Entschluß gefaßt. Sie wählten nur zu gut, daß unsere Infanterie der ihrigen überlegen ist, und daß wir nach Eröffnung der Verbindungen, die unsere Bedürfnisse sichern, sie schließlich ins Meer werfen würden. Nachdem sie auf diese Weise den allerhöchsten Mißerfolg erlitten hatten, mußten sie also die Halbinsel Gallipoli preisgeben, auf der sie solange ihr Blut vergossen und die sie mit Leidnamen ihrer farbigen Soldaten bedeckt hatten. Indessen muß man den Engländern die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie bei diesem Auszuge von den Umständen in außerordentlich Weise begünstigt worden sind. Es steht ihnen frei, sich in ihrem Parlament zu diesem Rückzug zu beglückwünschen und sich desselben zu rühmen. Er verliert deswegen nicht minder seinen Charakter als erzwungener Rückzug und überstürzte Flucht. Wir hatten die Absicht, zur Offensive überzugehen, nachdem wir unsere Truppen vollständig mit Munition versorgt hatten. Unsere Feinde haben sich aber beiläufig. So sage ich denn dem Allmächtigen Dank, daß die Zeit und die Ereignisse meine Erwartungen bestätigten. (Beifall.) Jetzt, da wir mit der deutschen und österreichisch-ungarischen Armee in direkter Verbindung stehen, können wir dank der Mithilfe unserer Verbündeten unsere Armee auf besseren Stand setzen, und ich kann ihnen mit größtem Nachdruck und vollster Zuversicht die Versicherung erneuern, daß wir den Feind über unsere Grenzen verjagen werden, ja, wir werden imstande sein, ihn daran zu verhindern, die uns von ihm entziffenen Gebiete zu besudeln. (Langanhaltender Beifall.) Bevor ich schließe, will ich das Andenken unserer erhabenen Helden rühmen, die an unseren Grenzen schlummern, nachdem sie uns die Kraft verliehen haben, den Kopf so hoch zu tragen und nachdem sie unserem teureren Vaterlande die Sicherheit verschafft haben, deren es sich heute erfreut. Das Vaterland wird die von seinen Helden gebrachten Opfer nie vergessen und seine Dankbarkeit dadurch beweisen, daß es für ihre Familien Sorge tragen wird.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 11. Januar, abends. (W. L. W.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront eröffnete ein feindliches Kriegsschiff in der Nacht zum 10. Januar von Imbros her ein Feuer gegen Sedd ul Bahr, Telle Burun und Hissarlik, das mit Pausen bis zum Morgen dauerte. Am 10. Januar beschossen einige Zerstörer und ein Kreuzer in Zwischenräumen Sedd ul Bahr, wurden aber durch das Feuer unserer Batterien gezwungen, sich zu entfernen. Kaukasusfront: In der Nacht zum 10. Januar wurde ein Angriff, den der Feind von Mitternacht ab mit schwachen Kräften gegen unsere Front in der Richtung auf Narmar verübte, mit Erfolg zurückgeschlagen. Das Feuer unserer Artillerie zerstörte einen Teil der feindlichen Gräben. Sonst ist nichts zu melden.

befriedigend fand. Trotzdem scheint das vorliegende Beweismaterial auf seine Schuld hinzuweisen. „Sun“ bezieht sich hier auf die Zeugnisaussagen der sechs amerikanischen Kautschuker auf der „Nicoftan“ und sagt, auf diesen Zeugnisaussagen beruhe die deutsche Anklage, wie sie vom Grafen Bernstorff den Vereinigten Staaten vorgelegt worden sei. Zur Ehre der britischen Marine sollte das, was auch immer zur Verteidigung des Offiziers, der ihre Uniform trägt, gelagt werden kann, veröffentlicht werden. Eine so schwere Anklage durch den Vorkriegs- und auch die deutsche Marine vor den Gerichtshof kommen, um sich selbst zu verteidigen, zu beantworten, ist der britischen Regierung unwürdig.

## Eine amerikanische Zeitung für Bernstorff.

New York, 12. Januar. (Durch Funkgespräch vom Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau.) Die Zeitung „World“ sagt in ihrem Leitartikel: Kein anderer ausländischer Botschafter in den Vereinigten Staaten ist jemals so freigeigig und unterschiedslos beschimpft worden wie der deutsche Botschafter Graf Bernstorff. Den überzeugtesten Parteigängern der Alliierten bedeutet allein schon seine Anwesenheit eine unerbittliche Beleidigung. Wenn jetzt der Streit wegen der Unterseeboote, der uns hant an den Rand eines Krieges mit Deutschland gebracht hat, schließlich entsprechend den Gesetzen der Menschlichkeit beigelegt wird, so wie sie Präsident Wilson aufgestellt hat, so schaden wir die Beilegung des Streites dem Grafen Bernstorff, seiner staatsmännischen Kunst, seiner Vorsicht und seinem großen moralischen Rute. Es ist leicht für Amerikaner, mit looserer Zunge einen Botschafter anzugreifen, dessen Regierung zufälligerweise nicht vollständig ist, aber die Erwägungen der gewöhnlichen Höflichkeit raten zu einer besseren Behandlung, als sie dem Grafen Bernstorff von einem gewissen Teile der amerikanischen Presse und des amerikanischen Publikums zuteil geworden ist.

## Die englische Regierung gegen Lohn-erhöhungen.

London, 12. Januar. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Die Regierung, die den finanziellen Zustand des Landes und die vermehrten Anforderungen, die infolge der Kriegserfordernisse noch immer an das Land gestellt werden müssen, genau prüfte, ist von der dringenden Notwendigkeit, Sparsamkeit zu üben, überzeugt und gelangte mit Rücksicht auf die allgemeinen Lohn-erhöhungen und die bereits getroffenen Maßnahmen, um die Kriegsgewinne zu besteuern und einzuschränken, zu dem Resultat, daß jede weitere Lohn-erhöhung auf lokale Regelung beschränkt bleiben müsse und alle anderen Lohnaufbesserungen zu verweigern seien.

## Die englischen Arbeiter und das Wehrpflichtgesetz.

London, 11. Januar. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bei der Debatte über die zweite Lesung der Militär-Act im Unterhause beantragte Anderson (Arbeiterpartei) ihre Ablehnung. Er erklärte, daß die Arbeiter, die die Vorlage besser verstanden, ein so kräftiger dagegen auftraten würden. Wenn die Vorlage erst einmal angenommen wäre, würde man dabei nicht stehen bleiben. Man würde die allgemeine Dienstpflicht fordern, und die Arbeiter am Ende betrachteten die Maßregel als den Beginn industriellen Dienstzwanges. — Der Radikale Lambert unterstützte den Antrag Andersons und sagte, der Gesetzentwurf würde England preussisch machen. — Redmond teilt unter Beifall mit, daß die Nationalisten beschlossen hätten, ihre Opposition gegen diese rein britische Vorlage aufzugeben. — Sir Edward Carson brandmarkte die Opposition gegen die Bill und machte spöttische Bemerkungen über die Argumente der Dienstpflichtgegner. Er sagte, England sei Verpflichtungen eingegangen und müsse sie erfüllen, um den Krieg erfolgreich zu beenden. Die russischen Niederlagen im Jahre 1915 hätten auch auf das britische Meer zurückgewirkt, Millionen von Soldaten, die früher offensiv auftraten, seien nunmehr in die Defensive gedrängt, und die alte Truppenzahl genüge unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr.

Neuer meldet weiter, daß die Debatte vertagt wurde. Das Interesse nahm nach Redmonds Erklärung sehr ab, sobald man sah, daß die Regierung morgen über eine überwältigende Mehrheit verfügen werde.

## Das Vorgehen gegen den „Forward“.

London, 10. Januar. (W. L. W.) Unterhaus. Lloyd George sagte, als er das Vorgehen der Regierung gegen das sozialistische Blatt „Forward“ verteidigte, das Blatt habe die britische Monarchie als eine auswärtige Institution und die königliche Familie als Ausländer bezeichnet und beleidigende Äußerungen über die Königin Victoria gemacht. Es bezeichnete den Krieg als einen kapitalistischen Krieg und schrieb, die Engländer sollten sich von den englischen Wandschau befreien. Das Blatt habe ferner in den Munitionsbetrieben zu Streiks aufgehetzt, welche die Herstellung von Munition hinderten. Die Flotte erhalte aus diesem Gebiete ihre Bekräftigung und Admiral Jellicoe habe bereits darauf hingewiesen, wie viele Sorgen ihm die Verzögerung der Arbeiten mache. Um die schweren Geschütze und Geschosse zu erhalten, sei es notwendig, die geleerten Arbeiter zu überreden, mit Ungelernten zusammen zu arbeiten. Auf andere Weise könne man die notwendigen Arbeiter nicht bekommen. Wenn wir diese schweren Geschütze und Geschosse nicht bekommen, wird der ganze kommende Feldzug sein Ziel nicht erreichen und der Krieg würde sich notwendig bis in das nächste Jahr hinziehen. Der „Forward“ sei das Organ einer neuen Richtung von Syndikalisten, die im Clydegebiet festen Fuß gefaßt hätten, und die alle industriellen Werke durch die Arbeiter selbst geleitet wissen wollen.

In der Debatte sagte Anderson (Arbeiterpartei), die Angriffe des „Forward“ auf den König hätten im Juli stattgefunden, aber die Regierung sei gegen das Blatt erst vorgegangen, als es die Rede von Lloyd George bei seinem Besuche am Clyde veröffentlichte. Der Redner glaubte nicht, daß die Rede Lloyd Georges die Lage am Clyde verbessern werde.

## Friedensstimmen aus der englischen Genossenschaftsbewegung.

Auf der Tagesordnung der nächsten Versammlung der Manchester and Salford Equitable Cooperative Society steht eine Resolution, die für den nächsten britischen Genossenschaftskongress einen Antrag fordert, der den internationalen Genossenschaftsverband auffordert, nach Beendigung des Krieges eine internationale Konferenz der angeschlossenen Organisationen zur Diskussion einer Aktion gegen künftige kriegerische Konflikte einzuberufen. Weiter wird ein Zusammengehen mit verwandten Organisationen zur Sicherung eines dauernden Friedens durch die vereinigten Demokraten gefordert.

## Sturz der luxemburgischen Regierung.

Luxemburg, 11. Januar. (Z. U.) In der heutigen ersten Sitzung der neugewählten Kammer hielt die Regierung an ihrem alten Programm fest. Dr. Fraiseur und der Kammerpräsident Hemmer erklärten sich für das Regierungsprogramm aber gegen die Regierung, die das Programm nicht ausgeführt habe. Nachdem mehrere Redner der Linken auch die Rolle der Großherzogin bei der Ministerkrisis und den Wahlen scharf getadelt hatten, wurde die Regierung durch die Annahme des Antrages Dr. Fraiseurs mit 26 gegen 25 gestürzt. Ihre Mitglieder verließen den Saal. Vor, während und nach der Sitzung gab es Kundgebungen Tausender vor dem Schloß und der Kammer gegen die Regierung und für die Linke.

## Politische Uebersicht.

### Ernährungsfragen.

Im Reichstag wurde am Mittwoch die Debatte über Ernährungsfragen fortgesetzt. Gutsbesitzer Dr. Wendorf verteidigte als Redner der Fortschrittlichen Volkspartei die Regierungsmassnahmen. Er wandte sich sowohl gegen die weitergehenden Forderungen unserer Partei als auch gegen die Klagen der landwirtschaftlichen Presse über die angebliche Notlage der Landwirtschaft. Dr. Köstke (L.) vertrat die Auffassungen des Bundes der Landwirte, worauf der Unterstaatssekretär Michaelis sich veranlaßt sah, nochmals die Reichsgetreidebestelle, deren Präsident Michaelis ist, klarzustellen. Der besondere Standpunkt „der“ Landwirtschaft kam dann nochmals in einer Rede des freikonservativen Abgeordneten Damm zur Geltung. Darauf wurde die Beratung auf Donnerstag vertagt.

### Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion nahm am Dienstag die Ergänzungswahlen für die ausgeschiedenen Genossen Haase und Hoch vor. Gewählt wurde als Vorsitzender Genosse Ebert; als neue Mitglieder des Fraktionsvorstandes die Genossen Dr. Gradnauer und Kräyig. Zu Rednern für die sozialpolitischen Fragen wurden bestimmt die Genossen Rolkenbush und Brandes; für die militärischen Fragen wurden zu Rednern bestellt die Genossen Schöpflin, Etüklen und Davidsohn.

### Im Seniorenkongress des Reichstages

wurde am Mittwoch die Geschäftsstunde des Hauses beraten und festgestellt, daß es bei der Fülle des Stoffes nicht möglich sei, am Ende dieser Woche die Sitzungen des Reichstages zu schließen; es besteht daher Aussicht, daß bis Mitte nächster Woche Plenarsitzungen des Reichstages stattfinden. Außerdem beschäftigte sich der Seniorenkongress noch einmal mit den Anfragen Liebknechts. Liebknecht hat die am Dienstag ausformulierten Gründe zurückgewiesenen Anfragen abgeändert dem Präsidenten eingereicht, der sie nun dem Seniorenkongress vorlegte. Die Mehrheit des Seniorenkongresses gab dem Präsidenten die Ermächtigung, die Anfragen auch in dieser Form zurückzuweisen; auch eine Beschwerde Liebknechts wurde zurückgewiesen.

### Krieg und Wahlrecht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich lebhaft gegen die Auffassung, daß aus der geplanten „Neuorientierung“ der inneren Politik notwendig die Reform des preussischen Wahlrechts folge. Das konservative Blatt behauptet vielmehr, daß die Lehren des Krieges gerade für eine Beibehaltung des preussischen Wahlrechts sprächen:

„Die Ankündigung über eine Neuorientierung unserer inneren Politik konnte doch wohl nur den Sinn haben, daß eine solche Orientierung eintreten solle, soweit sie sich aus den Lehren der Kriegszeit ergebe. Auf die Sache selbst wollen wir heute nicht näher eingehen. Jedenfalls steht aber die Frage der Verringerung des preussischen Wahlrechts mit dem Kriege und den Lehren der Kriegszeit in keinem irgendwie denkbaren Zusammenhang. Man mag noch so bereitwillig zugeben, daß das preussische Wahlrecht, ebenso wie jede andere politische Einrichtung, im Fluße der geschichtlichen Entwicklung steht; man mag ebenso unumwunden anerkennen, daß dieses Wahlrecht — ebenso wie alle anderen Wahlrechte, nur in verhältnismäßig geringem Maße — unvollkommenheiten und Schönheitsfehler hat; mit dem Kriege hat das nicht das geringste zu tun. Am allerwenigsten kann aus den Lehren der Kriegszeit irgendeine Forderung zugunsten einer Verringerung des preussischen Wahlrechts entnommen werden; aus ihnen könnte im allgemeinen im Gegenteil nur gefolgert werden, daß wir dem eigenen Vaterlande einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir keine politischen Einrichtungen, die sich gerade im Kriege als jedenfalls besser und auch im besten Sinne freiheitlicher erweisen haben als die Einrichtungen gegnerischer Länder, unnötig herabsetzen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hält also noch wie vor das preussische Wahlrecht für das vollkommenste der Welt. Wenn sie nun bestreitet, daß Krieg und Verringerung des Wahlrechts in einem besonderen Zusammenhang stehen, so ist das infomern richtig, als das preussische Wahlrecht von jeder reformbedürftig ist und es nicht erst der Kriegserfordernisse bedürfte, um diese Bedürftigkeit nachzuweisen. Aber tatsächlich macht doch der Krieg den Gegensatz zwischen Staatsbürgerpflichten und Staatsbürgerrechten in Preußen noch deutlicher.

### Herr Fuhrmann gegen die Wahlreform.

Herr Paul Fuhrmann, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, gehört zu jenem Flügel der nationalliberalen Partei, der in der ausgeprägtesten Form die Interessen des Großunternehmensvertritte und der seinen ganzen politischen Auffassungen und Bestrebungen nach Herrn Detavio von Jeditz sehr nahe steht.

Wohlgelicht sind Herr Fuhrmann ist, verrät er denn auch in einem Artikel, den er in der Mittwoch-Kammer des „Tag“ veröffentlicht. Der Artikel betitelt sich „Die Krisis in der Sozialdemokratie“, sollte aber heißen „Gegen die Wahlreform“. Denn so sorgfältig Herr Fuhrmann auch seine Opposition gegen eine preussische Wahlrechtsreform in eine Polemik gegen die „Minderheit“ der Sozialdemokratie einzuwickeln versucht, so klar tritt doch kein eigentlicher Schmerz zutage: die Angst vor selbst den bescheidensten Wahlrechtszuständen ist die Arbeiterklasse. Die Krisis in der Sozialdemokratie ist ihm nur Anlässe und Vorwand für die erneute Offenbarung seiner Wahlrechtsgegnerschaft.

Herr Fuhrmann hält sich offenbar für einen sehr pfiffigen Politiker, wie er denn am Schluß seines Artikels verächtlich von den Feiern spricht, die nichts könnten, als die Fahne des Prinzipals hochzuhalten, wobei er natürlich gar nicht daran denkt, von seinem Prinzip auch nur ein Zipselchen preiszugeben. Aber die ganze Methode, deren er sich bedient, um die „Minderheit“ der Partei zu loben und die Minderheit herunterzusetzen und als minder gute Staatsbürger zu verächtlichen, ist doch wahrhaftig ebenso abgedraugt wie das Gegenteil von schlau.

Und wie im allgemeinen Herr Fuhrmann eine sehr wenig kluge Taktik anschlägt, so erst recht im besonderen. Oder ist es nicht geradezu kompromittierend für die Fraktionsmehrheit, wenn er es so darstellt, als bedeuteten für sie Wahlrechtszustände eine Art Belohnung für ihr braves Verhalten während des Krieges? Herr Fuhrmann sollte doch selbst wissen, daß die „Mehrheit“ es wieder-

holt ganz entschieden abgelehnt hat, durch ihre Bewilligung der Kriegskredite um die Gunst der Regierung gebührt und eine Art politischen Schachergeschäfts getrieben zu haben. Da sollte doch auch er jeden Ansehens vermeiden, als erfolge — zwar keine Wahlreform, aber doch irgendein unbestimmtes Versprechen irgendeiner späteren Wahlreform, um die Mehrheit bei guter Stimmung zu erhalten und gegen die „Minderheit“ zu unterjügen. Aber nein, Herr Fuhrmann legt solche Notizen bei gewissen Stellen gerade voraus, wenn er schreibt:

„Es wäre aber eine gefährliche Illusion, anzunehmen, daß auf dem Wege politischer Konzessionen die noch vorhandene sozialdemokratische Mehrheit in ihrem Bestande geschügt werden könnte.“

Woraus denn auch umgekehrt gefolgert werden könnte, daß die — einstweilen freilich noch völlig in den Wolken schwebenden — „Konzessionen“ auch jetzt noch nicht kommen würden, wenn es nicht eine „Minderheit“ gäbe, der man zugunsten der Mehrheit den Wind aus den Segeln nehmen zu müssen glaubt!

Was Herr Fuhrmann an Vorwürfen gegen die sozialdemokratische „Minderheit“ sonst vorbringt, werden wir später beantworten. Dann werden wir auch gründlichst untersuchen, wer „den Krieg verlängert“ hat: die Minderheit der Sozialdemokratie oder die Politik der Wirtschaftsverbände mit Herrn Fuhrmann an der Spitze!

### Die Neuregelung der Fleischversorgung ist dringend notwendig.

Schon seit mehreren Wochen ist die Beobachtung zu machen, daß auch der Auftrieb an Rindern auf städtischen Schlachthöfen fortgesetzt steigt und daß gleichwohl die Preise nicht sinken, sondern von Woche zu Woche in die Höhe gehen. Diese auffallende Tatsache wird dadurch erklärt, daß die Konserndefabriken jeden an den Markt kommenden Vorrat von Vieh, gleichviel zu welchem Preise, aufkaufen. In dieser Bewegung scheint es kein Halten geben zu sollen. Um so dringlicher ist die Notwendigkeit eines unverzüglichen Eingreifens. Staat und Reich wollen in diesem Falle jedoch nicht unmittelbar zuschlagen. Es sollen vielmehr, so schreibt der „Berl. Lokal-Anz.“, zunächst für das Königreich Preußen nach Provinzen geordnete Organisationen der beteiligten Erwerbstätigen, also der Landwirtschaft, des Vieh- und Fleischhandels gebildet, und ihnen auf der anderen Seite Vertretungen der verbrauchenden Teile der städtischen Bevölkerung gegenüber gestellt werden. Diesen beiden Verbänden werde die Aufgabe zufallen, nach geeigneten Mitteln zu suchen, um der neuen Gefahr zu steuern, die am Horizont der deutschen Volksernährung auftaucht. Die Staatsregierung werde selbstverständlich eine aufmerksame Kontrolle dieser Arbeiten ausüben. Sie sei sich wohl bewußt, daß hier äußerste Eile geboten ist, und es werde alles geschehen, um zunächst für Preußen die neuen Organisationsformen ins Leben zu rufen. Die übrigen deutschen Bundesstaaten würden jedenfalls hierbei dem preussischen Beispiel bald folgen.

Warten wir ab, ob und wie sich die Regierung beissen wird.

### Ein Notzettel der Schuhwarenhändler.

Der Verband deutscher Schuhwarengroßhändler (Sitz Berlin) hat an den Verband deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten in Frankfurt a. M. und an den Verein der Fabrikanten in Birmasens ein Schreiben gerichtet, in dem auf die jetzigen Missetände in der Schuhwarenfabrikation hingewiesen wird. In dem Schreiben heißt es: „Wir gestatten uns hiermit das höfliche Ersuchen an Sie zu richten, auch in Ihrem Mitgliederkreise auf eine dringende notwendige Verbesserung der Schuh- und Stiefelerzeugnisse hinzuwirken. Es bedarf keiner Frage, daß die zunehmende Wertminderung aller Schuh- und Stiefelerzeugnisse in der gegenwärtigen Verhältnisse von minderwertigem Rohmaterial nebst der Verwendung von Ersatzstoffen für Leder sowie der Verarbeitung von Pappe eine Gefahr für die gesamte deutsche Schuh- und Lederindustrie bildet.“

Gegen solchen Schwindel und Betrug müßte sich allenfalls die Staatsanwaltschaft energisch in Bewegung setzen.

### Eine Reichstagswahl unterm Kriegszustande.

Im Wahlkreis Sangerhausen-Edwardsberg findet am 19. Januar die Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Gutsbesitzer Wamhoff statt. Die Nationalliberalen haben den Danbelsammerkandidat Dr. Dirsch-Essen als Kandidat aufgestellt. Dirsch ist ein Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte haben aber gleichwohl einstimmig seiner Kandidatur zugestimmt. Die Fortschrittler verzichteten auch auf die Auffstellung eines Kandidaten und ebenso hat die sozialdemokratische Kreisleitung darauf verzichtet, einen Kandidaten aufzustellen, so daß Dirsch nun glatt gewählt werden wird. Die bürgerliche Presse sprach der sozialdemokratischen Kreisleitung ihren Dank über die „schöne Betätigung des Bürgerfriedens“, die in der Nichtaufstellung eines Kandidaten liege, aus. Die sozialdemokratische Kreisleitung aber erlief diesem Lob gegenüber eine Erklärung, worin sie hervorhebt, daß Dr. Dirsch sich nur dem Namen nach von einem konservativen unterhalte, was jegliche Sympathie der Sozialdemokraten für ihn verbiete. Wenn auf die Auffstellung eines Gegenkandidaten verzichtet worden sei, so liege das an dem Kriegszustand, der es unmöglich mache, einen Wahlkampf zu führen. Den Beamten und Geschäftsleuten die halb gezwungen wählen müßten, wird empfohlen, weiße Zettel abzugeben.

## Letzte Nachrichten.

### Eine Note des Vierverbandes an Griechenland.

Athen, 12. Januar. (W. L. W.) Meldung der Agence Savas. Die Botschaften der Alliierten übermittelten gestern der griechischen Regierung die folgende Note: Die Regierungen der Alliierten haben ihre Vertreter in Athen beauftragt, der griechischen Regierung auseinanderzusetzen, daß sie es für eine unabweisbare Pflicht der Menschlichkeit hielten, sobald wie möglich einen Teil der serbischen Armee auf einen der albanischen Küste benachbarten Punkt hinüberzuschaffen, wo er sich jetzt befindet, um diese heroischen Soldaten vor Hungerstnot und Vernichtung zu bewahren. Nach einer eingehenden Erwägung der Bedingungen des Transports erkannten die alliierten Regierungen, daß nur die Insel Korfu die notwendigen Möglichkeiten im Hinblick auf die Gesundheit der serbischen Truppen, die Sicherheit und Schnelligkeit des Transports sowie die Bequemlichkeit der Verpflegung biete. Sie waren der Ansicht, daß Griechenland sich nicht der Ueberfiedlung der Serben, seiner Verbündeten, widerlegen werde, die nur kurze Zeit auf der Insel bleiben würden, wo die Bevölkerung sie sicherlich mit der gebührenden Teilnahme aufnehmen werde. Es handle sich um keine Art von Besetzung, da der griechischen Regierung in dieser Hinsicht alle Garantien gegeben worden seien, sowohl betreffs Korfus wie der anderen Teile der griechischen Territorien, deren sich die englischen und französischen Truppen zeitweilig seit Beginn des gegenwärtigen Krieges hätten bedienen müssen.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Die neuen Tarifbestimmungen für Militärschneider.

In einer sehr stark besuchten Militärschneider-Verammlung, die am Dienstag im Gewerkschaftshause tagte, besprach Runge die Verfügung des Oberkommandos, welche die Arbeitgeber unter Androhung von Strafe zur unbedingten Anerkennung der Tariflöhne verpflichtet. Der Redner verwies auf die Arbeiten der Schlichtungskommission. Diese hatten bis jetzt in materieller Hinsicht das Ergebnis, daß 40 000 Mark Arbeitslohn, die von Unternehmern und Zwischenmeistern zu wenig bezahlt waren, an die Arbeiter und Arbeiterinnen nachgezahlt werden mußten. So erheblich diese Summe auch ist, sie stellt doch nur etwa den zehnten Teil von dem dar, was den Arbeitern von den ihnen zukommenden Lohnsätzen gefürzt worden ist. Es muß aber gesagt werden, daß nicht allein die Unternehmer und Zwischenmeister, sondern auch die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche sich nie um ihre Organisation und den Tarif kümmerten, schuld daran sind, wenn sie in so vielen Fällen um einen erheblichen Teil ihres Lohnes betrogen worden sind. Solchen Uebervorteilungen der Arbeiter ist ja durch die Verfügung des Oberbefehlshabers in den Marken ein Ende gemacht. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen aber nicht glauben, daß sich alles von selbst regelt, ohne daß sie etwas dazu tun müssen. Der Tarif, wie er jetzt vorliegt, ist nicht ohne weiteres in allen Betrieben anwendbar. Wo die Arbeitsteilung weiter durchgeführt ist als sie der Tarif vorsieht, da müssen für die Zeitarbeiter besondere Tarife aufgestellt werden, jedoch so, daß sie mit dem Haupttarif im Einklang stehen. Wenn beispielsweise der Haupttarif für eine bestimmte Zeitarbeit einen Lohn von 60 Pf. festlegt und ein Betrieb diese Arbeit noch weiter teilt, dann müssen auch die 60 Pf. in angemessener Weise auf die einzelnen Arbeiten verteilt werden. Die Grundidee des Tarifs ist die, daß der Unternehmer von dem festgesetzten Arbeitslohn nichts für sich beanspruchen darf. Die Tarifbestimmungen gelten für alle in Groß-Berlin angefertigten Militärschneidereien, auch wenn dieselben für auswärtige Vorkleidungsämter geliefert werden.

Manche Zwischenmeister sind jetzt auf den Gedanken gekommen, den Tarif dadurch zu umgehen, daß sie gewisse Arbeiten nicht in Stücklohn, sondern in Zeitlohn anfertigen lassen. Sie haben nämlich herausgefunden, daß eine tüchtige Arbeiterin, die etwa 30 Pf., also einen recht guten Wochenlohn erhält, eine Arbeitsmenge leisten kann, die nach den tarifmäßigen Stücklöhnen mit 88 Pf. bezahlt werden müßte. Unter solchen Umständen sind die Zwischenmeister natürlich bereit, anständige Wochenlöhne statt der vorgezeichneten Stücklöhne zu zahlen. Aber das ist nicht zulässig, denn der Tarif bestimmt — und in diesem Sinne mit vollem Recht —, daß gegen Zeitlohn nur in den Fällen gearbeitet werden darf, wo die Ausführung der Arbeiten in Stücklohn nicht möglich ist. Die Zwischenmeister werden sich vergebens bemühen, nachzuweisen, daß die Arbeiten nicht in Stücklohn ausgeführt werden können. Sie müssen also die vorgezeichneten Tariflöhne zahlen.

In den einzelnen Betrieben hat jetzt die gewerkschaftliche Arbeit damit zu beginnen, daß auf Grund des Haupttarifs besondere Tarife aufgestellt werden, die den Arbeitsmethoden des betreffenden Betriebes angepaßt sind.

Schließlich sprach der Redner die Hoffnung aus, daß der Tarif und die Schlichtungskommission für Militärschneidereien den Krieg überdauern und auch im Frieden weiter bestehen werden, und daß auch die anderen Branchen des Schneidergewerbes zu derartigen Einrichtungen kommen mögen.

## Aus der Schlichtungskommission der Militärschneider.

Gestern stand vor der Schlichtungskommission als Beklagte die Gemeinde Weihensee, die in eigenen Betrieben Frauen auf Helmbezüge beschäftigt hat. Es handelt sich um erheb-

liche Beträge, deren genaue Höhe noch durch Rücksprache mit dem Schneiderverband als Vertreter der Arbeiterinnen festgestellt werden soll. Der Vorsitzende riet dem Vertreter der Gemeinde dringend, die Sache im Vergleich längstens in 14 Tagen aus der Welt zu schaffen und es nicht erst auf einen neuen Termin ankommen zu lassen.

Ein hartleibiger Zahler ist der Unternehmer Scharp, der sich in einer früheren Sitzung durch Vergleich zur Zahlung von 180,25 M. verpflichtet hatte. Ein solcher Vergleich hat durchaus bindende Kraft, nichtsdestoweniger erhielt die betreffende Frau kein Geld. Sie lief von Pontius zu Pilatus, ohne in ihrer Unwissenheit sich an die einzig zuständige Stelle die Schlichtungskommission zu wenden, die ihr sofort zu dem Gelde verholfen hätte. Nunmehr kam sie aber doch dahin und auch der Schuldner wurde herbeigeführt. Auf die Frage, warum er denn nicht zahlen wollte, er habe sich doch verglichen, antwortete er: „Ich war damals besangen.“ „Nun hören Sie aber auf!“, sagte ihm der Vorsitzende, „das ist doch ein Skandal, wie er noch nicht vorgekommen ist.“ Das Gericht teilte diese Auffassung ebenfalls einmütig und sämtliche Mitglieder hielten mit ihrer Empörung nicht zurück, zumal der Schuldner der Frau gelagert hatte: „Ihnen wird die Knechtserei schon noch über werden.“

Auch die beiden Herren Hauptleute vom Vorkleidungsamt verurteilten das Gebaren des Herrn Scharp aufs Schärfste und rieten demselben schleunigst zu zahlen, sonst hätte er die längste Zeit Militärschneidereien hergestellt. Es kostete Mühe, den Herrn soweit zu bringen, daß er zugab, das Geld nunmehr sofort abzusenden. Zu seinem Glück, sonst wären andere Saiten gegen ihn ausgezogen worden.

Wie leicht manche Leute ihr Geld verdienen, zeigte ein Klagefall, wo nachgewiesen wurde, daß ein Unternehmer 25 Proz. des Preises glatt eingestrichen hat, ohne die Arbeit auch nur gesehen zu haben. Seine „Tätigkeit“ bestand darin, daß er dem Kaiser den Auftrag erteilte, die Ware vom Vorkleidungsamt in die Wohnung des betreffenden Zwischenmeisters zu befördern.

In Sachen der Deutschen Planfabrik, über die wir berichteten, wurde bekannt gegeben, daß die beklagte Firma die Klage auf dem Vergleichsweg zu erledigen geneigt ist. Alle Arbeiterinnen, die noch Ansprüche glauben stellen zu können, müssen ihre Forderungen bis zum 31. Januar d. J. einreichen, nach diesem Termin wird nichts mehr angenommen. Größere Summen kommen bei dieser Klage nicht in Betracht.

Die Verhältnisse in der Korbmacherbranche. Durch die Kriegsarbeit ist die Zahl der Beschäftigten im Berliner Korbmachergewerbe teilweise bis auf 2000 und 2500 gestiegen. Zum großen Teil waren dies ungelernete Arbeiter. Es wurden im Laufe der Zeit mehrere Zahlungen vorgenommen. Die letzte, die im Dezember v. J. stattfand, ergab die Zahl von 590 männlichen und 200 weiblichen Beschäftigten. Schon daraus ist zu ersehen, daß die Arbeitsgelegenheit nach und nach immer mehr zurückging. Die Löhne konnten in Berlin für die Korbmacher im allgemeinen gehalten werden.

Die Löhne für neuere Aufträge sind durch Reichstarif geregelt worden.

Verhandlungen mit den Unternehmern fanden in 20 Fällen statt. Auch ist eine Arbeitsniederlegung zu verzeichnen. Bei den Erlösungsmachern war es den Unternehmern möglich, Abzüge vorzunehmen. Es ist dies in der Hauptsache dem Umstande zuzuschreiben, daß dort zumeist Ungelernte beschäftigt werden, die der Organisation fernstehen. Dasselbe trifft auch für die Gestellarbeiter zu. Um dieser Lohnrückbildung zu begegnen, ist die Betriebsverwaltung angerufen worden, und zwar mit einigem Erfolg.

Wielach ist die Arbeit auch nach außerhalb berichtet worden, in Gegenden, wo die Löhne noch sehr niedrig sind.

In der Grünbranche soll eine verstärkte Agitation vorgenommen werden, um auch dort die Verhältnisse auf die Höhe zu bringen.

An diesen Bericht, den die Branchenleitung der letzten Branchenversammlung gab, schloß sich keine Diskussion.

Aus dem Bericht der Zentralkommission ist zu entnehmen, daß verschiedene Eingaben an alle maßgebenden Behörden gemacht wurden, um der Lohnrückbildung durch bestimmte Betriebe entgegenzuwirken. Zum Teil war das Ergebnis günstig. Ein reges Interesse muß auch der Frage der Kriegsbekleidungen zugewendet werden. Die an den Fingern Verletzten werden möglichst der Korbmacherei zugewiesen, da diese Arbeit für die Wiederherstellung der Gelenkigkeit und Brauchbarkeit der Finger sehr geeignet ist.

Soweit wäre nichts dagegen einzuwenden; nur soll man bei den betreffenden Kriegern nicht die Illusion aufkommen lassen, als biete die Korbmacherei ohne weiteres für sie alle eine geeignete Erfindung. Ein Teil wird ja darin bleiben können, die meisten dürften jedoch bei dieser Beschäftigung nicht zu einem ausreichenden Verdienst kommen.

Eine Umfrage hat auch ergeben, daß die Heim- und ebenso die Frauenarbeit in der Korbmacherei ungemein zugenommen habe.

Für die gelernten Arbeiter wird im ganzen Reich bis auf weiteres noch genügend Arbeit vorhanden sein, hingegen wird in der Beschäftigung der Frauen und Ungelernten voraussichtlich bald eine Pause eintreten.

## Rusland.

### Tagung des italienischen Gewerkschaftsverbandes.

Der geschäftsführende Ausschuss der italienischen Gewerkschaften hat sich in den letzten Tagen des Jahres in Mailand versammelt, um über drei Hauptpunkte zu beraten: die wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen, die Lebensmittelfrage und die Arbeitslosenfrage. Bezüglich des ersten Punktes erinnert er auf der Versammlung gefasste Beschlüsse daran, daß die Regierung die im Juli 1914 den sozialistischen Parlamentärsvertretern versprochene Steuerreform im demokratischen Sinn bis jetzt schuldig geblieben ist. Der Krieg habe diese Verpflichtung nicht auf, sondern mache sie um so dringlicher, namentlich was die direkten Steuern betrifft, die die Regierung in ihren Kriegsteuerbestimmungen sorgfältig umgangen hat, zugunsten der wenig wirksamen, aber das besitzlose Volk unendlich drückenden Maßnahmen, wie die Salzsteuer. Der auf die Lebensmittelsteuerung sich beziehende Beschlus wiederholt die von den Gewerkschaften seit Kriegsbeginn erhobenen Forderungen auf Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation durch Höchstpreise und Beschlagnahmepolitik, durch Freigabe größerer Ländereinheiten für intensivere Bedienung, durch Vereinfachung der Transportmittel, Kreditgewährung an Gemeinden und landwirtschaftliche Verbände, durch eine Politik der Ausfuhrkompensationen mit den verbündeten Mächten.

Der Mangel an öffentlichen Arbeitsnachweisen macht die Versorgung der Arbeitslosen zu einer Unmöglichkeit, und selbst bei Wiederaufnahme der Emigration nach Friedensschluß wird sich der Notstand mit dem Kriegsende nicht verringern. Je schneller hier Vorkehrungen zur Einrichtung von Arbeitsnachweisen getroffen werden, desto besser.

Endlich fordert der Gewerkschaftsrat von der Regierung Verwirklichung der seit längerer Zeit erhobenen Klagen des Personals der staatlichen Sekundärbahnen und der städtischen Straßenbahnen und protestiert gegen die Politik des auf die lange-Bank-Schiebens, die in dieser Angelegenheit geübt wird.

### Schließung eines Handelshilfsvereins in Rußland.

Das Oberhaupt der Moskauer Stadtvertretung verfügte die Schließung der Gesellschaft für gegenseitige Unterstützung der Handelshilfsleute mit der Begründung, daß besagte Gesellschaft ihre Beschlüsse übersteigt, indem sie eine kulturelle Zweck verfolgende Kommission gründete, was zu ihrem Programm nicht gehört, und indem sie außerdem die Sitzungen dieser Kommission ohne die Genehmigung der Polizei zuließ.

# A. WERTHEIM

Donnerstag bis  
Sonnabend:

## Konserven

Riesen-Stangenspargel <sup>1/2</sup> Dose 1 M. 1.95	Junge Schoten sehr fein <sup>1/2</sup> Dose 65 Pf. 1.20
Stangenspargel <sup>1/2</sup> Dose 95 Pf. 1.80	Karotten in Streifen <sup>1/2</sup> Dose 42 Pf.
Stangenspargel stark <sup>1/2</sup> Dose 88 Pf. 1.65	Grünkohl ..... 48 Pf.
Stangenspargel mittel ..... 1.55	Weißkohl, Wirsingkohl. .... 48 Pf.
Stangenspargel 50-60 ..... 1.30	Rotkohl ..... 52 Pf.
Riesen-Bruchspargel ..... 1.65	Teltower Rübchen <sup>1/2</sup> Dose 48 Pf. 80 Pf.
Bruchspargel extra stark ..... 1.50	Schmorgurken <sup>1/2</sup> Dose 48 Pf. 80 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe ..... 85 Pf.	Sellerie in Scheiben <sup>1/2</sup> Dose 38 Pf. 65 Pf.
Junge Schoten sehr fein ..... 1.40	Rote Rüben ..... 42 Pf.

Tomatenmark ..... Dose 180 Gramm 25 Pf.

Aepfel <sup>1/2</sup> Frucht ..... 1.05	Oelsardinen ..... <sup>1/4</sup> Dose 1.30
Aprikosen <sup>1/2</sup> Frucht ..... 1.25	Norweg. Sardinen in Tomaten 30 Pf.
Birnen <sup>1/2</sup> Frucht ..... 95 Pf.	Norweg. Sardinen in Oel ..... 60 Pf.
Heidelbeeren ..... 1 M. 1.30	Norweg. Sardinen in Oel ..... 60 Pf.
Himbeeren ..... 1.30	Makrelen in Tomaten. .... 85 Pf.
Kirschen rot, ohne Steine ..... 1.15	Räucherlachs 1 M. 1.90 3.60
Sauerkirschen ohne Steine ..... 1.15	Donnerstag u. Sonnabend: Pfundpreise
Mirabeln ..... 1.20	Rindfleisch ..... 1.55
Stachelbeeren ..... 95 Pf.	Gulasch ..... 1.55
Heidelbeeren naturell ..... 85 Pf.	Schweinefleisch ..... 1.70
Oelsardinen in Tomaten ..... 40 Pf.	Bratwurst ..... 1.50
	2 Paar Würstchen m Sauer Kohl 95 Pf.

Verkauf Donnerstag und Sonnabend:

Donnerstag, soweit Vorrat.

## Wurstwaren

Plockwurst ..... Pfund 2.70
Zervelatwurst ..... Pfund 2.70
Sülzwurst ..... Pfund 1.70
Zungenwurst ..... Pfund 2 M.
Gek. Käbler in Stücken von etwa 1 Pfund ..... Pfund 2.30

## Für Feldpost

Landleberwurst ... Dose 2 M. 2.40
Sardellenleberwurst ... Dose 2.40
Fleischwurst ..... Dose 2.40
Kraftfleisch ..... Dose 1.70
Fleischsalat, Sülze .. Dose 85 Pf.
Feldpostbriefe mit Wurstwaren in verschiedenen Preislagen.

## Obst Gemüse

Kochapfel Pfd. 15 Pf. Kochbirnen 2 Pfd. 35 Pf.
Boskop-Reinetten ... Pfund 20 Pf.
Mandarinen ..... Pfund 35 Pf.
Apfelsinen ..... Dutzend 55 u. 70 Pf.
Zitronen 1/2 D. 55 Kranzleigen Pfd. 65 Pf.
Traubenrosinen ..... Pfund 1.30
Rotkohl (Holländer) ..... Pfund 18 Pf.
Wirsingkohl (Holländer) .. Pfund 14 Pf.
Kohlrüben Pfd 5 Pf. Mohrrüben 2 Pfd. 15 Pf.
Merrettich ..... Stange 25 Pf.
Sellerie ..... Knolle 15 20 Pf.
Schwarzwurzeln ..... Pfund 15 Pf.
Große Dauer-Maronen Pfund 30 Pf.

Donnerstag und Sonnabend:

## Geflügel

Bratgänse ..... Pfund 1.95
Oderbrucher Fettgänse Pfund 2.25
Rügenwald. Gänsepökelfleisch .. Pfund 1.90
in Pässern, etwa 150 Pfd. .... Pfund 1.80
Fette Mastenten .... Pfund 2.20
Fette Masthühner .... Pfund 2.30
Junge Brathühner .... Pfund 2.50
Fr. Schneehühner Stück 1.70 2.30

Donnerstag bis Sonnabend:

## Räucherwaren

Kieler Sprotten ... <sup>1/2</sup> Pfund 55 Pf.
Sprottbücklinge ... <sup>1/2</sup> Pfund 60 Pf.
Geräucherte Oder-Aale Pfd. 3.40 3.60
Geräucherter Lachs .. Pfund 3.60
Kaviar prima ..... Pfund 22 M.
Sardellen ..... Pfund 90 Pf. 1.60
Island. Kräuterheringe Stück 40 Pf.
Nordsee-Muscheln 4-Liter-Dose 4.50
Rollmöpse ..... 4-Liter Dose 5.50
Strals. Bratheringe 4-Liter-Dose 5.50
Heringe in Wein-Öl, Dose 5.50
Schwar. Gabelbissen mit 1.30 Dose 7.50
Mixed Pickles ..... Pfund 65 Pf.
Thüringer Sauer Kohl Pfund 15 Pf.
Fuß, etwa 220 Pfund 30 M.
Holländ. Matjesheringe Stück 20 Pf.

Donnerstag bis Sonnabend:

## Käse

Geheimgratskäse (i. d. Feldpost) St 1.90
Edamer vollfett, in ganzen Kug. Pfd. 1.90
Echt. Emmenth Kräuter Käse St. 25 Pf.
Echt. Emmenth. Schachtelkäse 1.60
Echt. Holländer Vollfett Käse Pfd. 2.20
Echt. Holländer Brotkäse Pfd. 2 M.
Thüring. Pflaumenmus Pfund 60 Pf.

# Preiswerte Artikel

Militär-Regenhaut-Mäntel mit Reitschiltz . M. 19.75

Militär-Oelmäntel weite Form, Rücken mit Gürtel und Reitschiltz ..... M. 19.75

Herren-Jackett-Anzüge braun und grau .. 35 u. 52 M.

Herren-Beinkleider moderne Streifen. 4.75 8 25 12 M.

Offizier-Mäntel, Pelerinen Röhre, Reit- und Stiefel-Beinkleider fertig am Lager: 95 1.45

Selbstbinder gute Muster und Stoffe, große Form ..... 95 Pf. 1.45

Haarfilz-Hüte steife Formen 4.75

Haarfilz-Hüte weich, farbig 6 M.

Oberhemden m. Pikee-Falten-Einsatz 4.50 4.90

Ecken-Stehkragen Leinendecke ..... 1/2 Dutzend 3.90

Reichstag.

27. Sitzung, Mittwoch, den 12. Januar 1916, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Dr. Delbrück.

Der Beschlusstext über die weitere Zulassung von Hilfsmitteln im kaiserlichen Patentamt bis zum 31. März 1916 wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Die Debatte über den Bericht der Kommission über Ernährungsfragen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Wendorf (Sp.):

Unsere Vorräte an Getreide genügen bis zur nächsten Ernte und geben sogar noch einen Überschuss. Sie müssen aber auch richtig verteilt werden. Der Brotartengeist des deutschen Volkes wird sich als der eiserne Wall erweisen, an dem die Ausnahmsmaßnahmen der Feinde scheitern. In dem Bewußtsein, für ein Mäßighalten der Preise zu sorgen, sind Reichstag und Regierung einig, und die gestern vom Abgeordneten Robert Schmidt gestellte Kritik schießt über's Ziel hinaus; der Staatssekretär hat durchaus seine Pflicht getan, ein bürokratischer Jopf hat sich nicht bemerkbar gemacht, aber man muß doch bedenken, daß wir mit der Organisation der Ernährung Neuland betreten. Auch sind Kriegspreise nicht Friedenspreise, und wenn wir auch jeden Bacher verurteilen, so muß doch Profit übrig bleiben, wenn der Handel die überaus wichtige Aufgabe der Verteilung der Lebensmittel erfüllen soll. Kritik an den Maßnahmen der Regierung muß freilich geübt werden, speziell gab es bei den Maßnahmen bezüglich der Kartoffelversorgung kaum einen Fehler, der nicht auch wirklich gemacht worden ist. Die neue Bundesratsverordnung hebt die Höchstpreise für die Saatkartoffeln auf und wird daher einen schwunghaften Handel mit sogenannten Saatkartoffeln und ein Zurückhalten der Kartoffeln zur Folge haben. (Lebhafte Zustimmung.) Und diese Verordnung wird erlassen zwei Tage vor dem Zusammentreten des Reichstages für Ernährungsfragen, dem nach den Worten des Staatssekretärs alle wichtigen Maßnahmen zur Mitberatung vorgelegt werden sollen. Da scheinen doch wieder unverantwortliche Ratgeber am Werke gewesen zu sein. (Sehr richtig!) Auch mit der Futterversorgung hat es gehapert. Die Futterkarte muß kommen, denn die wohlhabenderen Kreise legen sich die notwendigen Beschränkungen freiwillig nicht auf. Auch bei der Fleischversorgung haben sich Mißstände ergeben. Aber die sozialdemokratische Resolution, die Maßnahmen fordert, um den Gemeinden die Zufuhr des unbedingt notwendigen Schlachtviehs zu sichern und die Höchstpreise für den Verkauf ab Stall und ab Schlachtviehmarkt abstimmen will, ist unbrauchbar und würde berechtigtes Mißtrauen der bäuerlichen Bevölkerung erregen. Man soll nicht unberechtigte Angriffe gegen die Produzenten erheben. Allerdings muß auch betont werden, daß es der Landwirtschaft zum mindesten nicht schlechter geht als anderen Gewerben. Wir Landwirte erfreuen uns eines reichen Absatzes unserer Produkte, während die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden vielfach zugrunde gegangen sind. Beweis sind die Futtermittel teuer geworden, die Löhne sind gestiegen, für die Pferde muthen horrenden Preise gezahlt worden, aber andererseits sind auch beim Pferdeverkauf von den Landwirten große Gewinne gemacht worden, manch alter Krippenpferd ist weit über den Buchwert bezahlt worden. Die Hypothekenzinsen sind nicht gestiegen, die Pachtpreise sind während des Krieges nicht erhöht worden, in den Befragungen stehen billige Arbeiter zur Verfügung und schließlich sind die Mehrlöhne weit aufgewogen worden durch die Höchstpreise. Während der Wert der Ernte an den vier Getreidearten und den Kartoffeln im Frieden noch nicht 7 Milliarden Mark betrug, ist er im Krieg um 1 1/2 Milliarden gestiegen, pro Hektar angebaute Fläche um 87 M. Da soll man doch nicht von einem Rückgang des Ertrages sprechen. Wenn man immer sagt, daß es der Landwirtschaft schlecht geht, so erhöht das nicht die Produktionsfreudigkeit der Landwirte. Aber selbst wenn ihr Verdienst unter den Friedensdurchschnitt gefallen wäre, so hätte die deutsche Landwirtschaft trotzdem die vaterländische Pflicht, ihre Produkte nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu steigern und alles daran zu setzen, um unsere Volkswirtschaft in Gang zu halten. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir wirklich unter den inneren Zuständen der Ernährung etwas leiden wollten, so braucht uns nicht bange werden, wenn wir den Blick nach der Front richten, wo unsere Väter, Söhne und Weiber ihr Blut einlegen unter allen möglichen Entbehrungen und Strapazen. Diese Freunde draußen wollen wir uns zum Muster nehmen, einig, kameradschaftlich, freudig wie sie wollen wir unsere Pflicht bis zum letzten erfüllen. (Beifall.)

Abg. Koeside (Bund der Landwirte):

Es hat noch nie einen Krieg in der Weltgeschichte gegeben, in welchem die Lebensmittel nicht teurer geworden sind. Aber am meisten leidet darunter der Mittelstand, nicht die Arbeiter. Alle unsere Vorkämpfer zielen immer darauf hinaus, den Minderbemittelten eine bessere Lebenshaltung zu ermöglichen. Man schiebt vielfach alle Schuld an der Teuerung den Landwirten zu, man läßt es eben an dem nötigen Verständnis fehlen. Die von dem Abg. Schmidt als Beispiele für hohe Kriegsgewinne angeführten Gesellschaften, wie die Kartoffelverarbeitungs-Gesellschaft, verdienen sogar noch an den Landwirten. Der Landwirt hat von Anfang an auf jeden Versuch verzichtet, das Brotgetreide im Preise spekulativ in die Höhe zu treiben. (Sehr richtig! rechts.) Vergessen Sie doch nicht, wie gewaltig die Futtermittel im Preise gestiegen sind. Mit zu niedrigen Preisfestsetzungen fördert man nicht die Produktion. Man spricht über hohe Kartoffelpreise, aber man bedenkt nicht, daß die Kartoffel immer noch das billigste Futtermittel ist; wenn der Landwirt sich nur Ertragsmittel kaufen muß und dabei Geld zulegt und dann als Erlös nicht die Preise bekommt, die er haben muß, um diese Mehrausgabe wettzumachen, dann wird er das nächste Mal nicht wieder so verfahren. Auch in Städten verwendet man ja bereits die für die menschliche Ernährung unbrauchbaren Kartoffeln zur Fütterung der Pferde, weil dies Futtermittel billiger ist, als andere Futtermittel. Es wird über die hohen Milchpreise gellacht, aber in England sind die Preise noch höher. Die hohen Butterpreise sind ja behauerlich, aber wir können daran nichts ändern. Wie jeder andere Unternehmer muß auch der Landwirt damit rechnen, daß nach dem Kriege die Löhne gewaltig steigen, er muß sich deshalb Reserven sichern, um seinen Betrieb aufrecht erhalten zu können. Die Qualität unserer Kulturpflanzen kann während des Krieges — das muß sich doch jeder Ausländer an den zehn Fingern abzählen — nicht besser werden und nach dem Kriege müssen die Landwirte dafür sorgen, daß die Qualität sich wieder hebt. (Sehr richtig! rechts.) Ueber die hohen Gewinne der Landwirte redet man, nicht aber darüber, wie hohe Löhne die Arbeiter in den Kriegswerkstätten verdienen. (Sehr gut! rechts.) Ich erkenne die Verdrängung hoher Löhne an, aber dann muß man daselbe auch der Landwirtschaft zugestehen. Wir werden trotz aller Nöden und nicht die Freude und die Lust rauben können, alles zu tun, damit Deutschland durchhalten kann. Auch die Löhne der Landarbeiter sind gestiegen. Die Deutschen haben die Reizung, die Zustände im Auslande stets besser hinzustellen als im Inlande. So wird auch im „Vorwärts“ behauptet, das Fleisch in England sei viel billiger als bei uns. Das ist ganz unzutreffend. Es handelt sich um einen ganz geringen Unterschied; im Inlande leidet England unter den gestiegenen Schiffsraten. Brot und Milch sind dort viel teurer als bei uns, überhaupt bekommt England die Folgen des Krieges stärker zu spüren als wir. (Bravo!)

Präsident der Reichsgroßmühlerei, Unterstaatssekretär Reichardt:

Die recht geringen Ernteschätzungen im Osten sind durch die Bestandaufnahme im September keineswegs so richtig gestellt

worden, daß die Annahme gerechtfertigt ist, wir könnten drauf zu wirtschaften. Wir haben im zweiten Kriegsjahre verschiedene Maßnahmen getroffen, die darauf zielten, die freiere Situation sowohl der Landwirtschaft als den Verbrauchern zugute kommen zu lassen. Wir müssen mit voller Energie zu der Sparsamkeit zurückkehren, die im vorigen Jahre unser Stolz gewesen ist. Das gilt sowohl hinsichtlich der sorgfältigen Bewahrung der Getreidebestände gegen Verfall — es ist viel verfallert worden, insbesondere in den Wintermonaten, von dem in diesem Jahre besonders viel gewachsen ist — als auch vom Konsum. Im vorigen Jahre wollten wir berechnete Wünsche der arbeitenden Bevölkerung dadurch erfüllen, daß wir Zusatzbrotarten gaben. Sie waren zuerst auf die wirklich schwerarbeitenden beschränkt. Im zweiten Jahre wurden sie, da die Kontrolle sehr schwer und umständlich ist, bis zum Maximum der dafür zur Verfügung gestellten Getreidemenge in Anspruch genommen. Es ist kein Witz, sondern Wahrheit, daß auch Gymnastik und Zusatzbrotarten als schwerarbeitenden bekommen haben. (Weiterkeit.) Die Dienstmädchen haben im allgemeinen Zusatzbrotarten bekommen. Während im vorigen Jahre in Berlin 120.000 Zusatzbrotarten ausgegeben waren, sind es in diesem Jahre 700.000. (Hört! hört!) Man hat auch mit dem Mehl nicht sparsam gewirtschaftet, das Kuchenboden wurde stark betrieben, und wenn unsere Kleiber nach Hause kommen, treten sie begriffschwermütig dem nicht mit der nötigen Energie entgegen. Aber jetzt muß mit voller Energie nach allen Richtungen hin die nötige Sparsamkeit befolgt werden. Praktisch geschieht das dadurch, daß wir zum Verteilungsmäßigstab des vorigen Jahres zurückkehren, daß wir den stärker Arbeitenden, aber nur den wirklich stärker Arbeitenden, die das Bedürfnis danach haben, ihre Ration lassen, aber den Bemittelten Klassen nur ihre, unter Umständen stärker verminderte Ration geben. Durch die Beschränkung und die einzelnen Dispositionen haben wir den ganzen Apparat in der Hand und können ohne weiteres garantieren: es wird gemacht.

Die sicherste Staatspolitik wäre es natürlich, alles Getreide auszuführen und das, was nicht zur Selbstversorgung gehört, wegzunehmen. Wenn wir den preussischen Landrat und die entsprechenden Amtshauptleute usw. in den Bundesstaaten nicht gehabt hätten, ich hätte wissen wollen, wie weit wir gekommen wären. Es erscheint natürlich billiger und einfacher, den Landwirten soviel, als auf ihn zur Verschrotung entfällt, zu belassen. Dies ist aber wegen der allgemeinen Regelung nicht durchführbar und so muß er das Schrot für höhere Preise wiederkaufen, als er ihn für das ungechrotete Getreide erhalten hat. Das Gleiche trifft aber doch auch für die Wolllindustrie zu, der wir die ursprüngliche Wollenerzeugung und hinterher zu einem sehr viel höheren Preis wiedergegeben haben. Natürlich sind diese Verhältnisse nicht so leicht mit dem einfachen Menschenverstand zu erfassen. (Weiterkeit.) Die Regelung muß aber durchgeführt werden und auch die Landwirte müssen sie unbedingt unterstützen.

Der Unterstaatssekretär bespricht dann eingehend die Frage der Beschäftigung der Mühlen für das Reich und legt dar, daß wenn das Reich 8000 Mühlen beschäftigen sollte, der Lohn um 10 bis 15 M. für die Tonne steigen müßte. Dies würde für das Reich eine gewaltige Belastung ausmachen; und der Staatssekretär stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das Reich nur bei einem wirklichen Notstand einzugreifen, die Wirtschaft aber solange wie möglich in Freiheit aufrecht zu erhalten habe. Die Behauptung, daß die Reichsgroßmühlerei die Großmühlen einseitig bevorzuge, ist unrichtig. Wir berücksichtigen auch nach Möglichkeit die kleineren und mittleren Betriebe. Aber die Dinge liegen nicht so einfach. Es sind eine ganze Reihe von Witten einzelner Abgeordneter an mich herangetreten, gewisse namhaft gemachte Mühlen bei unseren Lieferungen zu berücksichtigen. Ich habe dann festgestellt können, daß diese Mühlen regelmäßig in dem Wahlbezirk des betreffenden Abgeordneten lagen. (Zuruf: Wahlbezirk!) Nein, Wahlbezirk. (Weiterkeit.) Es kann nicht bestritten werden, daß die Vermahlung in großen Mühlen besser als in kleineren und mittleren Betrieben vor sich gehen kann. Vor allem können die Großmühlen ohne Unterbrechung Tag und Nacht mahlen. Also: Wir bevorzugen nicht, wir handeln nur so, wie wir es vor unserem Gewissen verantworten können.

Mit unseren Vorräten reichen wir nicht nur bis zum Schluß des Erntejahres aus, wir gehen auch mit einer Reserve in das neue Erntejahr hinein. Daß das notwendig ist, haben wir im vorigen Jahre erleben müssen. Hätten wir da nicht die großen Leberhöhlen gehabt, wir wären in große Verlegenheit gekommen. Darum müssen wir unbedingt auch für das neue Jahr eine Reserve haben. Wir hoffen, daß diese Reserve noch größer sein wird als im vorigen Jahr, aber garantieren können wir das nicht. Deshalb kommt es darauf an, daß wir den Konsumenten mit aller Energie Sparsamkeit einflößen. Wir müssen die Zähne zusammenbeißen, auch wenn wir manchmal nicht das dazwischen haben, was wir gern möchten. Wenn wir wollen, dann reichen wir, und das will ich sagen, das steht fest. (Beifall.)

Abg. Gamp (Sp.):

Mit den Zusatzbrotarten ist in Groß-Berlin ein unerhörter Mißbrauch getrieben worden. Es ist geradezu unverständlich, wie ihre Zahl plötzlich von 120.000 auf 700.000 steigen konnte, ohne daß irgendeine verantwortliche Stelle etwas davon merkte. (Zustimmung rechts.) — Die Reichsgroßmühlerei beschäftigt noch weniger Mühlen, als früher die auf privatrechtlicher Grundlage beruhende Kriegsgroßmühlerei; diese hat noch 8000 Mühlen beschäftigt; auf die Klagen, daß private Großmühlen bevorzugt werden, sind jetzt über 2000 Mühlen ausgeschaltet. (Hört! hört!) Da sind die Klagen der kleinen und mittleren Mühlen sicherlich berechtigt. Wir haben das Recht, vom Reichsanwalt eine Äußerung zu verlangen, ob er mit dem Vorgehen der Reichsgroßmühlerei übereinstimmt; bei der Zwitterstellung ihres Präsidenten (Weiterkeit.) können wir nicht wissen, ob er uns die Ansichten des Bundesrates vorgetragen hat. — Die Sozialdemokraten klagen lebhaft über die Höchstpreise, die sie zuerst selbst gefordert haben; aber jetzt sind sie ihnen zu hoch und der Abg. Schmidt verlangt, daß für ihre Festsetzung die Produktionskosten zugrunde gelegt werden. Aber in der Landwirtschaft gibt es keine allgemeinen Produktionskosten, sie hängen in erster Linie vom Wetter ab und sind daher bei einem Landwirt ganz anders wie bei dem benachbarten. Weil vielleicht Herr Hofer und Herr Wendorf eine gute Ernte hatten, kann man doch nicht verlangen, daß auch die Landwirte, die eine schlechte Ernte hatten, ihr Getreide billig verkaufen sollen.

Die Kartoffeln waren im Kriege billiger als im Frieden, und zwar, weil sie in drei Tagen vom Osten nach dem Westen des Reiches geschafft wurden für ein Viertel der Fracht, drei Viertel sind den Empfängern geschenkt worden von der Eisenbahn. Die Vorwürfe über ein Zurückhalten der Kartoffeln sind ganz unberechtigt. Eine Kartoffel ist nur entstanden, weil die Kartoffeln, die den armen Besitzern im Osten beschlagnahmt wurden, fast umsonst im Westen abgegeben und dort als Viehfutter verwendet wurden. Dagegen muß entschieden Einspruch erhoben werden.

Die Selbstversorger bekommen das Mehl erheblich billiger als die Berliner Verarbeiter. Aber diese können es ebenso billig erhalten, wenn Berlin zur Selbstversorgung überginge und das Getreide selbst vermahlen würde.

Das Haus verlegt die Weiterberatung. In einer persönlichen Bemerkung hält Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) seine gestrige Behauptung aufrecht, daß die Löhne der Landarbeiter im Winter nicht steigen seien.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Weiterberatung).

Schluß 7 Uhr.

Zensur und Belagerungszustand

vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

(Sitzung vom 12. Januar.)

Abg. Gotthein legt seine am Tage vorher abgebrochene Rede fort. Das Verbot von Zeitschriften, die von Vereinen für ihre Mitglieder herausgegeben werden, ist völlig unberechtigt, auch ist nicht zu verstehen, daß man die „Zukunft“ verboten hat. In Königsberg hat man die Parteilichkeit in der Handhabung des Vereinsrechtes geradezu auf die Spitze getrieben. Solches Vorgehen muß verbitternd wirken. Eine Eingabe der Friedensgesellschaft an den Reichsanwalt, die sich gegen die Forderungen der wirtschaftlichen Verbände richtete, ist einfach beschlagnahmt worden. Dieses Vorgehen muß im Ausland ein völlig falsches Bild erwecken. Der Verfasser eines überaus scharfen Artikels in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ war niemand anders als der Zensur selbst, der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Cramer. Daraus erklärt es sich, daß dieses Blatt manchen schreiben durfte, was anderen Blättern verboten war. Redner polemisiert dann eingehend gegen die Auffassungen der Konservativen über die Kriegszensur. Der Verfasser der Denkschrift der sechs wirtschaftlichen Verbände an den Reichsanwalt ist ein Professor Sch. in Bonn. (Zwischenruf: Schumacher!) Ob die Mehrzahl der Mitglieder der Verbände mit dem Inhalt der Denkschrift einverstanden ist, erscheint mindestens zweifelhaft, denn sie hat nur den Vorständen vorgelegen. Die Erörterungen über wirtschaftliche Fragen, über die innere Politik und über die Steuerfragen dürfen nicht unter die Zensur gestellt werden. Das jetzt angewandte Gesetz über den Belagerungszustand paßt nicht auf die heutigen Verhältnisse. Sache des Bundesrats wäre es gewesen, aus eigener Entschliebung längt diese Mißstände zu beseitigen.

Abg. Ledebour: Die Regierung hört hier alle Klagen ruhig an und erklärt dann immer: formell ist alles in Ordnung. Damit kommt man nicht weiter. Die Regierung darf nicht immer die ganze Verantwortung auf die kommandierenden Generäle schieben. Diese Herren sind nicht die eigentlichen Urheber, sondern das sind die vielfach völlig ungeeigneten Ratgeber aus der Verwaltung, die ihnen beigegeben sind. Redner zeigt an der Hand eines amtlichen Briefes, wie man ein in dänischer Sprache erscheinendes Blatt gezwungen hat, Artikel aus der „Nordd.“ abzudrucken. Der Zentralverwaltung ist das bekannt, trotzdem ist eine Abhilfe nicht eingetreten. In Berlin hat man das Vereins- und Versammlungsrecht fast restlos beseitigt. Die Polizei droht den Gastwirten, bei denen Raßlabende stattfinden, wirtschaftliche Nachteile an, wenn bei diesen Zusammenkünften politische Erörterungen stattfinden. Das muß Verbitterung erzeugen. Das Volk erwartet vom Reichstag, daß er es zu erreichen weiß, daß die Diskussion über die Friedensziele endlich freigegeben wird. Redner bespricht dann eingehend die Möglichkeiten, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Die Unterbindung der Meinungsfreiheit ist eines starken Volkes nicht würdig.

Unterstaatssekretär Zimmermann polemisiert gegen einen Teil der Ausführungen Ledebours. Die Ausführungen waren vertraulich.

Abg. Dr. Dertel ist der Ueberzeugung, daß die hier geäußerten Auseinandersetzungen kein praktisches Ergebnis zeitigen werden. Der Belagerungszustand kann jetzt nicht aufgehoben werden, das wäre ein Freßel am Vaterlande. Auch andere Kreise, nicht nur die Sozialdemokratie, leiden unter den jetzigen Zuständen. Auch Funktionäre des Bundes der Landwirte sind bestraft worden, weil sie nicht angemeldete Vertrauensmännerbesammlungen einberufen hatten. Die Militärärzte hat teilweise sehr gut gearbeitet. Die Unterdrückung gewisser Theaterstücke und die Maßnahmen gegen Verwahrlosung der Jugend sind sehr erfreulich. Daß die Pressezensur sehr drückend ist, kann nicht bestritten werden. Die völlige Aufhebung ist aber nicht möglich. Anders steht es mit der Handhabung der Zensur. Hier sind ernste Klagen sehr berechtigt. Redner schildert eingehend das Vorgehen der Zensur gegen die „Deutsche Tageszeitung“. Formell gibt es keine politische Zensur, in Wirklichkeit aber ist sie da. Eine größere Freiheit genießen nur die Zeitschriften, gegen deren Inhalt aber vielfach zu polemisieren der Tagespresse nicht möglich ist. Die Erörterung der Kriegsziele darf nicht bis zu dem Moment vertagt werden, wo der Friedensschluß vor der Tür steht. Redner nimmt dann eingehend die Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände in Schutz. Die Eingabe ist verfaßt und redigiert von den Verbänden; wer den Entwurf ausgearbeitet hat, ist gleichgültig.

Abg. Dittmann wendet sich gegen die Ausführungen des Unterstaatssekretärs Zimmermann zu den Kriegsziele. Gerade die Unmöglichkeit der freien Aussprache muß zu Differenzen führen. Die Regierung hat nicht nachgewiesen, daß die Aufhebung der Pressefreiheit im Interesse der Sicherheit des Deutschen Reiches notwendig war. Heute haben 25 Generäle das Recht, ganz nach Belieben in Deutschland zu schalten und zu walten. Die Zensur verbietet sogar Schriften, die der Regierung überreicht werden sollen. Das Oberkommando in den Marken bestimmt geradezu, was der Regierung unterbreitet werden darf. Damit gewinnt es den Anschein, als ob auch die Regierung unter der Militärdiktatur stehe. So ist ein als Sammelwerk gedachtes Buch: „Deutschlands Frieden“, das erst bei Eintritt eines Waffenstillstandes der Öffentlichkeit übergeben werden sollte, vom Oberkommando in den Marken verboten worden. Nicht einmal die Drucklegung wurde gestattet. — Die Presse leidet nicht bloß unter der Zensur, sondern auch indem man ihr die Redaktions- und das technische Personal durch Entberufung zum Geerdienst entzieht. Wie die Regierung zu den hier vorgebrachten Beschwerden steht, das ergibt sich am besten daraus, daß die Oberzensurstelle zu den Verhandlungen gar nicht zugezogen worden ist. Die Presseabteilung in Münster ist so zusammengelegt, daß man sich über ihre Leistungen nicht zu wundern braucht.

Ministerialdirektor Levin ist fest, daß die Herausgabe des Werkes „Deutschlands Frieden“ von der Zensur nicht gestattet wurde, weil in diesem Buche Friedensziele erörtert wurden. Aber auch die Drucklegung und Verbreitung als „Handchrift“ konnte nicht gestattet werden. Es wären auf diesem Wege etwa 1000 Exemplare verbreitet worden und man hätte keine Gewähr dafür, daß dann nicht auch der Inhalt im Ausland bekannt geworden wäre. Eine solche Umgehung der Zensur könne nicht gebuldet werden.

Die Beratungen werden Donnerstag zu Ende geführt.

Heines Antwort.

Vom Genossen Heine erhalten wir folgende Zuschrift: Nachdem der „Vorwärts“ die Zuschrift Georg Haases in Nr. 4 abgedruckt hat, darf ich beanspruchen, daß er auch meine Erwiderung aufnimmt. Freilich werden die Leser des Zentralorgans kein wichtiges Bild bekommen können, weil der „Vorwärts“ zwar Haase Raum für den Schwall von Schimpfworten gewährt hat, die dieser über mich ausgießt, aber jetzt so wenig wie früher meine sachlichen Darlegungen für die Verteilung des deutschen Volkes und gegen die Auffassung der Deklarationen wiedergegeben hat. Die Leser des „Vorwärts“ wissen ja gar nicht, was ich gesagt habe und können deshalb nicht darüber urteilen. Das heißt auch zur Antwort den Lesern, die mich mit anonymen und nichtanonymen Schmähbriefen bedrängen.

Auf diese unsachlichen Schimpfereien zu antworten, ist für mich selbstverständlich ausgeschlossen. Nur auf einige Totschaden will ich eingehen.

Haase befreit, sich an den Beratungen über die Erklärung beteiligt zu haben, die er am 4. August 1914 namens der Fraktion verlesen hat. Ich habe persönlich mit ihm über den Wortlaut der Erklärung, der mir nicht knapp genug erschien, noch vor ihrer Verlesung gesprochen. Dabei hat er selbst mir gesagt, er hätte vergeblich vor den „Schützenbrüderbräsen“ darin gewarnt. Das war nämlich — etwas anderes kommt nicht in Betracht — das Wort: „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben, wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Also hatte ich nach seiner eigenen Angabe das Recht, zu sagen, daß Haase sich an den Besprechungen über die Formulierung der Erklärung beteiligt habe. Man kann das auch, ohne Mitglied der Kommission zu sein.

Daß Haase sich getraut hat, die Erklärung zu verlesen, habe ich selbst mitgeteilt; ebenso, daß die Fraktion zu meinem Bedauern beschlossen hat, ihm die Verlesung zu übertragen. Ich persönlich habe Haase in der Ablehnung zu bestärken gesucht und mich selbst gegen den Beschluß gewendet. Ich erblickte in ihm einen sehr bedeutenden Präzedenzfall und eine Schwächung des Ernstes und der Bedeutung der Fraktionserklärung, sah auch voraus, daß Haase und die Fraktion dadurch in eine völlig unhaltbare Lage zueinander kommen müßten. Haase aber ließ sich „nötigen“. Er „hat“ freilich die Fraktion, ihm die peinliche Aufgabe zu erlassen, aber er legte der Zustimmung kein entschiedenes Nein entgegen. Ich möchte wohl wissen, wer mich zwingen könnte, eine gegen meine Ueberzeugung verstehende ausdrückliche Erklärung zu verlesen, wenn ich es ernstlich nicht wollte! Haase behauptet jetzt im letzten Moment dazu gezwungen zu sein, um die Fraktion nicht unvertreten zu lassen. Als ob das ein Grund wäre! Hätte er sich entschieden geweigert, so hätte eben ein anderes Mitglied des Fraktionsvorstandes einspringen müssen. Das selbe Spiel aber hat Haase (wovon er in der Erklärung gegen mich kein Schweigen), auch im Dezember 1914 wiederholt, wo ja nach der Meinung seines Freundes Liebknecht der Charakter des „imperialistischen Eroberungskrieges“ auf Seiten Deutschlands schon ganz zweifellos war. Diesmal hatte er vier Monate Zeit gehabt, dem Fraktionsvorstand seinen unbeweglichen Willen zu erklären. Aber wiederum ließ er sich „zwingen“. Er gibt sich aus als Wahrer der besten Ueberlieferungen der Partei. Wenn er glaubt, daß die Erklärungen vom 4. August und 2. Dezember 1914 deren Grundsätze ins Gesicht schlagen, so hätte ihn kein Mehrheitsbeschluß zwingen dürfen, sie mit seinem Namen zu decken. Haase behauptet, der Beschluß hätte seine Absicht vereitelt, den Vorsitz in der Fraktion niederzulegen. Gehindert hätte ihn der Beschluß wahrlich nicht, eine selbstverständliche und anständige Konsequenz zu ziehen. Aber Haases Angabe bestätigt meine Auffassung, daß er den bedauerlichen Beschluß als erwünschten Vorwand nahm, in einem Amte zu bleiben, in dessen Besitz er besser als sonst irgendwie die Politik durchkreuzen konnte, die er zu vertreten beabsichtigte.

Das hat er denn auch reichlich getan, und erst im letzten Moment vor der Sonderbundsaktion hat er dieser ganz unmöglichen und unwahrscheinlichen Stellung ein Ende gemacht.

Haase fragt mich, ob er jemals etwas getan oder gesagt habe, was im Interesse der Verteidigung Deutschlands nicht ans Licht kommen dürfte. Ich bin wirklich nicht harmlos genug, um den Zweck dieser Provokation nicht zu durchschauen. Ich hatte geschrieben:

„Nicht alles, was über sein Verhalten zu sagen wäre, kann heute öffentlich gesagt werden; nicht aus Rücksicht auf ihn, die er nicht verdient, sondern im Interesse der Verteidigung Deutschlands.“

Das halte ich aufrecht. Haase weiß ganz genau, auf welche Vorgänge ich anspiele und weshalb sie während des Krieges nicht näher erörtert werden können. Sie sind Gegenstand einer Besprechung im Fraktionsvorstand gewesen. Sehr viele Genossen wissen um diese Dinge, und es ist gut, sie daran zu erinnern, weil die zweideutige und die Partei schädigende Rolle, die Haase gespielt hat, daran besonders klar wird.

Eine Verdrehung ist es, wenn Haase behauptet, ich hätte die Berliner Genossen, die die Ansicht der Fraktionsminderheit vertreten, als „Schreier“ bezeichnet und des „Terrorismus“ geziehen. Ich habe zu wiederholten Malen in der deutschen und der ausländischen Presse die Ehrenhaftigkeit der Motive hervorgehoben, von denen die überzeugten Anhänger der Minderheit geleitet seien, wenn ich auch ihre Bedankengänge für falsch und nicht sozialdemokratisch halte. Daß aber Anhänger dieser Minderheit auch mit terroristischem Geschrei geklopft haben, das sollte am wenigsten Haase ableugnen, der dabei gewesen ist, wie ich mir drei Stunden lang gegen eine kleine Gruppe solcher Lärmmacher, die den Willen aller ersten Teilnehmer der Versammlung erregten, Geduld erkaufen mußte, ohne daß mir Haase die Unterstützung gewährt hätte, die seine selbstverständliche Pflicht als Referent und Parteivorstandiger gewesen wäre. Haase kennt die Worte, die damals gefallen sind. Stumm wie ein Stein hat er zugehört, ohne einzugreifen, obgleich ich ihn im Interesse der Partei dazu aufforderte, so daß der Eindruck, sie geschäben mit seiner Billigung oder mindestens Duldung, unumwandelbar war. Und diese Aeusserungen richteten sich nicht sowohl gegen mich persönlich und die Mehrheit der Fraktion — das wäre mir wirklich gleichgültig gewesen —, sondern gegen die von einem internationalen Sozialistenkongress ausdrücklich angenommenen Grundsätze und gegen die Praxis, die die deutsche Sozialdemokratie in 30 Jahren festgehalten hat, die ich ihr angehörend die Ehre habe.

Was meine Stellung zum Kriege betrifft, so weise ich die unwahre Unterstellung zurück, als ob zwischen meiner Auffassung und der der Fraktionserklärung vom 4. August 1914, die die Verantwortung für diesen Krieg ablehnt, irgend ein Gegensatz bestünde. Haase kennt meine Ansicht über die Gründe des Krieges und über eine Eroberungspolitik ganz genau; ich habe auch, dachte ich, in der Öffentlichkeit mich verständlich genug ausgesprochen. Die Verantwortung übernehmen aber ich und mit mir die Männer der Mehrheit der Fraktion für alle Wahrsprüche, die nötig sind, um unser Vaterland, um das deutsche Volk und nicht zuletzt die deutsche Arbeiterklasse vor dem Schicksal einer Niederlage zu schützen. Darin lassen wir uns auch nicht irren machen durch die allen Tatsachen widersprechende Verdrehung, der Krieg, den Deutschland führe, sei ein „imperialistischer Eroberungskrieg“. Will Haase vielleicht bestreiten, daß mit dieser Behauptung Stimmung gegen die Kreditbewilligung und für die Sonderbundsaktion gemacht worden ist? Und wenn er es nicht bestrittet, was gibt ihm das Recht, mir Verleumdung vorzumerzen? Deutschland kämpft auch heute noch um seine Existenz, nicht um Eroberungen, und unterliegt es, so trifft dies Unheil in erster Reihe die deutschen Arbeiter. Darüber mögen die Genossen sich durch keine Sophisterei täuschen lassen. Haase nenne mir den „Grundjah“, den wir durch unser Eintreten für die Rettung unseres Landes erleiden!

Mit dem „Militarismus“ hat dies nicht das geringste zu tun. Was wir als Militarismus bekämpft haben und immer wieder bekämpfen werden, ist ein verfehltes, seinen eigenen Zweck schädigendes System und Verhältnis von Heer und Volk, aber niemals die Vaterlandsverteidigung selbst, die die Sozialdemokratie in ihren Programmen und in den Beschlüssen des Stuttgarter internationalen Sozialistenkongresses ausdrücklich als Pflicht anerkannt hat. Jetzt in der Kriegszeit aber haben wir nicht für oder wider Systeme zu demonstrieren, sondern das Nötige zu tun, damit das deutsche Volk nicht geschlagen wird. Dazu gehört in erster Reihe die Festigkeit des Willens und der Mut zur Verantwortung für das Notwendige.

Ich kann den Haaseschen Verdrehungen gegenüber nichts anderes tun, als wiederholen, was ich in der „N.“ geschrieben habe: Wir rechnen mit der Wirklichkeit, wir sehen die Umgestaltung Deutschlands durch das feindliche Ausland, die immer wieder erneute Kriegsleidenschaft und Vernichtungsbrotzung gegen unser Vaterland auf Seiten der Gegner; die Deklaranten hoffen

(wenn sie überhaupt etwas denken) auf einen guten Willen der Feinde, von dem leider noch nichts vorhanden ist.

Und wir denken den Gedanken der Verweigerung der Kriegskredite im jetzigen Augenblick zu Ende, und wir fragen uns, was die Folge sein würde, wenn sie wirklich von der Mehrheit des Reichstags abgelehnt würden. Wie stünde unser an der Grenze kämpfendes Heer ohne Nahrung, Munition, Pflege der Verwundeten usw.? Verweigerte der Reichstag die Mittel zur Fortsetzung dieser Landesverteidigung, so wäre die Folge, daß entweder unsere Heere sofort vom Feinde geschlagen würden, der ihnen auf dem Wege ins Land folgte, oder daß die Regierung genötigt wäre, sich das Geld gegen den Willen des Parlaments zu beschaffen. Dies würde die Regierung tun und damit wäre das Ansehen der Volksvertretung vernichtet. Aber auch die Landesverteidigung wäre trotzdem aufs schwerste gefährdet, denn dem ganzen feindlichen Ausland wäre ein schmarbovolles Bild innerer Schwäche Deutschlands geboten. Man käme damit auch nicht zum Frieden. Die Feinde, die jetzt wo Deutschland stark und einig dasteht, noch jeden Gedanken an Frieden zurückweisen, würden wahrhaftig nicht bereit sein, einem durch innere Zwietracht geschwächten Deutschen Reich einen ehrenhaften Frieden zu bewilligen. Sie würden über die Grenze drängen, unsere Heere schlagen, Hunderttausende unserer Brüder töten, alles Elend der feindlichen Invasion in unser Land tragen.

Das kann kein Deutscher wollen, und ich bin überzeugt, daß der größte Teil der Sonderbündler es mit Enttäufung von sich weisen würde, solches Unheil zu unterziehen. Also darf, ja muß man sagen: Diejenigen, die die Parteieinheit sprengen, um gegen den Kriegskredit zu stimmen, wollen gar nicht, daß er wirklich abgelehnt werde. Sie können sich den Luxus ihrer Zustimmung nur leisten, weil sie wissen, daß andere für die Sicherheit des Vaterlandes eintreten und unsere Krieger im Felde und deren Familien daheim mit dem Notwendigen versorgen und schützen helfen.

Wie man aus Haases eigenen Aeusserungen weiß, rechnet die separatistische Minderheit darauf, daß die Mittel zur Führung des Krieges schließlich doch bewilligt werden. Er und übrigens auch verschiedene Redakteure des „Vorwärts“ und andere dieser Minderheit haben wiederholt erklärt, wenn die Sozialdemokratie die Kredite ablehnte, so rücte deswegen nicht ein Soldat weniger oder schlechter ausgerüstet in das Feld; nur die Sozialdemokratie trüge nicht die Verantwortung dafür, sondern überlasse sie anderen.

Man muß es einmal deutsch und deutlich sagen: Eine solche Taktik mag wohl weder von Mut noch von Wahrheitsliebe. Diese Deklaranten wünschen in Wahrheit selber das, wogegen sie stimmen und wegen dessen sie die anderen Genossen angreifen. Das ist unwahrscheinlich. Oder wagt einer von ihnen zu wünschen, daß die deutsche Heere aus Mangel an Mitteln nicht ausgerüstet und verpflegt würden, so daß sie unser Land nicht verteidigen könnten? Wenn einer darunter wäre, der dies wünsche oder nur die Möglichkeit davon in den Kauf nehmen wollte, so würde ich ernsthaft bedauern, daß der Kriegszustand ihn hinderte, seine Bestimmung aufzudecken; die Rache des Volksgewissens würde ihn ertöten. Wenn man aber wünscht, daß das Elend der Niederlage Deutschland erpart bleibt, wie kann man für die Erfüllung dieses Wunsches „keine Verantwortung“ tragen wollen? Keine Verantwortung für die Errettung unseres Vaterlandes und Volkes? Das ist kein Mut.

Und um einer solchen absurden Angst vor der Verantwortung willen, vor einer Verantwortung, die jedem Deutschen Ehre sein sollte, sprengen die Sonderbündler ersens die Einheit der Partei, gefährden sie zweitens die Sicherheit und das Wohl Deutschlands, erschweren sie drittens den Frieden und schneiden sie viertens alle Möglichkeiten einer gesunden inneren Entwicklung Deutschlands ab.

Es kann nicht ausbleiben, daß diese mit so viel Lärm unternommene Aktion im Auslande den Eindruck hervorruft, das deutsche Volk wäre uneinig und schwach und eine leichte Beute der Feinde. Die unwahre Anschuldigung gegen die Regierung, daß sie Unterdrückungspläne gegen andere Völker hege, muß ebenfalls als Aufstachelung zur Fortsetzung des Krieges an allen Fronten wirken. Im Innern kann nur eine geschlossene Sozialdemokratie und nur eine, die in der Stunde der Gefahr treu zum Vaterlande gehalten hat, die widerstrebenden bürgerlichen Parteien und die Regierung zu Reformen treiben. Die Freunde der Scharfmacher-Presse über den Bruch in der Sozialdemokratie ist unvorstellbar, und man kann den Gegnern nur recht geben, wenn sie es als einen unmöglichen Zustand ansehen, daß in solcher Zeit und in solcher Frage ein Teil der Fraktion sich gegen den andern stellt. Wie soll die Sozialdemokratie bei der nächsten Reichstagswahl den bürgerlichen Angriffen entgegenreten? Hat sie nicht als Konsequenz der Sondererklärung auch Sonderkandidaturen zu gewärtigen? — Wie soll sie im Parlament Forderungen aufstellen, wie das Koalitionsrecht und die Schultern des Volkes vor unbilliger Belastung schützen, wenn sie selbst in sich nicht einig ist?

Ich habe niemals gehofft, daß uns nach dem Kriege in der inneren Politik Zeiten ruhigen Genießens oder auch nur leichte Siege bevorstünden? Wir werden zu kämpfen haben, aber der Kampf ist aussichtsreich, und wir haben auf große Sympathien zu hoffen, wenn wir einig und stark sind und an der Politik des 4. August 1914 festhalten. Wir verlieren den Boden unter den Füßen, wenn in diesem ersten Krisenjahr Deutschlands die Partei sich sagen lassen muß, sie lasse das Vaterland im Stich.

Genieß wollen alle Parteigenossen Frieden, wie die Mitglieder der Mehrheit der Reichstagsfraktion auch, wie überhaupt jeder vernünftige Mensch in Deutschland. Aber die Volkstreu, die die Träger der sozialistischen Ideen sind, können nicht wollen, auch nur in die Gefahr einer Zerstörung Deutschlands und eines feindlichen Einfalls gebracht zu werden.

Das ist das, was ich gesagt habe. Wenn Haase darin Unfähigkeit zu einer grundsätzlichen Politik erblickt, so ist ihm nicht zu helfen.

Wolfgang Heine,  
Abgeordneter für den 1. Anh. Reichstagswahlkreis.

## Die eiserne Stirn.

Von Hugo Haase.

Heine entpuppt sich immer mehr als der Mann mit der eisernen Stirn.

Am 29. Dezember erdte er gegen mich die Anschuldigung, daß ich mich am 4. August 1914, sogar an der Beratung über die Fassung der Erklärung „beteiligt“ hätte. Diese Behauptung kann er nicht aufrecht erhalten, aber sie erblich zurückzunehmen, das geht wider seinen Strich. So redet er sich darauf hinaus, ich hätte an „Weiprungen über die Formulierung“ teilgenommen. Er weiß, daß dieses etwas ganz anderes ist, ein politischer Säugling sieht den Unterschied, und Heine bedt seine eigene Unwahrhaftigkeit auf, indem er erzählt, wie die „Besprechungen über die Formulierung“ bestanden haben. Er hat nämlich, wie er berichtet, „persönlich“ mit mir über den Wortlaut gesprochen und die Erklärung als „nicht knapp genug“ nach meiner Erinnerung außerdem als „zu pathetisch“ bezeichnet. In diesem Privatgespräch habe ich gesagt, ich hätte vergeblich vor den „Schützenbrüder-Bräsen“ gewarnt. Im Stillegefühl bestand also eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen Heine und mir, freilich auch nur in dieser Hinsicht. Meine Warnung, von der ich zu ihm sprach, bezog sich darauf, daß ich kurz vor diesem Gespräch zu einem Kommissionsmitglied in bezug auf die von Heine angeführte Stelle dem Sinne nach gesagt hatte, die Kommission hätte ihrem Gedanken eine eigene Prägung geben und nicht nach dem Muster von Gymnastenauffäßen eine so abgegriffene Form annehmen sollen.

Wenn Heine eine kritische Bemerkung über die bereits abgeschlossene Kommissionsarbeit in eine Beteiligung an der Beratung umdeutete, so stand ihm auch nicht ein Schimmer von Recht zur Seite. Er verdächtigt eben frisch drauf los; aber hängen bleibt nur etwas an ihm selbst.

Treibt er doch dasselbe gewissenlose Spiel, so weit er sich nochmals mit den Vorgängen in der Fraktionsführung vom 4. August befähigt. Nicht eine einzige der von mir vorgebrachten Tatsachen kann er abstreiten. In die Enge getrieben, bleibt er bei allgemeinen Verleumdungen. Ich „hat“ nicht nur die Fraktion, von ihrer Zustimmung Abstand zu nehmen, sondern ich widerlegte mich ihr auch sehr scharf. Das weiß er, das haben auch Fraktionsmitglieder, die meine Politik nicht teilen, offen anerkannt. Daß er das Solidaritätsgefühl, das mich dazu trieb, in einem kritischen Moment die Fraktion nicht im Stich zu lassen, nicht begreift, überrascht mich nach früheren Erfahrungen nicht. Werkwürdig ist indes, daß er zu dem Angriff gegen mich übergegangen ist, obwohl er damit zugleich auch seine Freunde von der Mehrheit angreift und sich selbst ohrfeigt, hat mich doch die Mehrheit zu der „ganz unmöglichen und unwahrscheinlichen Stellung“ gebracht, und hat er doch selbst nichts getan, um die von ihm leih erkämpfte „selbstverständliche und anständige Konsequenz“ herbeizuführen.

Sehr seltsam ist es, daß Heine die Versammlung in Neukölln, in der er und ich Referenten waren, zum Gegenstand einer Erörterung macht. Im Hause des Gehörten soll man doch nicht vom Strich reden. Nachdem Heine öffentlich gesprochen hat, darf ich in Interesse der Wahrheit nicht schweigen. Heine hat in jener Versammlung, in der ihm Zwischenrufe, aber ohne beleidigenden Charakter, gemacht wurden, die Zwischenrufer mit den gemeinsten Verbaljurien beschimpft, wie es in Arbeiterversammlungen unerböt ist, und sie bis aufs Blut gereizt. Von seinem übrigen Benehmen will ich trotz seiner Herausforderung nicht sprechen. Ich habe durch Handbewegungen und Mienen die erregten Zuhörer zu beruhigen gesucht. Die Ordnung aufrecht zu erhalten, lag nicht mir ob, sondern dem Vorsitzenden der Versammlung, und dieser hat wiederholt zugunsten Heines eingegriffen, so sehr er über sein Auftreten empört war.

Zu meinem Referat und in meinem Schlusswort habe ich meine Ansichten positiv erläutert und darinargelegt, worin ich von einzelnen Zwischenrufern und Debattierern sowie von Heine abwich. Mit Raabrud habe ich hervorgehoben, daß jedes Mitglied der Fraktion, ob es der Mehrheit oder der Minderheit angehöre, davon durchdrungen gewesen sei, mit seiner Abstimmung die Interessen des Proletariats zu fördern.

Und dann erdreistet sich ein Heine, mich wegen meines Verhaltens zu verunglimpfen? Ja, er hat sich damit nicht begnügt. Nachdem er auf dem Heimwege aus der Versammlung sich mit mir kollegial und ohne die Vorgänge in der Versammlung zu berühren, unterhalten hatte, setzte er sich zu Hause hin und schrieb an den Parteivorstand gegen mich eine Denunziation, bei der Wahrheitsliebe und Kollegialität nicht die Feder diktiert hatten. Die Antwort habe ich mit aller Deutlichkeit bei der Aussprache über diesen feinen Streich im Fraktionsvorstand gegeben.

So steht der Wahrer des „Anstandes“, der guten Sitte und — der Prinzipienreinheit aus. Mit ganz ernstem Gesicht verachtet nämlich Heine, ihn würden die Zurückhalt gelassen haben, wenn sie sich nur nicht gegen die von einem internationalen Sozialistenkongress ausdrücklich angenommenen Grundsätze und gegen eine dreißigjährige Parteipraxis gerichtet hätten. Dieser tiefe Respekt Heines vor den Grundsätzen der Internationale und für unsere alte Praxis ist eine beachtenswerte Neuerscheinung, die allerdings mit seinem Eifer zu reformieren, wie er sich namentlich in seiner Stuttgarter Rede befandete, nicht ganz leicht in Einklang zu bringen sein dürfte. Jedenfalls ging sein „Dogmenfanatismus“ in Neukölln viel zu weit; jene Grundsätze sollen zwar für unser Handeln maßgebend sein, sie unterstehen aber durchaus der Kritik, und es ist kein Verbrechen, wenn Genossen in einer Parteiverammlung abweichende Ansichten äußern.

Wie wohl steht es Heine an, sie dann zu beschimpfen und in Acht und Bann zu tun!

Sein Betätigungsfeld ist übrigens sehr weit. So hat er vor Nicht-Parteigenossen nicht nur mich und andere Parteigenossen in den Schmutz zu ziehen gesucht, sondern auch interne Vorgänge aus Fraktionsführungen wiedergegeben, mit jener Ironie, die wir ja schon erfahren haben. Und das, nachdem er vor einiger Zeit ein hochnotpeinliches Verfahren gegen einen Parteigenossen in Szene gesetzt hatte, weil er vor Parteigenossen aus einer Fraktionsführung Mitteilung gemacht hatte.

Nach alledem ist es begreiflich, daß Heine sich um die Antwort auf die Frage herumdrückt, was er im Interesse Deutschlands angeblickt verschweigen muß. Ich weiß nicht, worauf er anspielt und vermutet es auch nicht. Nur soviel weiß ich, daß hinter den dunklen Andeutungen nichts steht.

Es ist wahrlich nicht erbebend, daß wir in ernster Zeit einen Teil unserer Kraft diesen Dingen widmen müssen. Ohne den geringsten Anlaß hat Heine seine Verdächtigungen in die Welt gesetzt und sollen nicht die sachlichen Debatten vergiftet werden, so war eine Abwehr notgedrungen. Andere, die seinen Spuren folgten, kann man laufen lassen, falls sie es nicht zu toll treiben.

Für die Güte der Sache sprechen die von jener Seite angewendeten Mittel wahrlich nicht.

Die „sachlichen“ Bemerkungen Heines und seiner Gesinnungsgenossen haben wir früher oft von Konfessionslosen, Zentrumseluhen und Liberalen vernommen und hundertmal widerlegt.

Mein Sozialdemokrat hat je daran gedacht, sein Volk wehrlos zu machen. Es handelt sich in dem Streit um etwas ganz anderes. Hat die Sozialdemokratie am 4. August die Politik, die sie bis dahin bekämpft hatte, nicht sanktioniert? Hat sie trotz feierlicher Verwahrung nicht die Verantwortung doch mitübernommen? Wirkt die Haltung der Mehrheit auf die äußere und innere Politik nützlich oder schädlich ein?

Ueber diese und andere Fragen wird, sobald die Freiheit der Diskussion gegeben ist, öffentlich ernst und sachlich gesprochen werden müssen.

Bis dahin soll der Boden von dem Gift persönlicher Gehässigkeit gereinigt sein.

## Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Die von gegen 800 Mitgliedern besuchte Kreisokonferenz des vierten Berliner Wahlkreises nahm gegen sieben Stimmen folgende beiden Resolutionen an:

I. Die Kreisokonferenz begrüßt die Haltung der 20 Mitglieder unserer Reichstagsfraktion, welche sich am 21. Dezember unter Abgabe einer Erklärung von der Mehrheit trennten, gegen die Kriegskredite stimmte und damit den Anfang machte, die Fraktion auf den seit Kriegsbeginn verlassenen Boden des ... zurückzuführen. Die Kreisokonferenz erucht die Minderheit, sich durch das widerfällige Gerüde vom Disziplinbruch nicht beirren zu lassen, erwartet vielmehr, daß bald weitere energische Schritte in dieser Richtung folgen und daß sich vor allem die Genossen, welche in der Fraktion gegen die Kredite stimmten, aber im Plenum sich der Abstimmung enthielten, der Minderheit rückhaltlos anschließen.

Die Genossen verpflichten sich, jeder Aktion der Minderheit in dieser Richtung tatkräftige Unterstützung zu teil werden zu lassen.

II. Die Kreisokonferenz nimmt mit Genugtuung von dem Verhalten der 20 Mitglieder der Minderheit in der Reichstagsfraktion Kenntnis. Durch das Verhalten ist der Stimmung weitester Parteikreise Ausdruck gegeben. In dem Vorgehen der Minderheit erblickt die Kreisokonferenz eine pflichtgemäße Erfüllung der reinen sozialistischen Grundsätze, wie sie auch durch Beschlüsse auf internationalen Kongressen festgestellt sind. Die Verammelten verwahren sich entschieden gegen die Behauptung, die Minderheit beabsichtige

eine Parteispaltung oder habe einen Disziplinbruch begangen. Das Parteiprogramm, Beschlüsse von Parteitag und internationalen Kongressen sind auch für die Abgeordneten bindend.

### Eintritt der polnischen Sozialdemokraten in den österreichischen Polenklub?

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Krakau: In einer gemeinsamen Konferenz des Parteivorstandes und der Abgeordnetenvereinigung der polnischen Sozialdemokraten wurde der Vorschlag betreffend den Eintritt der polnischen sozialistischen Abgeordneten in den reichsrätlichen Polenklub angenommen. Wie alarmierend diese Nachricht auch klingt, sie kommt nicht überraschend. Schon im Dezember brachten Wiener und Krakauer Blätter Nachrichten über den Beitritt des Klubs polnischer sozialdemokratischer Abgeordneter zum Polenklub. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ stellte darauf die Forderung nach Aufklärung dieser Berichte. Am 23. Dezember schrieb der polnische Genosse Diamand in der „Arbeiterzeitung“, in der gemeldeten Form sei die Nachricht unrichtig. Weder der Vorstand der polnischen sozialdemokratischen Partei noch der Abgeordnetenklub hätten in dieser Frage eine Entscheidung gefällt, da die Mehrzahl der in Betracht kommenden Genossen unter den Waffen ständen. Eine beschlussfähige Sitzung beider Körperschaften dürfte erst Anfang Januar stattfinden und dann werde eine Entscheidung fallen.

Wenn die oben wiedergegebene Meldung der „Neuen Freien Presse“ zutrifft, haben die leitenden Körperschaften der polnischen sozialdemokratischen Partei sich für die Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft mit den übrigen österreichischen Genossen und den Anschluss an den Klub der polnisch-bürgerlichen Parteien entschieden. Ein Beschluss von so enormer Tragweite wird von den polnischen Genossen in der eingehendsten Weise begründet werden müssen. Bis dahin enthalten wir uns jeder Kritik.

## Aus Industrie und Handel.

**Zementlieferung. (Amtlich.)** Die Beschaffung des ganzen Bedarfs an Zement erfolgt zwecks Einheitlichkeit in der Lieferung und gleichmäßiger Heranziehung der gesamten Industrie durch das stellvertretende Ingenieurkomitee, Abteilung II, Berlin W 62, Kurfürststr. 68/69. — Angebote auf Zementlieferung sind demnach nur noch an das stellvertretende Ingenieurkomitee zu richten, das auf Ansuchen entsprechende Vordrucke abgibt und die Lieferungsbedingungen mitteilt.

### Das englische Vorbild.

Uns wird geschrieben: Die englische Regierung organisiert den Verkauf ausländischer Wertpapiere aus englischem Besitz an das Ausland und ihre Verlegung im Ausland. Sie kauft amerikanische und kanadische Dollarwerte zu New Yorker Kursen und gibt dafür fünfprozentig auf fünf Jahre lautende Schatzscheine zum Nennwert. Sie leiht auch bei einem Verkaufstermin die Auslandsrate gegen die regelmäßigen Zinsen und Dividenden und zahlt außerdem 1/2 Proz. des Nennwertes als Sondervergütung.

Der Zweck dieser Geschäfte ist der Verkauf oder die Verlegung der so erworbenen Papiere in New York. Die amerikanischen Lieferungen von Munition und Lebensmitteln sind enorm. Sie müssen, soweit sie sich nicht mit den stark verringerten Lieferungen Englands in die Vereinigten Staaten ausgleichen, mit Gold bezahlt werden, dessen Ausfuhr beschränkt ist, oder mit auf die Vereinigten Staaten zugesagten Wechseln, deren Preis durch die Nachfrage nur allzu sehr steigt, oder endlich aus Guthaben. Die englische Regierung hat die Schaffung solcher Guthaben durch freihändigen Verkauf amerikanischer Papiere und durch Aufnahme der 500-Millionen-Dollar-Anleihe versucht. Aber die englischen Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten sind zu groß, als daß daraus allein der Zahlungsbedarf gedeckt werden könnte. Die Aufnahme neuer Anleihen ist wegen des schleppenden Absatzes der aus dem ersten Anleihen stammenden Schuldverschreibungen unmöglich. Würden sich England und Frankreich zu einer neuen Anleihe in den Vereinigten Staaten entschließen, so hätten sie die drückendsten Zinsen zu zahlen.

England und Frankreich sehen sich daher zur Schaffung von Guthaben auf anderem Wege gezwungen. Sie verkaufen ihren großen Besitz an amerikanischen Papieren. Die englische Regierung organisiert ihn jetzt sogar staatlich. Soweit ein Verkauf unmöglich ist, will sie die amerikanischen Papiere in den Vereinigten Staaten verpfänden.

Soweit Nachrichten vorliegen, hat die englische Regierung an die Kapitalisten nur die Aufforderung gerichtet, durch sie ihre amerikanischen und kanadischen Papiere verkaufen oder verpfänden zu lassen. Das wird kaum genügen. Soll die ihrer Konzeption nach großzügige Maßnahme zur Stützung des Sterlingkurses wirklichen Erfolg haben, so wird sich Bestandaufnahme der amerikanischen Wertpapiere und zwangsweise Beschränkung der Verfügungsfreiheit ihrer Eigner nur schwer umgehen lassen.

Die Übernahme des Wertpapierhandels ist für den Staat jetzt nicht ohne Risiko. Kauft die englische Regierung zu heutigen Tageskursen große Mengen amerikanischer Papiere, so können morgen, ehe noch die wirklichen Verkäufe einsetzen, in ihrer bloßen Erwartung die Kurse rapid sinken, so daß die Regierung ihren Besitz mit Verlust verkaufen oder auf ihm sitzen bleiben muß. Doch ist sie zum Durchhalten für längere Zeit kapitalkräftig genug und kann schließlich auch ihren Besitz zu niedrigen Sätzen verpfänden, die den gesunkenen Kursen entsprechen. Und auch ein Verlust des englischen Risikos läßt sich durch den enormen Gewinn einer erfolgreichen Stützung des Sterlingkurses für die britische Volkswirtschaft leichtens Jergens rechtfertigen.

Die Schenkungen des englischen Besitzes an amerikanischen Papieren schwanen zwischen sieben und sechzehn Milliarden Mark. Da davon während des Krieges schon ein erheblicher Teil ins Heimatland zurückgewandert ist, da ferner die monatlichen Schuldsummen Englands an die Vereinigten Staaten enorm sind und infolge der sich eben durch den Rückverkauf stets mindernden Zinsberechtigungen wachsen, so wird auch die Schaffung von Guthaben durch Verkauf amerikanischer Wertpapiere ihr natürliches Ende finden. Dann muß England seine anderen überseeischen Papiere veräußern und damit auf gewaltigen politischen Einfluß verzichten. So offenbart sich an diesem Beispiel die Verelendung und politische Kräftigung der Vereinigten Staaten durch den mörderischen Wucherkrieg der europäischen Nationen.

Doch ist die in der deutschen Presse weiterbreitete Auffassung grundfalsch, daß die englische Volkswirtschaft im Kriege nur verarme. Sie gleicht mindestens teilweise die in der Zahlungsbilanz mit den Vereinigten Staaten empfindlich merkbar gewordenen Verluste durch Forderungen an die Verbündeten aus Kapital- und Barentschulden aus.

### Riesenbetriebe in der Schweiz.

Die schweizerische Schuhfabrik Ballin & Co. in Schönenwerd beschäftigt gegenwärtig gegen 6500 Arbeiter und hat eine Tagesproduktion von 13 000 Paar Schuhen. Mehr als zwei Drittel sämtlicher Schuhmacher in der Schweiz entfallen allein auf diesen Riesbetrieb, der wahrscheinlich die größte Schuhfabrik in Europa ist. Und dieses proletarische Riesengerät einer einzigen Fabrik ist noch immer gewerkschaftlich unorganisiert! Die Gesellschaft hat in letzter Zeit zu ihrem Aktienkapital von 12 Millionen Franken und 4,1 Millionen Franken Reservefonds öffentlich eine Anleihe von 5 Millionen Franken zum Kurse von 98 Proz.

und mit zehnjähriger Laufbarkeit aufgenommen. Die Gesellschaft soll gegenwärtig Lieferungen zu „Phantasiereisen“ für Ungarn haben.

## Soziales.

### Selbsthilfe des Angestellten bei gefährdetem Gehalt.

Die Frage, ob durch häufige Pfändungen der geschäftliche Ruf des Prinzipals derart erschüttert erscheint, daß die Gehaltsforderung als gefährdet angesehen werden kann, gelangte vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu eingehender Erörterung.

Der Kläger J. war bei dem Gewerbetreibenden Heinrich S. Marz, der unter der Firma „Kaufmännisches Bureau“ ein Darlehensvermittlungsgeschäft betreibt, als Bureauvorsteher angestellt und hatte in dieser Eigenschaft auch Pforten einzulassen. Weil J. einen Teil dieser Pfortenbeträge zurückbehalt, kam es zwischen ihm und dem Beklagten zum Bruch. Kläger verlangt auf Grund des Vertrages noch einen Gehaltsrest von 90 M., während der Beklagte Widerklage in Höhe von 350 M. erhebt. Wie nun J. in der Verhandlung ausführte, habe er sich, um zu seinem rechtlich verdienten Gehalte zu kommen, nicht anders helfen können, als die einlassierten Summe einzubehalten. Er habe wegen seines Gehaltes häufig mahnen müssen, und die Kassiererin habe ihn oft mit den Worten verhöhlet, „heute sei kein Geld in der Kasse“. Vom Beklagten selber aber sei „nichts zu holen“; er habe wiederholt den Offenbarungseid geleistet, und der Gerichtsvollzieher sei ständiger Gast. In der Beweisaufnahme mußte eine Angestellte J., die erst mit ihrer Aussage zurücktritt, auf dringenden Vorhalt des Vorsitzenden zugeben, daß der Gerichtsvollzieher öfter kommt und seine Amtshandlungen bald im Geschäftslokal, bald in der Privatwohnung vornimmt. So sei z. B. auch der Schreibtisch des Beklagten gepfändet worden. — Der Beklagte erklärte zu dieser Befundung, daß er sich in Interventionsfachen häufig absichtlich pfänden lasse, was einen Prinzipalsbeistitzer zu der Frage veranlaßte, ob er glaube, daß es seinen kaufmännischen Ruf fördern könne, wenn er sich seinen Schreibtisch vom Klage pfänden lasse. Der Beklagte blieb jedoch dabei, daß er stets zahlungsfähig sei. Er habe auch einen reichen Bruder, der im Tiergartenquartier eine fünfzimmrige Wohnung bewohne und ihm jeden Betrag zur Verfügung stelle.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme kam das Kaufmannsgericht zur Verurteilung des Beklagten in Höhe des Klageantrages. Die Widerklage des Beklagten wurde abgewiesen.

### Durch den Kolonnenführer geprellt.

Das im Baugewerbe übliche System der Affordkolonnenarbeit wird oft so gehandhabt, daß die Arbeiter gar nicht wissen, daß sie Teilnehmer an einer Affordkolonne sind und infolgedessen um einen Teil ihres Lohnes gebracht werden. Zwei Fälle dieser Art beschäftigten am Donnerstag die Kammer 3 des Gewerbegerichts. Die Kläger, die als Maurer in Affordkolonnen gearbeitet haben, hatten noch einen Teil ihres Lohnes zu fordern. Sie verlangten denselben von den betreffenden Firmen, die sich aber auf Affordverträge beriefen, die sie mit den Kolonnenführern abgeschlossen hatten. In den Verträgen heißt es ausdrücklich, daß sie der Kolonnenführer für sich und die Teilnehmer der Kolonne abschließt und diese ihn bevollmächtigt haben, den Lohn für die ganze Kolonne von der Firma in Empfang zu nehmen. Die Kläger gaben dagegen an, sie seien von den Kolonnenführern eingestellt worden und hätten den Umständen nach angenommen, der Kolonnenführer sei ein Polster, der die Arbeiter im Auftrage der Firma und für dieselbe einstellt. Das Gericht wies die Kläger ab. Es erklärte die Affordverträge als maßgebend. Hiernach hätten sich die Kläger an den Kolonnenführer zu halten, der ja zur Empfangnahme ihres Lohnes bevollmächtigt gewesen sei. Wenn die Kläger von dem Inhalt des Affordvertrages nicht Kenntnis genommen hätten, so sei das ihre Schuld.

In einem dieser beiden Fälle waren zwei Maurer durch das Verhalten des Kolonnenführers um den ganzen Lohn der letzten Woche geprellt worden. Sie wurden vom Kolonnenführer eingestellt, als der Afford schon zum größten Teil fertig war. Deshalb wurden sie nicht am Afford beteiligt, sondern der Kolonnenführer stellte sie auf Stundenlohn ein und zahlte ihnen nach Fertigstellung der Arbeit den letzten Wochenlohn überhaupt nicht aus. Das Gericht gab den Klägern den Rat, den Kolonnenführer zu verklagen, der aus einem noch nicht rechtskräftigen Urteil eine Forderung von 50 M. hat, welche die Kläger mit Beschlagnahme belegen könnten. Sollten sie von dem Kolonnenführer nichts bekommen, dann könnten sie die Firma in Anspruch nehmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Kläger nachweisen könnten, die Firma habe beim Abschluß des Vertrages mit dem Kolonnenführer fahrlässig gehandelt.

## Berichtszeitung.

### Gerechte Freisprechung.

Die Verzweiflungstat einer Ehefrau, die den Selbstmord einer überaus traurigen Ehegattin bildete, unterlag gestern der Nachprüfung des Schwurgerichts am Landgericht III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Banjura.

Auf die Anklage des Toischlages hatte sich die Witwe Marie Muselmann, geb. Wehrndt, geschiedene Tamm, zu verantworten. Die Angeklagte hat mit ihren Ehemännern besonderes Unglück gehabt. Ihre erste Ehe, aus der drei Kinder entsprossen sind, ist auf ihren Antrag im Jahre 1913 geschieden worden. Etwa ein halbes Jahr nach der vollzogenen Scheidung ging die 37 Jahre alte Angeklagte eine neue Ehe mit dem um neun Jahre jüngeren Tapezierer Heinrich Muselmann in Zehdenitz ein; dieser Schritt führte sie jedoch in ein wahres Martyrium. Der Ehemann war ihrer bald überdrüssig, hielt es mit anderen Frauen und wenn ihm Vorhaltungen gemacht wurden, mißhandelte er die Ehefrau und die Kinder. Zeitweise arbeitete er in Spandau und wohnte auch dort. Dann arbeitete er in Berlin in der Straßauer Straße, während die Frau in Zehdenitz zurückblieb. Den Verdienst, den er nach Kriegsausbruch in Berlin erhielt, gab er zum größten Teil für sich aus. Ende Dezember 1914 zog die Angeklagte mit den Kindern nach Berlin, die Familie wohnte nun in der Christianiastr. 114. Hier häuften sich die Mißhandlungen des Ehemannes oft bis zur Unerträglichkeit und im Sommer 1915, als die Kinder während der Sommerferien zu Verwandten außerhalb Berlins gegangen waren, wurde es immer schlimmer: der Mann beschimpfte und schlug die Ehefrau bei jeder Gelegenheit. Am Nachmittag des 23. Juli wollte sie ihren Mann von seiner Arbeitsstätte abholen, obwohl er ihr dies verboten hatte. Sie wartete auf ihn in einem gegenüberliegenden Schanklokal, von wo sie wahrnahm, daß der Mann mit einer Frauensperson eine kurze Zwiesprache hielt. Ihr Erscheinen regte den Ehemann sehr auf und als beide in ihrem Wohnhause ankamen, stieß sie der Mann vor Wut heftig in die Rippen. Als sie sich in ihrer Wohnung erschöpfte auf einen Stuhl niedergelassen hatte, kippte er den Stuhl um, so daß sie zu Boden fiel und schlug dann mit dem Stuhl auf sie ein, bis der Stuhl zertrümmert war. Die Angeklagte wollte flüchten, der Mann warf aber alles, was ihm in die Hand kam, Stuhlbeine, Handtaschen, Bilderrahmen u. dgl. hinter ihr her, tobte in der Wohnung umher, zertrümmerte Böden und Wände und schrie mit einer Schere nach ihr, so daß sie an der Hand blutete. Er rief ihr auch die Drohung zu: „Du erlebst den Morgen nicht mehr, darauf kannst Du verlassen!“ Die Angeklagte verbrachte die Nacht infolge der Aufregung schlaflos. Mit Rücksicht auf die drohende Neuerung ihres Mannes setzte sie sich hin und schrieb ihr Testament, in welchem sie für den Fall ihres Todes alles, was sie an Geld, Gelbeswert, Sparkastensbüchern und dergl. besaß, ihren Kindern vermachte. Dann kam der

Morgen des 24. Juli heran. Als sich der Mann in der Küche gewaschen hatte und sich dort an den Tisch setzte, um zu frühstücken, schlug er plötzlich mit dem Waschbecken auf die Frau ein, so daß sie auch noch völlig begeben wurde. Nun ging die völlig verzweifelte Frau in die Schlafkammer und holte sich einen geladenen Revolver, den sie unter ihrem Kopfkissen verborgen gehalten hatte. Der Ehemann hatte inzwischen weiter geliebt und vergeblich nach einem Beil gesucht, mit dem er alles in der Wohnung zertrümmern wollte. Die Angeklagte behauptet, daß sie die Absicht gehabt habe, sich nunmehr vor den Augen des Ehemannes zu töten. Mit dem Revolver in der Hand betrat sie wieder die Küche und richtete den Revolver gegen sich. Die Waffe versagte jedoch, da sie verrostet hatte, die Sicherung zu lösen. Nun will sie den Revolver nochmals erhoben haben; nach ihrer Behauptung sei dann verheerend ein Schuß losgegangen, der nach ihrer Ansicht nicht über den Kopf ihres Mannes hinweggegangen sei, ein neuer Schuß ging gegen ihre eigene Schläfe, und sie stürzte blutüberström und bestinnungslos zu Boden. Der erste Schuß war nun aber nicht über den Kopf des Ehemannes hinweggegangen, sondern hatte ihn tödlich getroffen; die Kugel hatte den Schädel durchbohrt und den Ehemann sofort zu Boden gestreckt. Beide schwer verletzten Personen wurden bewußtlos in das jüdische Krankenhaus Egerstr. 11a geschafft. Der Ehemann verstarb dort gleich nach seiner Einlieferung an der Gehirnzertrümmerung; die Angeklagte hat sich gleichfalls schwer verletzt, denn die in ihre Schläfe gedrungene Kugel hat ihr das Sehvermögen auf dem rechten Auge völlig zerstört und das andere Auge dem Erblinden nahe gebracht. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen, so daß die Freisprechung erfolgen mußte.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 427 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 2. Garde-Reserve-Regiment; Garde-Grenadier-Regiment Alexander; Garde-Füsilier-Regiment. Grenadier-, bezw. Infanterie-, bezw. Füsilier-Regimenter Nr. 4, 6, 9, 11, 13, 16, 17, 33, 40, 42, 43, 45, 47, 49, 50, 51, 53, 55 bis einschl. 59, 61, 62, 64, 66, 67, 69, 72, 73 (f. Infanterie-Regiment Nr. 94), 74, 77, 79, 81, 83, 85, 88, 89, 91, 93, 94, 96, 97, 109 bis einschl. 113 (leichteres f. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 81), 115, 118, 129, 135, 137, 140, 149 bis einschl. 152, 155, 157, 160, 164, 167, 168, 173 bis einschl. 176, 184, 190, 330, 331, 341, 344. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 3, 10, 13, 16, 17, 36, 37, 49, 53, 56, 59, 60, 61, 63, 69, 71, 72, 75 bis einschl. 79, 83, 86, 91, 94, 118, 130, 202, 208, 210, 213, 214, 216, 217, 219, 220, 221, 223, 224, 225, 227, 228, 231, 233, 234, 236, 238, 239, 261, 262, 263, 265, 270, 271. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 8, 12, 13, 17, 49, 51, 52, 56, 57, 59, 61, 81, 84, 118. Jäger-Regiment Nr. 2; Bataillone Nr. 1 und 2; Reserve-Bataillone Nr. 4, 10 (f. Jäger-Regiment Nr. 2), 17, 24. Radfahrer-Kompagnie Nr. 156. Maschinengewehr-Kompagnie Nr. 404; Feld-Maschinengewehr-Jüge Nr. 15 (f. Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 4), 186 (f. Füsilier-Regiment Nr. 33), 427 (f. Infanterie-Regiment Nr. 167).

Kavallerie: Garde-Kürassiere. Schwere Reserve-Reiter Nr. 2; Dragoner Nr. 1, 13, 23; Jäger zu Pferde Nr. 12. Landwehr-Kav.-Regiment Nr. 1.

Feldartillerie: 1. und 2. Garde-Regiment; 3. Garde-Reserve-Regiment. Regimenter Nr. 9, 10, 11, 14, 20, 22, 25, 30, 33, 35, 41, 52, 53, 59, 67; Reserve-Regimenter Nr. 15, 21, 22, 25, 29, 46 68. Kraftwagengeschütz 32 K.

Pioniere: Erprob-Bataillon des Pionier-Bataillons Nr. 10.

Verlustliste Nr. 6 der in türkischen Diensten stehenden preussischen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften.

Die Verlustliste Nr. 62 der kaiserlichen Marine wird veröffentlicht.

Die kaiserliche Verlustliste Nr. 245 meldet Verluste des Infanterie-Leib-Regiments, 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 21., 22., 23., 24. Infanterie-Regiments; Jäger-Regiment Nr. 3, 1. Jäger-Bataillon, Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 6, 10, 11, 13, 16, 17, 19, 22, 23; Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 2; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 6, 7, 8, 10, 15; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 1, 2, 3, 6, 11; Landsturm-Bataillon Passau I, Regensburg I, Rosenheim. 3. Eberaueregiment. Feldartillerie: 5., 6., 11., 19. Regiment; Ballonabwehr-Kanonenzug 48; Reserve-Regiment Nr. 6; Landwehr-Regiment Nr. 6; Landwehr-Abteilung Nr. 3; Ersatz-Regiment. Fußartillerie: 3. Regiment, Batterie Nr. 254, 256; Reserve-Regiment Nr. 1; Reserve-Bataillon Nr. 6; 1. Landsturm-Bataillon, 1. Armeekorps; 1. Landsturm-Bataillon, 3. Armeekorps. Pioniere: Regiment; 2. Bataillon; Kompagnie Nr. 20, 106; Mineur-Kompagnie Nr. 1; Port-Kompagnie Nr. 3, 14; Reserve-Bataillon Nr. 2, 3; Reserve-Kompagnie Nr. 6; 2. Ersatz-Kompagnie; Landsturm-Ersatz-Kompagnie, 2. Armeekorps. Fernspreck-Abteilung 2. Staffelstab 148; 2. Munitionskolonnen-Abteilung, 2. Armeekorps; Infanterie-Munitionskolonne 1 (Staffel 3); Schwere Proviantkolonne 3 (Staffelstab 16); Pferde-Lazarett 1, 3. Armeekorps. Bau-Direktion 6; Straßenbau-Kompagnie 25. Artillerie-Bataillon Nr. 1. Reserve-Lazarett II, Zweibrücken, Verdichtungen.

Der Schluß der württembergischen Verlustliste Nr. 328 wird mitgeteilt, deren Inhalt wir bereits angaben.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Deutlich der Ober zunächst noch vielfach heiter, später im Westen beginnende Zunahme der Bewölkung und neue Niederschläge. Ostwärts fortschreitende Erwärmung.



**„Unsere Marine“**  
Beste 2 & Cigarette  
Stressfrei  
Georg A. Jasmalski Aktiengesellschaft.

Donnerstag  
soweit Vorrat

## Lebensmittel

Fische und Fleisch nur  
Leipziger Str. und Alexanderplatz

### Fleisch

- Schmorfleisch mit Knochenbeilage, Pfd. 1<sup>60</sup>
- Roastbeef m. Knochen, Pfd. 1<sup>60</sup>
- Rinderkamm . . . . . Pfd. 1<sup>50</sup>
- Kalbskeule . . . . . Pfd. 1<sup>70</sup>
- Kalbsnierenbraten Pfd. 1<sup>70</sup>
- Kalbsvorderfleisch Pfd. 1<sup>60</sup>
- Hammkeule . . . . . Pfd. 2<sup>00</sup>
- Hammfleisch . . . . . Pfd. 2<sup>00</sup>
- Pökelschinken . . . . . Pfd. 1<sup>40</sup>
- Kalbsaxe . . . . . Pfd. 1<sup>00</sup>

### Wurstwaren

- Zervelatwurst . . . Pfd. 2<sup>80</sup>
- Teewurst . . . . . Pfd. 2<sup>80</sup>
- Knackwurst im Knoblauch Pfd. 2<sup>30</sup>
- Jagdwurst . . . . . Pfd. 2<sup>00</sup>
- Feine Leberwurst . Pfd. 2<sup>10</sup>
- Landleberwurst . . Pfd. 1<sup>65</sup>
- Zwiebelwurst . . . . Pfd. 1<sup>30</sup>
- Sülzwurst . . . . . Pfd. 1<sup>20</sup>
- Krautfleisch . . . . . Dose 1<sup>65</sup>

### Fische

- Schellfisch . . . . . Pfd. 70 Pt.
- Kabeljau im Ganzen, Pfd. 60, 80 Pt.
- Seelachs im Ganzen . . . Pfd. 60 Pt.
- Klippfisch vom Kabeljau, Pfd. 58 Pt.
- Klippfisch v. Schellfisch, Pfd. 65 Pt.
- Belik.-Klippfisch Paket ca. 4 Person. 75 Pt.
- Salzfisch gewäss. Pfd. 35-45 Pt.
- Lebendstarke Aale Pfd. 2<sup>20</sup>
- Norw. Fettheringe Postf. 60 Stück 4<sup>25</sup>
- Norw. Fettheringe kleine, z. Eint. 10 St. 35 Pt.

### Räucherwaren usw.

- Sprotten . . . . . 1/2 Pfd. 60 Pt.
- Sprottbücklinge 1/2 Pfd. 75 Pt.
- Gr. Makrelbücklinge St. 40 Pt.
- Sardinen i. Oel Dose 50, 70 Pt.
- Sardinen i. Tom. Dos. 50, 70 Pt.
- Bismarckheringe . . . 1-Pfund-Feidpostpackung in Karton 95 Pt.
- Delikatess-Heringe
- Hering i. Gelee . . . . .
- Senfheringe . . . . .
- Pfeffergurken . . . . .

### Obst und Gemüse

- Grosse Kochäpfel Pfd. 20 Pt.
- Ananasäpfel . . . 2 Pfd. 35 Pt.
- Kochbirnen . . . . . 2 Pfd. 35 Pt.
- Weiche Essbirnen Amoretten 30 Pt.
- Mandarinen Kiste 25 St. Inhalt . . . 1<sup>25</sup>
- Kohlrüben . . . . . Pfd. 5 Pt.
- Mohrrüben . . . . . 2 Pfd. 15 Pt.
- Schwarzwurzel Pfd. 15 Pt.
- Bayr. Rettige Stück 5, 10 Pt.
- Zwiebeln . . . . . Pfd. 10 Pt.

**Deutsches Theater.**  
Direktion: Max Reinhardt.  
7 1/2 Uhr: Ein Sommernachtstraum.  
Freitag: Der Biberpelz.  
Kammerspiele.  
8 Uhr: Der Weibsteufel.  
Freitag: Der Weibsteufel.  
Volksbühne. Theater a. Bülowpl.  
8 1/2 Uhr: Hamlet.  
Freitag, Sonnab., Sonnt.: D. Mirakel.  
Dir. Meinhard-Bernauer.  
Theater in der Königgrätzerstr.  
8 Uhr: Der Vater.  
**Komödienhaus**  
8 Uhr: Die rätselhafte Frau  
**Berliner Theat.**  
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.  
**Theater für Donnerstag, 13. Januar.**  
Deutsches Opernhaus Charlottbg.  
8 Uhr: Rigoletto.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
8 Uhr: Der pfiffige Kadett. (Donna Juanita).  
Gebr. Herrfeld-Theater  
8 Uhr: Rosenblatt's Geheimtip  
**Kleines Theater.**  
8 Uhr: Henriette Jacoby.  
**Komische Oper.**  
8 Uhr: Jung muß man sein.  
**Lustspielhaus.**  
8 1/2 Uhr: Alles aus Gefälligkeit.  
**Metropol-Theater**  
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).  
**Luisen-Theater.**  
Zum 25. Male:  
**Bettelstudenten.**  
Sonnabend 4 Uhr: Zwerg Nase.  
Sonnt. 3: Wenn sich zwei Herzen finden  
**Rose-Theater.**  
8 Uhr: Der Weg zum Glück.  
Freitag: Lieb Vaterland.  
**Walhalla-Theater.**  
8 Uhr: Lieb Vaterland.  
Morgen: Der Weg zum Glück.

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
Kaiser und Gallier.  
Schauspiel von Henrik Ibsen.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches Künstler-Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
Die selbige Exzellenz.  
**URANIA**  
Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
**Im Kampfe**  
um Konstantinopel  
**Montis Operetten-Theater**  
8 Uhr: Der Weltenbummler.  
**Residenz-Theater**  
8 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.  
**Schiller-Theater O.**  
8 Uhr: Jungbrunnen.  
**Schiller-Th. Charlottenbg.**  
8 Uhr: Zwei glückliche Tage.  
**Thalia-Theater.**  
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.  
**Theater am Nollendorpl.**  
8 1/2 Uhr: Die Stützen d. Gesellschaft  
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!  
**Theater des Westens**  
8 Uhr: D. Fräulein v. Amt  
mit Guido Thielscher.  
**Trianon-Theater.**  
8 1/2 U.: Verheiratete Junggesellen.

**Kreuz Busch**  
Tägl. 8. Sonnab. u. Sonnt.  
3 1/2 u. 8 Uhr das so beliebte  
Frank-  
Ausstatt-  
Stück  
Ein  
Winter-  
märchen  
Sach. d. großart. Jan.-Prog. u. a.:  
„Goldchen“ in dieser von einer  
Sonnab., 15. Januar, nachm. 3 1/2 U.:  
Gr. Sonder-Jugend-Vorstell.  
mit „Ein Wintermärchen“.  
Ungelürzt. Ungelürzt.  
1 Kind frei (außer Galerie!)  
Um d. Wart. a. d. Tageskasse 3. ver-  
meid. emp. es sich. Start. vorh. 3. bei  
Vorvert. auch f. nöm. tägl. ab 10 U.  
Wegen des fortgeleit. ungestörten  
Eintrags nochmals  
Sonnab., 15. Januar, nachm. 3 1/2 U.:  
Gr. Sonder-Jugend-Vorstell.  
mit „Ein Wintermärchen“.  
Ungelürzt. Ungelürzt.  
1 Kind frei (außer Galerie!)  
Um d. Wart. a. d. Tageskasse 3. ver-  
meid. emp. es sich. Start. vorh. 3. bei  
Vorvert. auch f. nöm. tägl. ab 10 U.

**Casino-Theater**  
Kotzbringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:  
Neu! Neu! Neu!  
**Was machte nu?**  
Wolle in 3 Aufzügen von Hans Berg.  
Allabendlich türkischer Weisheit.  
Dazu das erstl. Spezialitätenprog.  
Sonntag 4 Uhr: Familie Schnaf.

**Admiralspalast**  
**Eis-Arena**  
Großes  
**Eis-Ballett.**  
8 1/2 Uhr.  
Preise 2, 3 und 4 Mark.  
Vorzügliche Küche.

**Possen-Theater**  
Linienstraße, a. d. Friedrichstr.  
**Melonenbaum.**  
Posse mit Gesang v. Theo. Halton.  
**Meschugge ist Trumpf!**  
Posse i. 2 Akt. v. Leonh. Hasel mit  
Leonh. Hasel u. Siegfried Berisch.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Morgen, Freitag, den 14. Januar:  
**Familie Buchholz.**  
Vollständ. in vier Akten von Leon  
Trepptom.  
(Heute, Donnerstag, geschlossen.)  
Reizeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Palast**  
Tägl. 8. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.  
Ein Luxus-Programm!  
**Leo Morgenstern**  
in seiner Szene  
**Der ungediente Landsturm**  
L.-Auspitz — Alice Rajan  
Arras-Trio — Karl Pauly  
Vob — R. Steidl usw.

**Stiefelsohlen**  
Paar 95 Pf.  
zum Selbstuntermachen. Komplett  
aufgemacht mit Gummiablagen:  
Herren 2.95, Damen 2.50.  
Alexanderstr. 8, Gellertstr. 64  
(Gde. Bahmannstr.), Prinzenstr. 69,  
Kottb. Str. 2, Ronnenbamm-  
Allee 5, Kantstr. 118, Behlendorf-  
str. 88 (Gldg.), Panitzstr. 10,  
Grüner Weg 83 (am Andreasplatz);  
Zehndorf, Pfaffenstr. 29;  
Stegels, Albrechtstr. 110; Neu-  
tolln. Hermannstr. 17.

**Ungeahnte**  
**Erwerbs-**  
**Möglichkeiten**  
Nehet die nächste Zukunft. Eine tief-  
greifende Änderung unseres gesamten  
Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Auf-  
schwung unserer Industrie u. des Han-  
dels steht bevor, und es werden überall  
**geschulte**  
**Kräfte gesucht**  
sein. Angehörige technischer Berufe  
u. Handwerker sollen nicht veräumen,  
ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der  
kommenden Zeit anzupassen, um teil-  
zunehmen an den wirtschaftlichen Er-  
folgen, die naturgemäß das Ergebnis  
des gewaltigen Ringens sein müssen.  
Das beste Mittel, rasch und gründlich,  
ohne Lehrer, durch einfachen Selbst-  
unterricht eine gründliche Ausbildung  
in technischen Wissenschaften zu er-  
werben, sind die technischen Selbst-  
unterrichtswerke „Syst. Karneck-  
Hochfeld“. — **Ausführliche**  
**50 Seiten starke Broschüre**  
**versenden gern kostenlos**  
Bonnes & Hochfeld, Potsdam.  
Postfach 167

**itesset**  
Nidel, auch die härtesten,  
festglänzende, groß-  
porige Haut und sonstige Hautun-  
reinigkeiten werden am sichersten durch  
meine seit fast 25 Jahren bewährten  
Spezialmittel beseitigt. Garantiert  
wirksam u. unschädlich. 2.50 M. Orto  
Stein, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

**Für Feldsoldaten!**  
Deutsch-Deutsches 15 Pf.  
Deutsch-Französisch 15 Pf.  
Buchhandlung Trutzel.

**Verkäufe.**  
**Warenverkauf** „Halbsumpf“,  
Gardinenhaus, Hermannstr. 6.  
Nierenauswahl, Spitzbiller Belg.  
Holz, Buchgarnituren, Stands-  
garnituren, Herrenanzüge, Herren-  
paleotis, Herrenhosen, Bettdecken, Gardi-  
nerverkauf, Gardinenverkauf,  
Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Gold-  
schmuck.  
**Teppiche** mit kleinem Fleck, sehr  
billig, Gardinen, Vorhänge, Stepp-  
decken, Tischdecken, Diwandecken, sehr  
billig, Vorhängeläden 5 Prozent  
Rabatt. Teppichhaus Brunn, Ladesch  
Markt 4 (Bahnhof Börje). Sonntag  
geöffnet. 254/3

**Verkäufe.**  
**Warenverkauf** „Halbsumpf“,  
Gardinenhaus, Hermannstr. 6.  
Nierenauswahl, Spitzbiller Belg.  
Holz, Buchgarnituren, Stands-  
garnituren, Herrenanzüge, Herren-  
paleotis, Herrenhosen, Bettdecken, Gardi-  
nerverkauf, Gardinenverkauf,  
Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Gold-  
schmuck.  
**Teppiche** mit kleinem Fleck, sehr  
billig, Gardinen, Vorhänge, Stepp-  
decken, Tischdecken, Diwandecken, sehr  
billig, Vorhängeläden 5 Prozent  
Rabatt. Teppichhaus Brunn, Ladesch  
Markt 4 (Bahnhof Börje). Sonntag  
geöffnet. 254/3

**Verkäufe.**  
**Warenverkauf** „Halbsumpf“,  
Gardinenhaus, Hermannstr. 6.  
Nierenauswahl, Spitzbiller Belg.  
Holz, Buchgarnituren, Stands-  
garnituren, Herrenanzüge, Herren-  
paleotis, Herrenhosen, Bettdecken, Gardi-  
nerverkauf, Gardinenverkauf,  
Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Gold-  
schmuck.  
**Teppiche** mit kleinem Fleck, sehr  
billig, Gardinen, Vorhänge, Stepp-  
decken, Tischdecken, Diwandecken, sehr  
billig, Vorhängeläden 5 Prozent  
Rabatt. Teppichhaus Brunn, Ladesch  
Markt 4 (Bahnhof Börje). Sonntag  
geöffnet. 254/3

**Möbel.**  
Möbel gegen sofortige Rasse sehr  
preiswert zu verkaufen, Brunnen-  
str. 7 und Müllerstr. 174. Sonnt.  
tag geöffnet von 12-2.  
Möbel aller Art aus Kredit, be-  
queme An- und Abzahlung. Möbel-  
Lehner, Brunnenstr. 7. Jeweils  
Geöffnet Müllerstr. 174. Sonntag  
von 12-2 geöffnet. 812

**Möbel!** Für Brautleute günstige  
Belegende, sich Möbel anzuschaffen.  
Mit kleiner Anzahlung schon Stufe  
und Küche. In jedem Stück deutscher  
Preis. Uebervorteilung ausgeschlossen.  
Bei Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit  
amerikan. Rückzahl. Möbelgeschäft  
Goldhaus, Poststr. 38. Gde.  
Eisenbahnstr. 2901A

**Möbel-Woche, Wörzplatz 58.**  
Spezialität: Ein- und Zweizimmer-  
einrichtungen. Einzelmöbel. Billige  
Preise! Große Auswahl. Eng-  
lische Bettstelle mit Matr. 40,-,  
Befestigung nur im Fabrikgebäude 8  
bis 8. Sonntag 12 bis 2. Jahrgang.  
38

**Blüschig 55,-, 65,-, Eßel-  
sonnes 25,-, Englische Bettstellen  
38,-, Tapeten Walter, Star-  
garbstr. 18. 89A**

**Kriegshäuser** neue neue Woh-  
nungseinrichtung für jeden anneh-  
baren Preis. Rosenhainstr. 57,  
norm III bei Glas (gewerblich).  
Händler vertreten. 113/3

**Unübersehlich! Billiges Angebot.**  
Nurze Zeit verliches nochbaum  
Eßelzimmer, modernes Häfett,  
entsprechende Kredenz, Küchlein,  
4 Reberhülle, Umbau mit Schränken,  
Requell, komplett nur 475,-.  
Nurze Zeit verliches nochbaum  
Eßelzimmer, modernes Häfett,  
entsprechende Kredenz, Küchlein,  
4 Reberhülle, Umbau mit Schränken,  
Requell, komplett nur 475,-.  
Nurze Zeit verliches nochbaum  
Eßelzimmer, modernes Häfett,  
entsprechende Kredenz, Küchlein,  
4 Reberhülle, Umbau mit Schränken,  
Requell, komplett nur 475,-.

**Katalog! moderner Wohnungs-  
einrichtungen und Einzelmöbel ver-  
sendet kostenlos! Berliner Möbel-  
haus\* R. Dirschow, nur Südost,  
Stallstr. 25. 1058**

**Kaugesuche.**  
**Zahngebisse!** Bruchgold! Silber-  
schmuck, Platinabfälle, Duedel-  
Eisen, Stahlabfälle, sämtliche Metalle  
höchstehend, Schmelze Christianat,  
Rheinstr. 20a (gegenüber  
Rantenselstr.). 111/2

**Zahngebisse, Bruchgold, Silber-  
schmuck, Platinabfälle, diverse Al-  
metalle, höchstehend Metallschmelze  
Gohn, Dammstr. 25 und Neu-  
tolln. Berlinerstr. 76. 93/1**

**Platinabfälle bis 600, Zahn-  
gebisse bis 75,-, Goldschmuck, Silber-  
schmuck, Duedel, Kupfer, Messing  
Stannolabier, Zinn bis 4,-,  
Nidel, Aluminium, Blei, Zinn, Gieß-  
strumpf, höchstehend, Edel-  
metall, Eisenabfälle, Beber-  
str. 81, Alexander 4243. 98A**

**Platinabfälle, Gr. bis 5,70, Zahn-  
gebisse bis 80,-, Kupfer, Messing,  
Nidel, Eisenabfälle, Edelmetall,  
Platinabfälle, Blei, Zinn, Stannol-  
labier, Zinn bis 4,10, Gieß-  
strumpf bis 3,30, Aluminium, Duedel-  
silber bis 6,-, Goldschmuck, Silber-  
schmuck, höchstehend, Metallschmelze  
Gohn, Dammstr. 25 und Neu-  
tolln. Berlinerstr. 76. 93/1**

**Fahradverkauf, Linienstr. 10.**

**Unterricht.**  
**Klavierkurs.** Erwaehnen  
Schulemethode, Monatspreis 3,-,  
Klavierstunden frei. Rufnummer  
Dramenstr. 63 (Wörzplatz).  
**Teilnehmer an einem englischen  
Kurs für Anfänger werden gesucht;**  
ebenfalls für Konversationskurs. Preis  
monatlich 4 Mark (2 Stunden  
wöchentlich). Privatstunden billig.  
G. Sweeney, Charlottenburg, Stutt-  
garterpl. 9, Gartenhaus IV. A

**Verschiedenes.**  
Patentanwalt Müller, Göttinger-  
str. 16  
Kunstschere Grobe Frankfurter-  
str. 67. 2899A

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
**Klavierstimmer.** Fast erblinder-  
Genosse empfiehlt sich als Klavier-  
stimmer. Dasselbach, Reutöln, Nieme-  
str. 10.  
**Stellenangebote.**  
**Fabrikanten**, der in Repa-  
raturarbeiten Beschäft. meh. für  
ständige Arbeit bei hohem Lohn  
sucht. Gr. Sonntag, Elisabeth-  
ufer 28. 175A

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
**Klavierstimmer.** Fast erblinder-  
Genosse empfiehlt sich als Klavier-  
stimmer. Dasselbach, Reutöln, Nieme-  
str. 10.  
**Stellenangebote.**  
**Fabrikanten**, der in Repa-  
raturarbeiten Beschäft. meh. für  
ständige Arbeit bei hohem Lohn  
sucht. Gr. Sonntag, Elisabeth-  
ufer 28. 175A

**Schweizer**  
für Hochleistungsanlagen sucht per sof.  
Gebr. Körling A.-G., Wrobitz 3.

**Beleger**  
für Goldleisten verlangt 113/9  
**Rabe, Aufwärtstr. 7.**

**Packer,**  
eventuell Anlernen, sofort verlangt.  
**Goldleistenfabrik, Reichenbergerstr. 88.**

**Schlosser**  
werden eingestellt. 113/8  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.**  
A.-G.  
**Berlin-Pankow**  
Kaiser-Friedrich-Str. 21/20.  
Auf Ideal-Schreibmaschinen  
**ringearbeitete Mechaniker**  
werden bei hohem Lohn eingestellt.  
Carl G. Walbarth, Friedrichstr. 78.  
Tätige  
**Maschinenschlosser,**  
**Bauschlosser, Eisendreher,**  
**Eisenkräfer und Schaping-**  
**Gobler**  
bei gutem Verdienst sofort gesucht.  
**Orenstein & Koppel - Arthur**  
**Koppel Act.-Ges.,**  
**Solomotifabrik Rowawes.**

**Monteur,**  
der mit der Vorführung und Repa-  
ratur von Dreh- sowie Wälz-  
maschinen, ferner Zusammenlegen  
von Nähmaschinen gut vertraut ist,  
sowie auch alle anderen landwirt-  
schaftlichen Maschinen kennt, für  
**dauernde Beschäftigung**  
bei gutem Lohn sofort gesucht. An-  
gebote mit Lohnansprüchen an  
**A. Wagners, Wdt. lands. Hofg.**  
Reutöln-Reutöln.

**WINTERGARTEN**  
**Neues Programm!**  
Hagedorn's Wundergrotte  
Perzinas Neu-Dressuren  
Hun Gans's Chinesentruppe  
Georg Bauer, Improvisator  
Barnes u. King, Zauberparodist.  
Geschw. Kloss, gymnast. Akt  
Karl Franke m. seinem Kamerader  
Rob. Bellings kom. Dressurakt.  
Dazu:  
**„Flotte Bursche“**  
Operette von F. v. Suppl.  
Mitwirkende:  
Else Borns — Käthe Hanson  
Hanna Ewald — Steffi Walldt  
Kurt Busch — Josef Conradi  
Gustav Matzner — Heinrich Peer  
**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
**Täglich: Großes Konzert.**  
**Berliner Konzerthaus-Orchester**  
Leiter: Komponist  
Franz v. Blon.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pf. Anfang 8 Uhr.  
Morgen, den 14. Januar: **Gr. Wohltätigkeits-Konzert,**  
veranstaltet vom Verein der Bureau-Sekretäre und Assistenten des Ma-  
gistrats Berlin zum Besten der Witwen u. Waisen verstorben. Mitgl.  
Berechtigter Redakteur: Alfred Dieckmann, Reutöln. Für den

**Apollo**  
THEATER  
Direktion Adolf Vogel  
Telef.: Lützow 7841  
**Berlins**  
reichhaltigstes  
**Varieté-**  
**Programm.**  
Nur ausserordene  
wirkliche Schlager!  
Anfang 8 Uhr.  
Billettverk. 11-1 a. d. Kasse  
sowie Wertheim u. Invalidend.  
**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluss:  
**Die von der Emden**  
Anfang 8 Uhr.  
Für Militärper-  
sonen vollkomm.  
Freier Zutritt zu  
d. Stett. Sängern.



Aus Groß-Berlin.

Die Volkspende.

Der Magistrat der Stadt Berlin veranstaltet unter der Berliner Bürgerschaft eine allgemeine Sammlung. Kommunale Ehrenbeamte tragen den Hausbewohnern Karten zu, auf welchen die Beträge gezeichnet werden können. Die kleinsten Zeichnungen werden angenommen. Es kann ein einmaliger Betrag, es können auch regelmäßige Beträge pro Woche oder pro Monat gezeichnet werden. Die Summen, die einkommen, sollen teils zur Unterstützung von Kriegerfamilien Verwendung finden, teils soll ein Betrag an den Ausschuss für warme Unterkleidung gegeben werden. Die Kriegerfamilien werden bekanntlich nach bestimmten Grundsätzen aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Diese Unterstützungen reichen aber für solche Familien nicht voll aus, in denen viele Kinder vorhanden sind oder wo Kränklichkeit der Frau ein Mitverdiensten unmöglich macht. In solchen Fällen (auch Einsegnung und Sterbefälle spielen dabei eine Rolle) muß noch besonders eingegriffen werden durch Gewährung von Extraausstützung. Diese Extraausstützung ist bisher aus freiwillig gesammelten Mitteln geleistet worden und auch recht unzulänglich. Auf Antrag unserer Genossen im Rathaus ist dieser Fonds der Extraausstützung für die einzelnen Unterstützungskommissionen reichlicher dotiert worden als bisher. Das bedingt aber seine frühere Erschöpfung. Um dem vorzubeugen, will der Magistrat durch die Volkspende eine Auffüllung dieses Extrafonds herbeiführen.

Wir haben immer betont, daß die Unterstützungen so hoch sein müssen, damit den Familien der Stergebliebenen eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht wird und daß zu diesem Zwecke genügend öffentliche Mittel bereitgestellt werden müssen. Trotzdem wird es immer vorkommen, daß in bestimmten Familien Gründe für besondere Unterstützungen vorhanden sein werden. Hier ausreichend helfen zu können, wird durch die Bereitstellung eines Extrafonds erreicht werden können.

Nun ist es Tatsache, daß weite Volkskreise in Berlin unter der Teuerung außerordentlich leiden und sich große Einschränkungen auferlegen müssen. Diese Kreise, die selber leiden und die große Zahl derjenigen, die selber auf Unterstützung angewiesen sind, können als Zeichner für die Volkspende kaum in Betracht kommen. Immerhin gibt es in Berlin genau wie andernwärts eine große Anzahl Leute, die aus ihren Mitteln sehr wohl für besonders bedürftige Kriegerfamilien noch opfern können. Wir haben in vielen Stadtteilen, namentlich im Berliner Westen sehr viel reiche Leute, die als Zeichner für die Volkspende in Frage kommen. Hoffen wir, daß sie die gebotene Gelegenheit ergreifen und die ihnen zugewiesenen Karten mit recht hohen Beiträgen versehen. Nicht nur sollten sie sich mit der Zeichnung von einmaligen Beiträgen begnügen, sondern sie sollten regelmäßige Beiträge zeichnen. Der Zweck der Volkspende ist ein guter, er kommt direkt den Kriegerfamilien in Berlin zugute und es wäre erwünscht, wenn das magistratliche Unternehmen einen reichlichen Ertrag lieferte.

Wie Mariendorf Kriegerfrauen hilft.

Wie manche Gemeinden ihre Unterstützungspflicht gegen Kriegerfrauen erfüllen, dafür liefert ein an vorliegendes Schreiben des Gemeindevorstehers von Mariendorf an eine Kriegerfrau einen recht charakteristischen Beitrag. In diesem Schreiben heißt es:

Sie erhalten vom 1. Juli 15 ab monatlich nachträglich eine laufende Mietunterstützung von 10 M. aus Gemeindegeldern, die an den Hauswirt gezahlt wird.

Die monatliche Mieterote von 80 M. hat der Wirt für die Dauer dieser Unterstützung auf 22,50 M. festgesetzt, den Restbetrag von 7,50 M. gestundet.

Jederzeitiger Widerruf bleibt vorbehalten, ebenso die Rückforderung nach Beendigung des Krieges.

Falls sich Ihre Einkommensverhältnisse bessern sollten, wird Ihnen unter Hinweis auf die Bestimmungen des Oberkommandos vom 9. September 1914 ausgegeben, dem Unterzeichneten hierdurch sofort Mitteilung zu machen, damit erneut Prüfung Ihrer Verhältnisse erfolgen kann.

Verlangt wird, daß Sie sich hesseltigen, den nun verbleibenden Mietanteil pünktlich zu bezahlen und sich zu diesem Zwecke um geeignete Beschäftigung bemühen. Auf dem im hiesigen Rathaus, Zimmer 20/21 eingerichteten Arbeitsnachweis wird hierbei besonders hingewiesen.

Von einem Umzug haben Sie sofort nach hier Mitteilung zu machen.

geb. Dolle.

Das Schreiben ist nach verschiedenen Richtungen hin von Interesse. Die Gemeinde zahlt an eine Kriegerfrau 10 M. Miethilfe. Daran werden die verschiedensten Bedingungen geknüpft. Die Frau soll regelmäßig monatlich 12,50 M. an den Hauswirt zahlen, und zwar pünktlich. Sie soll sich zu diesem Zwecke um Beschäftigung bemühen; damit ja der Hauswirt die Miete erhält. Um der Anordnung den nötigen Nachdruck zu geben, wird auf eine Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken verwiesen. Ein starkes Stück liegt in der Mitteilung, daß der Restbetrag von 7,50 M. lediglich gestundet wird, jederzeitiger Widerruf bleibt vorbehalten, ebenso die Rückforderung nach Beendigung des Krieges.

Diese Hinweise verlegen Geist und Sinn des Unterstützungsgesetzes für die Familien der Kriegsteilnehmer in der flagrantesten Weise. Abgesehen davon, daß vermieden werden muß, eine große Schuldenlast anhäufen zu lassen für den im Felde stehenden Kriegsteilnehmer, ist der Vorbehalt einer Rückforderung von Leistungen nach Beendigung des Krieges vollkommen ungeeignet. Der Lieferungsvertrag hat die Pflicht, ausreichend zu unterstützen und dabei nach den ministeriellen Verfügungsbestimmungen weiterzugehen zu verfahren. Das Verfahren der Gemeinde Mariendorf im vorliegenden Falle ist das Gegenteil von dem. Es muß erwartet werden, daß die Aufsichtsbehörde die Gemeinde auf das Ungelegliche einer eventuellen Rückforderung von Unterstützungen nach Beendigung des Krieges hinweist.

Im übrigen sollte die Gemeinde Mariendorf die Ministerialverordnung des Ministers des Innern vom 14. Oktober 1915 beachten, in der es u. a. heißt, daß „eine von jeder Engerzigkeit freie Prüfung der Bedürftigkeitsfrage ein dringendes Erfordernis ist. Nur bei wohlwollender Prüfung der gestellten Unterstützungsanträge wird erreicht werden, daß von dem vor dem Feinde stehenden Ernährer der Familie das seine Nervenkraft beeinträchtigende Gefühl ferngehalten wird, für seine Angehörigen werde nicht genügend gesorgt“.

Die Verfügung des Mariendorfer Gemeindevorstehers läßt im Gegensatz zu der ministeriellen Haltung vielmehr die Meinung auf-

kommen, als sei ihm in erster Linie um den Hauswirt zu tun, damit dieser unter allen Umständen die Miete erhält.

Das ganze Schreiben lieft sich wie eine gerichtliche Zustellung und zeugt nicht von dem Geiste, von dem das Unterstützungsgesetz im Kriege beherzigt sein soll.

Kriegerfrauen wollen sie nicht!

Raum hat mit Anfang Januar wieder die große Wohnungs-suche begonnen, so kommen auch schon wieder Klagen über Schwierigkeiten, die man wohnungsuchenden Kriegerfrauen bereitet. Es gibt Hauswirte und Hausverwalter, die einer nach Wohnung fragenden Kriegerfrau runderaus erklären, daß sie Kriegerfrauen nicht in das Haus hineinnehmen mögen. Von bitteren Erfahrungen dieser Art erzählt uns eine Kriegerfrau, die um Neujahr sich auf die Wohnungsuche begab und bei einigen dieser Gänge von ihrem hier auf Urlaub weilenden Manne begleitet wurde.

In Berlin-Nord hat sie in der Umgebung des Ringbahnbofs „Schönhauser Allee“ es mehrfach durchmachen müssen, daß sie als Wohnungsmieterin abgelehnt wurde, weil man eine Kriegerfrau nicht haben wolle. So erging es ihr in einem Hause der Garnisonstraße, wo die Verwalterin, nachdem die Anfragende sich als Kriegerfrau zu erkennen gegeben hatte, kurz antwortete: „An Kriegerfrauen vermiete ich nicht“. In einem Hause der Schivelbeiner Straße fragte die Verwalterin von vornherein: „Sind Sie Kriegerfrau?“ Als das bejaht wurde, machte sie der Wohnungsuchenden die Tür vor der Nase zu mit den ärgerlichen Worten: „Ach, mit solcher Scherelei lassen wir uns gar nicht ein“. Ablehnend verhielt sich zunächst auch der Wirt eines Hauses der Dänenstraße, der den Feldgrauen selber in Begleitung der nach Wohnung fragenden Frau sah. „Sie sind ja Kriegsteilnehmer! Nein, an Kriegerfrauen vermiete ich nicht.“ In Tränen ausbrechend sagte die Frau: „Nun gibt man seinen Mann fürs Vaterland hin und dann findet man als Kriegerfrau keine Wohnung!“ Da wurde der Wirt nachgiebiger und wollte die Wohnung zeigen, aber jetzt kündigte er sogleich an, daß er höhere Miete fordern müsse. Nach Besichtigung der Räume verzichtete die Frau darauf, sie zu mieten. Gern hätte sie in einem Hause der Kopenhagener Straße gemietet, wo sie eine passende Wohnung gefunden zu haben glaubte. Als sie mit ihrem Mann zusammen anfragte, ließ es, die Wohnung sei nicht zu haben, der Inhaber wolle sie behalten. Weil aber der Wohnungszettel einige Tage später noch ausging, ging die Frau nach Abreise ihres Mannes nochmals hin und nun wurde sie von der Verwalterin an den in der Bernauer Straße wohnenden Eigentümer gewiesen. Bei der Verhandlung mit dessen Frau kam wieder zur Sprache, daß die Wohnungsuchende eine Kriegerfrau war, worauf die Witwe erklärte: „Mit Kriegerfrauen habe ich schon Scherelei gemacht, an die vermiete ich nicht mehr.“ Vergebens bat die Kriegerfrau um die Wohnung, vergebens erbot sie sich zur Vorauszahlung der Miete — die Witwin ließ sich auf nichts ein und blieb dabei, sie wolle die Scherelei nicht haben.

Die Kriegerfrau, die uns diese Erfahrungen mitteilt und über die ihr widerfahrene Behandlung klagt, fügt hinzu, daß auch ihr Mann das sehr bitter empfunden habe. Er, der an den Nachwirkungen einer in Russland davongetragenen Kopfwunde noch leidet und jetzt nur garnoldienstfähig ist, habe mit schwerem Herzen, sagt uns die Frau, bei der Abreise sich von ihr getrennt. Nach den ihr bei der Wohnungsuche bereiteten Schwierigkeiten, die er selber kennen gelernt hatte, habe er sich Sorge gemacht, wie sie eine Wohnung finden würde. Diese Sorge ist inzwischen glücklich beseitigt worden, denn die Frau hat schließlich doch eine Wohnung gefunden. Aber im Hinblick auf das, was sie vorher bei ihrer Wohnungsuche erlebt hat, muß man fragen, wie solche Vorkommnisse auf unsere Krieger wirken können. Sollte es denn nicht möglich sein, Hauswirte und Hausverwalter von ihrer Abneigung gegen Kriegerfrauen zu kurieren? Wegen Lebensmittelhändler, die ihre Ware zurückhalten, ist man mit Beschlagnahme und Zwangsverkauf vorgegangen. Ein ähnliches Vorgehen gegen Wohnungsbereiter, die eine Kriegerfrau als Wohnungsmieterin ablehnen, wäre sehr zu wünschen.

Mord in der Hufstienstraße.

Die Leiche im Kleiderständer.

Ein Kapitalverbrechen, das schon vor längerer Zeit verübt sein muß, wurde gestern morgen in dem Hause Hufstienstraße 36 im Norden der Stadt entdeckt. Dort wurde in einem Kleiderständer die am 24. August 1889 zu Berlin geborene Elise Hinske als Leiche aufgefunden.

Im dritten Stock des Quergebäudes wohnte seit dem 8. Juni 1913 der am 11. Juli 1888 zu Eisleben geborene Arbeiter Paul Hagen mit Elise Hinske zusammen. Hagen, der später als Schlosser in verschiedenen Werkstätten tätig war, lebte von seiner Frau getrennt mit Elise Hinske zusammen. Im Hause hielt man die beiden für ein Ehepaar; nur wenige wußten, daß sie nicht verheiratet waren. Das Mädchen war im Hause als arbeitsam und fleißig bekannt. Es hatte verschiedene Möbelstücke, wie Bettstellen, ein Ruhebett, Küchensachen und dergleichen in dem Möbelkredit-haus von Freese am Weinbergweg auf Zeitzahlung genommen und in die Wohnung mitgebracht. Die übrigen Sachen hatte Hagen aus seiner früheren Wirtschaft zugekauft. So war die aus Stube und Küche bestehende Wohnung reichlich und sauber ausgestattet. Im Hause wunderte man sich, daß Elise Hinske seit Anfang Dezember nicht mehr zum Vorschein kam. Man dachte aber, daß das Paar sich getrennt habe. Ein eigentümlicher Geruch veranlaßte die Verwalterin, schon einmal nachzugehen. Sie fand aber nichts und konnte die Ursache des Geruchs nicht aufklären. Seit Anfang Dezember blieben nun bei dem Kredithaus die Zeit-zahlungen aus. Gestern, Mittwoch morgen sandte es Leute, um die Möbel wieder abzuholen. Da öffnete man das Kleiderständer und fand unten darin die entkleidete Leiche der Hinske zusammengekauert liegen. Blusen, Röcke und andere Kleidungsstücke der Toten hingen noch im Spindel. Die Polizei des 58. Reviers benachrichtigte nach dieser Entdeckung die Kriminalpolizei. Bald erschienen deren Chef Ober-Regierungsrat Hoppe, die Kriminalkommissare Rumbt und Dr. Grünberg mit den Beamten der Nordkommission und Kriminalkommissar Dr. Schneider mit Beamten des Erkennungsdienstes, um den Befund aufzunehmen und durch Lichtbildaufnahmen festzusetzen.

Hagen war verschwunden. Nach den Ermittlungen war er in der vorhergehenden Nacht noch in der Wohnung. Nach den bisherigen Feststellungen hat sich Hagen mit seiner Frau, von der er lange getrennt lebte, im November v. J. wieder ausgetrennt. Dem Vernehmen nach ist die Frau am 20. Dezember wieder in Berlin gewesen und hat die Sachen, die ihr Mann in die Wohnung eingebracht hatte, abgeholt. Nach Befragung der Nachbarn und anderer Hausbewohner hat Hagen auch seit dieser Zeit in der jetzt zum Teil ausgeräumten Wohnung händig noch genächtigt. Nach dem ersten Befunde ist anzunehmen, daß er die Hinske schon Anfang Dezember, vielleicht im Streit, erwürgt und die Leiche in das Kleiderständer gesteckt hat.

Hagen war als Landsturmmann nach Wittenberg eingezogen, wurde aber wegen eines Augenleidens im November v. J. wieder entlassen. Seitdem arbeitete er in verschiedenen Werkstätten. Elise Hinske, die erst unangemeldet bei ihm wohnte, hatte er später als seine Wirtschaftlerin angemeldet. Wahrscheinlich hat er sie am 5. Dezember umgebracht, vermutlich nachdem sie sich schon zu Bett gelegt hatte. Die in den Schrank hineingepreßte Leiche bedeckte er mit Kleidungsstücken zu, um sie bei der Benutzung des Spindels nicht jeden Tag sehen zu müssen. Nach der Befragung einiger Zeugen, die die Kriminalpolizei ermittelte, hörte man einen häßlichen Auftritt, wie man ihn vorher oft wahrgenommen hatte, am 5. Dezember zum letztenmal. Einige Zeugen wollten damals auch ein Rächeln gehört haben. Sie schenkten dem aber keine weitere Beachtung, weil sie schon daran gewöhnt waren, daß Hagen seine Geliebte mißhandelte. Am 21. Dezember kam ein Bote des Möbelgeschäfts, um die fälligen Wochenzahlungen abzuholen. Er fand an der Tür einen Bettel, daß „Familie Hagen“ bis zum 28. nach Frankfurt a. O. verreist sei. Der Mann ging zur Verwalterin und erfuhr von ihr, daß Hagen am 20. Dezember die Brotkarten abgeliefert und gesagt habe, er und seine Wirtschaftlerin mühten nach Frankfurt a. O. zu einer Schwester reisen, die im Sterben liege. Seit der Zeit hat Hagen auch keine Brotkarten mehr gefolgt. Statt des ersten Bettels, den er abrichtete, hatte er später einen zweiten an den Briefkasten geklebt, des Inhalts, daß er wieder verreist sei. Auch seit dieser Zeit wurde er im Hause noch hin und wieder gesehen. In einem Falle äußerte er, man wisse ja, daß seine Wirtschaftlerin auf und davon sei. Am 20. Dezember war Hagen mit einer Frau, wahrscheinlich seiner Ehefrau, in der Wohnung. Seine Begleiterin packte die Sachen Hagens zusammen, nahm Verschiedenes mit, ließ aber alles zurück, was der Hinske gehörte. Nach den Ermittlungen hat Hagen seiner Frau nach Eisleben geschrieben, daß er sich das Leben nehmen wolle. Sie soll daraufhin nach Berlin gekommen sein, sich mit ihm bei gemeinsamen Bekannten in der Ackerstraße getroffen und dort ausgesöhnt haben. Es war bekannt, daß Hagen, wenn er angetrunken war, zur Gewalttätigkeit neigte und seine Frau mißhandelte.

In dem Abzahlungsgeschäft hat er sich nicht sehen lassen. Weil er keine Miete zahlte, so war Räumungsklage gegen ihn angestrengt worden. Das veranlaßte das Möbelgeschäft, der noch nicht ganz bezahlten Möbel wegen zu intervenieren.

In der Befragung hatte es früher sehr nett und sauber ausgesehen. Jetzt, nachdem Hagen schon lange Zeit allein und unregelmäßig gewirtschaftet hatte, lag vieles unordentlich durcheinander. Briefe lagen verstreut umher, unter ihnen auch eine polizeiliche Vorladung; denn die Revierpolizei beschäftigte sich bereits mit dem Verschwinden der Wirtschaftlerin und hatte Hagen nach der Wache geladen, um ihn über den Verbleib der Vermissten zur Rede zu stellen.

Die Leichente besah ein ungefähr 5 Jahre altes Töchterchen Erna, das in Pflege gegeben ist.

Sie arbeitete bis zum 2. Dezember in der A. E. W., wo sie ebenso wie in der Häuslichkeit fleißig und nützlich war. Nüchtern legte sie ohne Angabe eines Grundes die Arbeit nieder und verließ die Stelle, an der sie einige Jahre tätig gewesen war. Im Hause war Elise Hinske wegen ihrer Arbeitsamkeit und ihres ordentlichen Wesens gern gesehen. Die Erbitterung gegen Hagen, die namentlich unter den Frauen herrscht, ist deshalb um so größer.

Hagen, der schon wegen verschiedener Verbrechen vorbestraft ist, war im Gegensatz zur Hinske sehr uneliebt. Er neigte, wie schon gesagt, zu Gewalttätigkeiten und trank auch in letzter Zeit viel. Er gab seiner Geliebten nur wenig Geld ab und ließ sie selbst allein auch für ihr Kind sorgen. Sie mußte deshalb wiederholt durch Abvermieten sich noch einen Nebenverdienst verschaffen.

Eine Bekanntmachung, die für die Ermittlung und Ergreifung des Täters eine Befolgung von 1000 M. zusichert, ist noch gestern an den Anschlagfäulen erschienen. Daß der flüchtige Hagen der Täter ist, unterliegt keinem Zweifel. Nach der Beschreibung, die übereinstimmend von ihm gegeben wird, ist er etwa 1,70 bis 1,72 Meter groß und mittelstark. Er hat rotblondes Haar, einen rotblonden mittelstarken Schnurrbart, ein fast ovales, etwas aufgedunsenes Gesicht mit Widelnarben, eine ziemlich große blaurot gefärbte Nase, blaugraue Augen, eine fällige Stirn und einen finsternen, scheuen Blick, und trägt einen blauen Jodettanag, einen mittelbraunen Mäntel, einen schwarzen steifen Hut und schwarze Stiefel. Sein Gang ist etwas gebückt. — Die Kriminalpolizei hat sich ein Bild von ihm verschafft, welches heute an den Anschlagfäulen veröffentlicht werden soll.

Marmeladen-Höchstpreise.

Der Magistrat hat unter dem 11. Januar eine Verordnung über Höchstpreise für Marmeladen im Kleinhandel erlassen, die am 15. Januar in Kraft tritt. Im Sinne dieser Verordnung gelten als Sorte I: Marmeladen, die aus nur einer Fruchtart hergestellt werden mit Ausnahme von Apfelmarmeladen, als Sorte II: Marmeladen, die aus höchstens vier Fruchtarten hergestellt werden, sofern sie nicht unter I fallen und nicht eine Apfelmarmelade von mehr als der Hälfte der Gesamtmenge enthalten, als Sorte III: reine Apfelmarmeladen sowie Marmeladen aus Früchten aller Art, sofern sie nicht unter die Sorten I und II fallen und nicht eine Einwage von Fruchtstückchen von mehr als 1/4 der Gesamtmenge enthalten, als Sorte IV: Marmeladen aus Früchten, sofern sie nicht unter Sorte I bis III fallen (Kunstmarmeladen) und als Sorte V: Marmeladen mit Zusatz von Rüben und Kartoffeln. Der Preis für beste Ware darf im Kleinhandel für ein Pfund beim Verkauf von pfundweis ausgewogener Ware nicht überschreiten: bei Sorte II — 60 M., bei Sorte III — 50 M., bei Sorte IV — 40 M. und bei Sorte V — 35 M. Beim Verkauf in ganzen Blechheimern oder sonstigen Gefäßen ermäßigt sich der Preis je nachdem es sich um Meckemer oder Gefäße von 10–15 Kilogramm, von 5–10 Kilogramm oder unter 5 Kilogramm handelt. Beim Verkauf von pfundweis ausgewogener Ware wird der Preis nach dem Reingewicht, in den anderen Fällen nach dem Rohgewicht (brutto für netto) berechnet. Als Kleinhandel im Sinne der Verordnung gilt der Verkauf an den Verbraucher.

Zu widerhandlungen gegen diese Höchstpreisbestimmungen sind mit strengen Strafen bedroht.

Der Andrang zu den städtischen Verkaufsstellen war gestern früh an manchen Stellen lebensgefährlich. Die Mehrzahl der Käuferinnen verlangte das angekündigte Gefrierfleisch, das bald vergriffen war. Am Nachmittag nach Eröffnung der Hosen war der Andrang wieder sehr stark, da, wo neue Posten geliefert waren. Auch Hammelfleisch war stark begehrt. Die stärkste Nachfrage ist allerdings nach Schmalz. Uebel vermerkt wurde, daß an einigen Stellen Schmalz vorhanden war, aber nicht verkauft werden durfte.

weil der Magistrat erst Schmalzarten ausgeben will und dann erst der Verkauf fortgesetzt werden soll. Das soll am Sonnabend erfolgen.

Der Fachausschuss für Milch und ihre Produkte, Eier, Pflanzenfette und Öle der Preisprüfstelle Groß-Berlin hat sich in seiner letzten Sitzung u. a. mit Preisstreiberien im Margarinehandel befasst und beschloffen, die Einleitung des Strafverfahrens gegen eine hiesige Fabrik in die Wege zu leiten. Auch seitens des Publikums laut gewordenen Klagen darüber, daß die Butterhändler bei dem Verkauf von Butter in 1/2-Pfund-Paketten so schweres Papier verwenden, daß ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz auf die Verpackung fällt, kamen zur Sprache. Die Damen, die mit der lokalen Kontrolle in der Stadt für die dem Ausschuss unterstehenden Waren betraut sind, werden künftighin dieser Frage besondere Aufmerksamkeit schenken.

Beachtung verdient auch die Tatsache, daß in verschiedenen Butterhandlungen Käufer und Käuferinnen abgewiesen werden mit dem Bemerkten, die Butter sei alle geworden, während Verkäuferinnen mit dem Baden von Pfundpaletten beschäftigt sind, die oft nach Geschäftsschluss abgeholt werden. Diese Tatsache hat bereits viel böses Blut gemacht.

Restnahme eines entsprungenen geisteskranken Frauenmörders. Der frühere Wärter an der Irrenanstalt Dalldorf Reglaff bemerkte gestern vormittag in der Schloßstraße in Tegel einen Mann, in dem er an der ihm bekannten Kleidung sofort einen Insassen der Irrenanstalt Dalldorf erkannte, der offenbar entsprungen war. Er beobachtete den Mann und sah, daß er ein Herrenkleidungs-geschäft in der Berliner Straße betrat. Diese Gelegenheit benutzte Reglaff, um telephonisch einen Polizeibeamten herbeizurufen, der gerade in dem Augenblick eintraf, als der Geistesranke, der einen Anzug erstanden hatte, das Geschäft verlassen wollte. Der Mann wurde festgenommen und es stellte sich heraus, daß es sich tatsächlich um einen entsprungenen Geisteskranken handelte, der wegen eines gräßlichen Frauenmordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und dann wegen geistiger Erkrankung der Irrenanstalt Dalldorf zugeführt worden war. Von dort ist er entsprungen. Der gefährliche Geistesranke, in dessen Kopfbedeckung versteckt noch eine Anzahl Goldstücke vorgefunden wurde, ist der Irrenanstalt wieder zugeführt worden.

### Aus den Gemeinden.

#### Lebensmittelversorgung in Neukölln.

Die Stadt Neukölln wird nunmehr in Kürze mit der Vergabung von frischem Schweinefleisch an die ortsanfässigen Schlächtermeister beginnen. Sie hat bekanntlich den Ankauf einer großen Anzahl lebender Schweine sichergestellt, die zunächst versuchsweise auf dem Zentralviehhof in Berlin zur Schlachtung gelangen sollen. Daneben

werden in den städtischen Verkaufsstellen erneut Schweinefleisch-Lieferungen zu mäßigen Preisen zum Verkauf kommen. Der Winterbedarf an Gemüse ist einstweilen durch Einlagerung von 1400 Zentner Kohlräben und 1000 Zentner Mörräben gedeckt, des weiteren sind die Vorräte an londensterter Milch, die inzwischen erschöpft waren, wieder ergänzt worden. Neu aufgenommen wird der Verkauf von Kunstbrot und zwar soll derselbe pfundweise in den städtischen Verkaufsstellen zum Preise von 0,35 M. abgegeben werden.

#### Margarineverkauf in Schöneberg.

Wie die Lebensmittelkommission bekannt gibt, wird bis zum Eintreffen weiterer bereits bestellter Schmalzvorräte an jedem Dienstag und Freitag, vormittags von 9-1 Uhr und nachmittags von 4-7 Uhr, Margarine zum Preise von 70 Pf. für 1/2 Pfund in dem städtischen Verkaufsraum Feuerstr. 4 an Winderbemittelte verkauft. Die Abgabe erfolgt gegen Vorzeigung der Kriegsausweis-karte, die im neuen Rathaus, Erdgeschoss Zimmer 60, aus-gegeben wird.

### Aus aller Welt.

Raubzüge eines Handwerksmeisters. Eine eigenartige Doppl-rolle hat der Klempnermeister Alfred Bach aus Strelitz ge-spielt. Vor mehreren Jahren hatte der schon mehrfach mit Ge-rängnis und Zuchthaus bestrafte biederer Handwerksmeister sich in Strelitz niedergelassen. Hier fiel es zwar auf, daß er häufig Reisen unternahm, keiner dachte aber daran, daß er in Pension-naten und Hotels verschiedener Städte, besonders in Berlin, auf Raub ausgehen könne. Hier erschien er gewöhnlich um die Mit-tagszeit in schwarzem Anzuge, Lackschuhen und Zylinder und schlich sich, während die Gäste bei Tisch saßen, in die unbeauf-sichtigten Zimmer, wo er stahl, was er an wertvollen Dingen fand. Auch fremde Ausweispapiere nahm er an sich, um mit ihnen anderwärts unter falschem Namen aufzutreten zu können. Anfang Dezember 1914 wurde er bei einem Diebstahl in Reustrelitz er-wischt und verhaftet. Nach 13monatiger Unterzuchungshaft ver-urteilte ihn nun die Strafkammer in Reustrelitz zu acht Jahren sechs Monaten Zuchthaus unter Anrechnung von sechs Monaten Unterzuchungshaft.

1300 Helppostbriefe beraubt. Ein jugendlicher Posträuber hatte sich in der Person des 19jährigen Posthilfsboten Skruppa aus Schwientochlowitz (O.-S.) vor der Strafkammer zu verant-worten. Es wurde ihm zur Last gelegt, etwa 1300 Helppost-briefe geöffnet und ihres Inhalts beraubt zu haben. Auf diese Weise erbeutete er gegen 3000 M. Das Geld hat er in Ge-sellschaft seiner Freunde vergeudet. Der Angeklagte ist gefändig. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre drei Monate Ge-fängnis. Das Gericht schloß sich dem Antrage an und erkannte

dem Angeklagten auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren ab.

Das Kino als Räuberfeminar. Wegen massenhaft begangener Räubereien verhaftete die Polizei in Ofen-Pest zwölf Knaben im Alter von 9 bis 15 Jahren, zumeist Söhne Ofener Gewerbe-treibender. Bisher gestanden die Verhafteten 40 Einbrüche ein. Die jungen Einbrecher hatten eine Schule eingerichtet, in der die in den Kinos in Detektivfilmen gesehenen Kniffe ge-lehrt wurden.

Raubüberfall in Mexiko. Reuter meldet aus El Paso: Der britische Konsul Whiles in Chihuahua telegraphiert dem hiesigen Konsul daß 17 Personen, wie man glaubt, lauter Amerikaner, 50 Meilen westlich von Chihuahua von mexikanischen Räu-bern aus einem Zug geholt, ausgeraubt und er-schossen wurden.

### Briefkasten der Redaktion.

B. 44. Brief erhalten. — J. R. Durch einen Druckfehler ist in der gestrigen Antwort statt 2500 M. 2000 M. gesagt worden. Die Kranken-versicherungspflicht besteht bei einem Einkommen bis zu 2500 M. — A. R. 32. 1. Der alte Vertrag ist erneuert. 2. u. 3. Rein. 4. Ja. — R. 2. 42. 1. 1,20 M. 2. Rein. 3. Ja. — M. P. 26. Wenn eine Auf-forderung an den Vater des Kindes erfolglos ist, wenden Sie sich an den Truppenteil. — A. W., Bernau. Sie mühen Beschwerde beim Kreis-ausschuss Niederbarnim in Berlin, Friedrich-Radi-Wege 5, einreichen. — C. C. 23. 1. Die vom Väter in den Reichsvertrag angenommene Kündigung ist gültig. 2. Ja. — J. P. 90. Sie können die Lär nicht einhalten, sondern nur entsprechenden Ersatz verlangen. — P. 30. Wenn in Güte nichts zu erreichen ist, so wird Ihnen nichts weiter übrig bleiben, als den Vertrag unter Einhaltung der Kündigungsfrist zu lösen. — P. W. 193. Sie sind zur Herausgabe der Verlobungsgegenstände ver-pflichtet. — Ca. 140. Sie müssen die Kirchensteuer für Ihre Frau zahlen. — G. B. 30. 1. Ja. 2. Die Eltern müssen den Unterhaltungs-antrag nach Berlin richten. 3. 4. und 5. Rein. — A. B. 32. 1. und 2. Rein. 3. Teilen Sie der Firma sofort mit, daß Ihr Sohn minder-jährig ist und deshalb zur Abschließung eines Vertrages ohne Zustimmung des Vaters nicht befugt ist. — G. 36. Wenn Sie keine Kenntnis vom unehrlichen Erwerb der Rohlen hatten, nicht. — Lude 2. 1. Rein. — M. R. 24. Weiden Sie sich auf dem Flugplatz in Niederhönoweide, Lebens- und Feuerversicherungsprämien. — G. R. 64. 118 M. Staats-einkommensteuer, dazu 11,80 M. Zuschlag und außerdem 120 Proz. Kommunalsteuer. — J. P. 65. Da nur Ihr Mann den Vertrag unterschrieben hat, kann der Hausmit nicht Sie nicht übernehmen. Stellen Sie Antrag bei der Steuerkasse auf Mietsunterstützung. — W. 20.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker-Strasse 96/97: Vortrag von Frau Böhm-Schuch über: „Kriegsbedingungen“.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise.**  
Stralauer Viertel, Bezirk 333.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bau-arbeiter  
**Wilhelm Giese**  
Gadiner Str. 8,  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Januar, nach-mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim, Bezirk Lichtenberg.**  
Am 10. Januar verstarb im 50. Lebensjahre unser Parteigenosse  
**Heinrich Unger**  
Finowstr. 28 (27. Gruppe).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Kar-sa hn aus statt.  
Zugverbindung um 2 1/4 und 3 1/4 vom Bahnhof Friedrichshagen.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Parteil-leger  
**Wilhelm Wendt**  
Biesenstr. 36,  
im Alter von 63 Jahren ge-storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Januar, nach-mittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des neuen Friedhofes der St. Pauls-Kirchengemeinde in Blöhensee aus statt.  
Um rege Beteiligung wird er-sucht.

In Ihrem Gedenken zu seinem 23. Geburtstag den 13. Januar 1916.  
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 7. August 1915 mein geliebter, braver Sohn  
**Erich Seiffert**  
vom Infanterieregiment Nr. 64.  
In schmerzlicher Erinnerung gemeldet von seinem Vater  
**Paul Seiffert** und Familie,  
Jonasstr. 38.



**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise.**  
11. Abt. Bez. 632.  
Am Dienstag, den 11. Januar, verstarb an einer im Felde zu-gegangenen Krankheit unser Ge-nosse, der Rohrlieger  
**Fritz Lahn**  
Gartenstr. 110.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Lazarett in Preussisch-Stein-gard statt.  
224/5 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die maurige Nachricht, daß am 9. Januar, abends 9 1/2 Uhr, nach langem mit großer Geduld er-tragenen Leiden, mein innigst-geliebter Mann, unser treu-sorgender Vater, mein guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Dreher  
**Otto Gehrke**  
sanft entschlafen ist.  
Mario Gehrke nebst Kindern, Frau Maria Marquardt als Mutter und Anverwandte.  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Oberschöneweide aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter  
**Matthäus Wecko**  
Driesener Str. 10,  
im Alter von 51 Jahren ge-storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Januar, nach-mittags 4 Uhr, von der Leichen-halle des Georgen-Kirchhofes in Weihensee, Rüdelsstraße, aus statt.  
81/12 Die Ortsverwaltung.

Für die herzliche Teilnahme und herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung des Herrn  
**Adolf Forsberg**  
sagen wir hiermit der Direktion, den Kollegen und Kolleginnen der Firma C. Lorenz, dem Deutschen Metall-arbeiterverband, den Stammgästen des Gastwirts Kästl, sowie Herrn Roth und allen Freunden und Be-kannten unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Auf den Schulweg**  
sollten Sie Ihren Kindern einige Wyberi-Tabletten mitgeben, um sie vor den Folgen rauher Bitterung zu bewahren.  
**Wyberin TABLETTEN**  
sind mit feinsten Lakritz und edler Pfefferminze bereitet und bewirken durch erhöhten Speichelfluss Desinfektion auf natürliche Weise, ein wichtiges Erforder-nis bei Anstehungs- und Erkältungskgefahr.  
Original-Schachtel in allen Apotheken und Drogerien III. 1.— Die Firma Dr. G. Wyber in St. Ludwig i. G. versendet gratis und portofrei eine reizende Zehnpackung von Wyberin-Tabletten gegen 20 Gulden aus Wyberin-Quartier.

**Frauen-Sterbekasse der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer.**  
Berlin, Bezirk 10.  
Am 8. Januar verstarb nach langen Leiden unser Mitglied  
**Frau Anna Karpa.**  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung hat bereits gestern, Mittwoch, auf dem Bartholomäus-Kirchhof stattgefunden.  
257/2 Die Ortsverwaltung.

Nach kurzem, schmerzvollem Leiden ist plötzlich am 10. Januar infolge Herzschwäche im Alter von 46 Jahren mein lieber Mann, herzenguter Vater, Bruder, Onkel, Schwager, Neffe  
**Adolf Mücke**  
verstorben 1318  
Um stille Teilnahme bitten  
**Ida Mücke** geb. Schmette und Tochter **Klara.**  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Aus-erkehungs-Kirchhof in Weihensee statt.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pf.  
**Gewerkschaftshaus.**  
Sonntag, den 16. Januar, im Kongressaal  
**Erster gr. Liebesgabenabend**  
der 14. Lehrlings-Abteilung des Turnvereins „Fichte“ zugunsten ihrer im Felde stehenden Turngenossen der  
**14. Männer-Abteilung**  
unter gütiger Mitwirkung der Damen: Fr. Wally Kussel, Regitation, Fr. Elsa Collmann. Wieder zur Laute; ferner turnerische Aufführungen u. Mandolinenkonzert. Eröffnung u. Beginn des Konzerts 5 Uhr. — Anfang 6 Uhr.  
In allen anderen Sälen: **Konzert und humoristische Vorträge.**  
Im Rahgonisaal der Heldentenor **Julius Boetel.**  
Sonntag mittag:  
Blumentopfuppe . . . 0,30  
Krautbrühe mit Einge . . . 0,15  
Gedst grün . . . 1,—  
Kofenstohl mit Kalbsbrühen . . . 0,70  
Gubn à la marengo . . . 0,70  
Leberpastete m. Krant . . . 0,50  
Frische Würst mit Kraut . . . 0,50  
Gänsebraten . . . 1,—  
Sauerbraten . . . 0,80  
Kalbsnierensbraten . . . 0,70  
Kumpott oder Salat . . . 0,15  
Käse . . . 0,30  
Speise . . . 0,30  
Heute und Sonnabend ein sehr billiger Schnellverkauf nicht unter 5 Pfund.  
a Pfd. a Pfd.  
Dönselamm . . . 1,80  
Dönselfleisch, (hier . . . 1,80  
Krautbrühe u. Jület . . . 2,—  
Kauenerburger Zeitsilber . . . 1,60  
Partie Suppentochsen . . . 0,30  
Ein Pfd. Rügenwald, Teemurst, Schinkenwürst, Blodwürst u. fetter Salami . . . 2,50  
Traumschweiger Schrot . . . 2,30  
Gewerkschaftswurst, Halberstäd. Leberwürst . . . 2,00  
Breslauer und Knoblauchwürst 1,50  
Frische Blutwürst . . . 1,30  
**Avis:** Sonntag, den 23. Januar 1916, der dritte Wahlkreis in sämtlichen Sälen.

**CARDINAL**  
ZIGARETTEN sind Qualitätsmarken  
**FOVEAUX**  
RAUCHTABAKE überall erhältlich  
**Keine Petroleum-Not!**  
Unverdorben helles Licht durch unsere vorzügl. Carbit-Tischlampen! Viel heller und länger als Petroleum. (Brennforten v. Stunde nur 1 1/2 Pf., Vollständige Lampe 4,50 M., fein vermischt 7,50 M. Jahr. Dank für Versand p. Nachfrage von **Kogge & Bähr, Berlin, Rauerstr. 83/84**

Den Heldentod fürs Vaterland starb am 13. Januar 1915 durch Bauchschuß unser lieber, un-er-götlicher Sohn  
**Karl Krüger**  
Inf.-Regiment 64  
im blühenden Alter von 29 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetäubt an  
**Eltern, Bruder, Cousin und Verwandte.**  
Wag- früh verleihest Du die Deinen.  
Die in der Heimat bittre Tränen um Dich weinen.  
Ach hätten wir noch einmal Dich gesehen.  
Oder könnten wir zu Deinem Grabe gehn!  
Drum lieber Sohn und Bruder, Ruhe still in Frieden!  
Beliebt, beweint von Deinen Lieben. 178  
Berlin-Schöneberg, Bahnstr. 43.

**Verband d. Brauerel- u. Mühlen-arbeiter u. verw. Berufsgenossen.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Adolf Mücke**  
(Brauerel Wagenhofer Abt. II)  
im Alter von 46 Jahren ver-storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Aus-erkehungs-Kirchhof in Weihensee, Rüdelsberger Straße, statt.  
Rege Beteiligung ermarct  
42/1 Die Ortsverwaltung.

**Reuters Werte**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts.